

SIEDLUNG UND WIRTSCHAFT

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE SIEDLUNGS- UND WOHNUNGSWESEN

MITTEILUNGSBLATT DES REICHSVERBANDES
DER WOHNUNGSFÜRSORGEGESELLSCHAFTEN

HERAUSGEBER: JUSTUS VON GRUNER / WILHELM SCHLEMM / FERDINAND NEUMANN

VERLAG:

BERLIN-CHARL. 2, HARDENBERGSTR. 13

SCHRIFTLEITUNG:

BERLIN W 8, KRONENSTRASSE 72

15. JAHRGANG / BERLIN / JULI 1933 / HEFT 7

Die Nebenerwerbsiedlung in Sachsen

Von Dr. Dr. Ruják, Dresden.

Das Industriegebiet Sachsen hat unter der Notlage auf dem Weltwirtschaftsmarkt ganz besonders schwer zu leiden. Seine in der Hauptsache auf den Export eingestellte Industrie stößt allenthalben auf verschlossene Türen. Wenn es auch bisweilen gelungen ist, Erfah. im In- und Ausland zu finden, so gähnen einen doch heute, wenn man durch die sächsischen Gauen fährt, leere Fabriken an, ja man erlebt es sogar, daß Fabriken, die früher bis zu 10 000 Arbeiter beschäftigt haben, abgerissen werden. An Stelle blühenden Lebens Ruinen, statt eifrigen Schaffens Arbeitslosigkeit, Verzweiflung, ungeheuerliche wirtschaftliche Not. Das Bedenkliche hierbei ist, daß nach Lage der Dinge kaum damit zu rechnen ist, daß die Hunderttausende von Arbeitslosen in Sachsen in ihrer Gesamtheit wieder in den organischen Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Selbst wenn man das feste Zutrauen zur nationalen Regierung und ihrem Ausbauplan hat, und auf eine starke Wiederbelebung des Binnenmarktes vertraut, muß man sich doch darüber klar sein, daß für Sachsen immer noch gewaltige Schwierigkeiten verbleiben, das Heer seiner Arbeitslosen unterzubringen. Ein Weg dazu, oder wenigstens ein bedeutungsvolles Hilfsmittel bietet die Siedlung, und zwar in besonderer Form der Nebenerwerbsiedlung, die dem Nichtbeschäftigten oder nicht Vollbeschäftigten die Möglichkeit gibt, auf eigener Scholle von gewissem Ausmaß wenigstens einen Teil seines Lohnausfalles zu ersetzen.

Das „Sächsische Heim“ hat seit Jahren sich bemüht, dem Gedanken der Nebenerwerbsiedlung in Sachsen Geltung zu schaffen und auch praktisch zu prüfen. Bereits im Herbst 1930 hat es einen Kreis von führenden Männern aus ganz Deutschland zu einer Vespredung über die Nebenerwerbsiedlung nach Dresden geladen, ohne freilich ein wirklich greifbares Ergebnis daraus zu gewinnen. Der Gedanke war damals noch zu neu, die Ansichten gingen sehr auseinander und vor allem zeigte es sich, daß die Verhältnisse in den einzelnen Gegenden Deutschlands so verschiedenartig gelagert sind, daß sie für jeden Landesteil am besten für sich getrennt praktisch in Angriff genommen werden. Im Jahre 1931, zu einer Zeit, als der Wohnungsbau noch wesentlich auf den Zeilengeshöckbau eingestellt war, konnte das „Sächsische Heim“ dank der Unterstützung des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums einen ersten praktischen Versuch mit der Nebenerwerbsiedlung in Freital b. Dresden unternehmen. Es wurden 18 Kurzarbeiterstellen auf Grundstücken von 1000 bis 1800 Quadratmeter errichtet, die damals vor allen Dingen den Beweis erbringen sollten, daß man auch Siedlungsbauten preiswert durchzuführen könne und gleichzeitig sollte die Notwendigkeit der Abkehr vom Geshöckhaus dargetan werden. Vor allem sollte die Zweckmäßigkeit der Nebenerwerbsiedlung nachgeprüft werden. Der Gedanke der Nebenerwerbsiedlung läßt sich in der reinen Form nur in enger Verbindung mit der Industrie anwenden. Dem Ziele der Bekämpfung

der Arbeitslosigkeit kommt man nur unter der Voraussetzung wirklich nahe, wenn bei der Industrie Kurzarbeit eingeführt wird, damit neue Arbeitsplätze geschaffen und der so entstehende Lohnausfall in der Form der Siedlung erträgt wird. Es sei gleich hier vermerkt, daß alle Bemühungen nach dieser Richtung in Sachsen bisher nur sehr wenig Erfolg geseitigt haben. Ganz neuerdings zeigen sich die ersten Ansätze zur praktischen Verwirklichung nach dieser Richtung. Man war sich dieses Fehlers bei der Leihlings-Siedlung von vornherein bewußt, glaubte aber, dem Gedanken als solchen praktische Gestalt geben zu sollen, um irgendwie einen Anfang mit der Verwirklichung der Idee zu machen. Inzwischen hat eine vor kurzem erfolgte Nachprüfung ergeben, daß die Kurzarbeiter inzwischen zum großen Teil wieder zum Vollerwerb gelangt sind, so daß der mit der Siedlung ursprünglich verfolgte Zweck nicht voll erreicht worden ist. Sie hat aber eins gelehrt: selbst wenn es nicht gelingt, überall in der Nebenerwerbsiedlung in unmittelbarem Zusammenhang mit den Kurzarbeiterfamilien bei der Industrie durchzuführen, so besteht für Sachsen doch eine wichtige Aufgabe nach der Richtung, dem Industriearbeiter, soweit es durchführbar und angängig ist, einen wirtschaftlichen Rückhalt durch Siedlung, durch Verbindung mit der Scholle, zu geben und ihn so von den Wechselfällen der Konjunktur unabhängiger, krisenfester zu machen.

Nach Mitteilung aus der Literatur wird die verhältnismäßig große Krisenfestigkeit der sächsischen Textilindustrie in der Vorkriegszeit gerade darin erblickt, daß die Textilarbeiter zum erheblichen Teil noch mit der Scholle verbunden waren, kleine Stellen besaßen, auf die sie sich im Falle der Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit zurückziehen konnten, ohne den Anbilden der Arbeitslosigkeit in voller Kraft ausgelehrt zu sein. Auch Arbeitgeber haben bestätigt, daß sie durch dieses System in der Lage waren, sich der jeweiligen Wirtschaftslage anzupassen. Die Arbeitsverhältnisse waren durchaus stabil und Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren in der Lage, sich gegenseitig den jeweiligen Anforderungen der Wirtschaftslage anzugleichen.

Um die Richtigkeit dieser Gedankengänge zu erweisen, erschien es wertvoll, festzustellen, ob und in welchem Umfange die Nebenerwerbs-siedlung von früher her noch in Sachsen vorhanden ist. Daß diese Siedlungsform in erheblichem Maße noch vorhanden ist, war bekannt; über ihre Verbreitung im einzelnen etwas zu erfahren, war bisher trotz aller Bemühungen nicht möglich. Herr Dr. Fisenberg von der Technischen Hochschule, Dresden, ist nun dieser Frage im Auftrage des „Sächsischen Heims“, Landes-Siedlungs- und Wohnungsfürsorge-Gesellschaft G. m. b. H., Dresden, nachgegangen.

In ganz Sachsen gibt es nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung noch etwas über 100 000 landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetriebe, von denen 45 000 durch Industriearbeiter bewirtschaftet werden, eine Zahl, die doch beachtlich groß ist und die selbst bei den Kennern sächsischer Verhältnisse Ueberraschung bereiten wird. Damit ist gleichzeitig dem Einwand begegnet, daß es sich bei der Bemühung um die Nebenerwerbs-siedlung doch nur um eine der vielen gelegentlich auftauchenden Ideen handelt, die ebenso schnell wieder als un-durchführbar verworfen werden. Hier besteht die Möglichkeit, an die Ueberlieferung anzuknüpfen und eine Wirtschaftsstruktur neu zu beleben und auszubauen, die früher, wie schon bemerkt, für die sächsische Wirtschaft eine besonders geeignete Voraussetzung gewesen ist.

Inzwischen ist der Gedanke der Nebenerwerbs-siedlung von den verschiedensten Seiten aufgenommen und vorwärts getrieben worden. Insbesondere ist in einer Zeitschrift „Siedlung und Wirtschaft“ in einem Sonderheft der Gedanke der Nebenerwerbs-siedlung von berufener Seite nach allen Richtungen durchleuchtet und untersucht worden. Auch in der Siedlergesellschaft hat inzwischen der Gedanke der Nebenerwerbs-siedlung Fuß gefaßt und in Sachsen sind völlig neue Gruppen in der Bildung begriffen, die die Nebenerwerbs-siedlung auf ihr Panier geschrieben haben. Der praktischen Arbeit und Untersuchung kommt also heute das Verlangen der Praxis entgegen, ringt um Gestaltung und heißt die Verwirklichung der Idee. Hinzu kommt, daß die Stadtrand-siedlung vom Reichsarbeitsministerium allmählich eine Gestaltung gefunden hat, die mehr und mehr von der Vollerwerbslosen-siedlung in die Kurzarbeiter-siedlung übergeht. Also auch die sonst so schwierige Frage der Finanzierung der Nebenerwerbs-siedlung ist, wenn auch noch nicht völlig gelöst, so doch wesentlich erleichtert.

Die Wieder-Verbindung der entwurzelten Menschenmassen mit dem Boden, die Schaffung des Eigenheimes und damit die Grundlage für ein wirkliches Familienleben, Wiederaufbau des Volkstörpers, der Schutz vor den Wechselfällen der Konjunktur und Zurückführung zur Arbeit, soweit es die Verhältnisse irgenwie gestatten, alle diese Gesichtspunkte der Nebenerwerbs-siedlung decken sich mit den Wünschen und Absichten der nationalen Regierung.

Ein Einwand gegen die Nebenerwerbs-siedlung ging oft dahin, daß die Arbeitslosigkeit eine wenn auch in einem Ausmaß erweiterte üblige Konjunkturercheinung sei, und daß auch diese Krisis, wie so viele der früheren, überwunden würde und damit auch die Arbeitslosigkeit in ihrem jetzigen Umfange. Dann wären die neugeschaffenen Re-

benewerbsiedlungen in ihrem Ausmaß viel zu groß und neue Fehlinvestitionen würden sich ergeben. Diese Anschauung verkennet die völlige Strukturänderung auf dem Weltmarkt und in der deutschen Wirtschaft. Es ist so häufig der Nachweis erbracht worden, daß es sich hier nicht mehr um eine konjunkturelle, sondern um eine erhebliche strukturelle Krisis handelt, daß es sich erübrigt, hierauf näher einzugehen. Wenn der Gedanke der Nebenerwerbsiedlung in Sachsen theoretisch einwandfrei begründet werden soll, so müßte auch namentlich diesen Einwendungen gegenüber der Nachweis versucht werden, daß die Lage der sächsischen Exportgüterindustrie im Zusammenhang mit der Strukturänderung auf dem Weltwirtschaftsmarkt so erschwert ist, daß jetzt eine völlige Wiedereinkaufung des Heeres der Arbeitslosen in den Arbeitsgang kaum möglich erscheint.

Auch nach dieser Richtung hat Herr Dr. J e n b e r g auf Anregung des „Sächsischen Heims“ Untersuchungen durchgeführt, bei denen auch die Ergebnisse der Schrift von Bramstedt „Die Krise der sächsischen Industriewirtschaft“ vermerkt worden sind. Das Ergebnis dieser Untersuchung führt dahin, daß man im großen und ganzen mit stark verringerten Exportmöglichkeiten für die sächsische Exportgüterindustrie wohl rechnen müssen. Der Export von Produktionsgütern, der sich noch eher halten wird, wird aber in viel stärkerem Maße auch den Schwankungen der Konjunktur des Auslands unterliegen. Der Beweis, daß die Nebenerwerbsiedlung demnach notwendig ist, um auf diese Weise der Arbeitslosigkeit mit zu Leibe zu gehen, dürfte damit erbracht sein.

Inzwischen hat auch die praktische Arbeit in Sachsen nicht geruht. Auf dem dem „Sächsischen Heim“ gehörenden Rittergut Neufirchen bei Chemnitz ist neben der landwirtschaftlichen Siedlung und der Vorstadt-Siedlung auch der Nebenerwerbsiedlung Rechnung getragen worden. Dort sind zurzeit 30 Nebenerwerbsiedlungen in der Durchführung begriffen. Hier war ursprünglich der Versuch gemacht worden, in Zusammenhang mit den Wanderer-Werken, Chemnitz, die organische Verbindung zwischen Kurzarbeit und Nebenerwerbsiedlung herbeizuführen. Es ist aber nicht gelungen, Kurzarbeiter dieses Wertes der Siedlung Neufirchen zuzuführen. Wie lebhaft aber der Gedanke bereits in Arbeiterkreisen Fuß gefaßt hat, geht daraus hervor, daß jetzt, während die Stellen noch im Bau begriffen sind, für diese 30 Stellen sich 150 Bewerber gemeldet haben. Das Nähere über die Durchführung der Siedlung und die praktischen Erfahrungen werden in einem besonderen Artikel behandelt werden.

Der Gedanke der Nebenerwerbsiedlung ist, wie gezeigt, theoretisch weitgehend untersucht; er ist

praktisch verschiedentlich erprobt, in Siedlerkreisen gewinnt das Verlangen nach dieser Form der Siedlung ständig an Boden.

Auch die Finanzierungsmöglichkeiten sind erleichtert. Eins aber erscheint erforderlich, wenn Mittel im größeren Maßstab für die Nebenerwerbsiedlung bereitgestellt werden können. Es geht nicht an, die Siedler einfach dort anzulehen, wo sie gerade moohnhaft sind, sondern es heißt hier der Siedlungspolitik eine planmäßige und zielbewußte Gestalt geben. Es gilt, Siedlung und Wirtschaft in einen engen Zusammenhang zu bringen, die Siedlungen müssen dort angelegt werden, wo die Siedler nach der Struktur der örtlichen Wirtschaft am ehesten noch Aussicht haben, wenigstens im gewissen Umfange noch Arbeit und Erwerb zu finden. Dies ist um so notwendiger, als der Gedanke der organischen Verbindung von Arbeitszeitverkürzung und Nebenerwerbsiedlung im Zusammenhang mit der Industrie zunächst anscheinend nur an einigen Stellen zu glücken scheint. Um die Unterlagen auch für diese Arbeit zu schaffen, hat Herr Dr. Jenberg auch hierüber Untersuchungen angestellt, die ebenfalls von ihm nachstehend dargelegt werden. Das Hauptergebnis kann dahin zusammengefaßt werden, daß es sich empfiehlt, die Siedlungen mehr in agrarische Bezirke zu legen, als in die reinen Industriebezirke. Während früher bei Verteilung der amtlichen Mittel für Siedlungszwecke Bevölkerungszahl, Wohnungsnot, Arbeitslosenziffer, in der Regel den Ausschlag gaben, muß jetzt von diesem System der schematischen Verteilung abgerückt und der Gedanke der innigen Verbundenheit von Siedlung und Wirtschaft in den Vordergrund gerückt werden.

Wenn die Nebenerwerbsiedlung ein bedeutender Faktor an dem Wiederaufbau unserer Gesamtwirtschaft werden soll, so muß man sich über zweierlei Dinge klar sein. Es handelt sich bei der Durchführung dieser Siedlungsform nicht in erster Linie um eine architektonische Aufgabe, sondern es spielen Fragen der bodentechnischen Bewirtschaftung und der richtigen Anlage eine bedeutende Rolle. Nicht die Frage der Ästhetik, sondern die Frage der richtigen wirtschaftlichen Gestaltung steht im Vordergrund. Darüber hinaus muß man sich darüber klar sein, daß mit der Erstellung des Hauses und Beschaffung der Stelle die Aufgabe noch nicht erfüllt ist. Vielmehr muß der Siedler durch Wirtschaftsbereitstellung, durch Belehrung und Anleitung angehalten und ihm die Möglichkeit gegeben werden, sich über diese Fragen zu unterrichten. Ueber die Maßnahmen der sächsischen Regierung nach dieser Richtung wird in einem besonderen Aufsatz berichtet werden.

Vorhandene Nebenberuf-Siedlungen in Sachsen

Von Dr. Henberg, Dresden.

Es soll an dieser Stelle gezeigt werden, wie weit die von Industriearbeitern im Nebenberuf ausgeübte landwirtschaftliche und gärtnerische Tätigkeit schon bisher in Sachsen verbreitet ist, wie weit also die jetzige Förderung der nebenberuflichen Kleinieblung schon an vorhandene Einrichtungen anknüpft.

Wir finden die gewerbliche Tätigkeit in Verbindung mit der Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Grundstückes, das aber zum vollen Unterhalt einer Familie nicht mehr ausreicht, vorwiegend in agrarischen Gebieten mit kleinbäuerlicher Betriebsstruktur und eingestreuter Industrie. Das südwestdeutsche Wirtschaftsgebiet, namentlich Württemberg, ist durch die enge Verbindung zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Tätigkeit bekannt. Auch Teile von Westfalen, Hessen, Thüringen weisen die Verbindung auf. Mit der Vergrößerung der Familie, mit der weiteren Teilung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes wird die Bewirtschaftung des

Grundstückes, das früher Haupterwerbsquelle gewesen ist, zum Nebenerwerb und die hauptsächlichlichen Vereinnahmen werden aus einem Arbeitsverhältnis in der Industrie, bei der Eisenbahn, oder in einem sonstigen Wirtschaftszweig gewonnen.

Man könnte vermuten, daß die landwirtschaftliche Nebenerwerbssiedlung von Industriearbeitern — so wollen wir kurz die nebenberufliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Grundstücke durch Arbeiter in Industrie und Handwerk bezeichnen — in Sachsen verhältnismäßig bedeutungslos ist. Einmal gehört Sachsen schon zu den Gebieten, in denen gewerbliche Tätigkeit für den Fernablaß schon seit Jahrhunderten heimisch ist (meist als Erlatzbeschäftigung für den früher betriebenen Bergbau). Sachsen zählt zu den alten Industrieländern und der Anteil der industriell tätigen Personen (ohne das überall vorhandene für den Nebenbedarf arbeitende Handwerk und das Baugewerbe) ist fast doppelt so groß wie im

Verbreitung der landwirtschaftlichen Nebenberufssiedlung in Sachsen bei Arbeitern in Industrie und Handwerk



Deutschen Reich. Sachsen hat gewerbliche Arbeiter mit generationenlanger Tradition, eine Arbeiterkchaft, die nicht erst in den letzten Jahrzehnten den Weg von der Landwirtschaft in die Industrie gefunden hat. Andererseits ist der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung geringer als in jedem anderen Landesarbeitsamtsbezirk Deutschlands. Ferner ist die Sitte der geschlossenen Vercrbung der Bauernhöfe überwiegend vorherrschend, im Gegensatz zu den Realteilungsgebieten im Südwesten und Westen, so daß die Bauernhöfe einen Umfang behalten, der eine ausreichende Existenzbasis für die Familie des Bewirtschafters bietet. Sachsen ist ein Gebiet, in dem der mittel- und großbäuerliche Betrieb überwiegt. — Die Verteilung der Betriebe auf die einzelnen Größenklassen hat sich seit der Zählung von 1882 nur unwesentlich verändert.

Trotzdem trifft die Vermutung, daß die Nebenerwerbsiedlung in Sachsen bedeutungslos sei, nicht zu. Zwar hatte die überwiegende Mehrzahl der Industriearbeiter keine Verbindung mit der Landwirtschaft, insbesondere soweit sie in Groß- und Mittelstädten lebt, doch bewirtschaftet ein bei der starken Industrialisierung Sachsens nicht unbeachtlicher Teil der Industriearbeiter noch im Nebenberuf ein kleines landwirtschaftliches oder gärtnerisches Grundstück, das zwar bei weitem nicht zum vollen Unterhalt ausreicht, aber doch besonders in Notzeiten eine erwünschte Ergänzung des Einkommens bildet. In dem Werte von Gehauer über die „Volkswirtschaft im Königreich Sachsen“ (1893) wird betont, daß es in Sachsen eine große Zahl von Personen gibt, die neben ihrer arbeitsmäßigen, insbesondere gewerblichen Tätigkeit noch etwas Landwirtschaft betreiben und dadurch ihre Lage zu einer günstigeren Gestaltung, als es sonst möglich wäre, bringen. Durch die Durchsetzung eines sehr großen Teils des Landes mit industriellen Betrieben wird dies sehr erleichtert.

Eine Kombination der landwirtschaftlichen Betriebszählung mit der Berufszählung und Haushaltzählung von 1925 kann uns einige Anhaltspunkte über die Verbreitung der landwirtschaftlichen Nebenberufsiedlung bei Arbeitern in Industrie und Handwerk geben. Darnach hat Sachsen im ganzen etwa 170 000 landwirtschaftliche Betriebe, von denen aber über 100 000 unter 2 Hektar groß sind, eine Größe, die im allgemeinen — abgesehen von den etwa 2000 Erwerbsgartenbetrieben — nicht zum vollen Unterhalt einer Familie ausreicht. Die Statistik zeigt weiter, daß der größte Teil dieser Zwergebetriebe von Angehörigen anderer Berufe nebenberuflich bewirtschaftet wird. Insgesamt werden in Sachsen etwa 45 000 landwirtschaftliche Kleinbetriebe durch Arbeiter

in Industrie und Handwerk, sagen wir also Industriearbeiter, bewirtschaftet. Der größte Teil dieser von Industriearbeitern bewirtschafteten Betriebe (%) ist zwischen 0,05 und 0,5 Hektar groß, im Durchschnitt ungefähr nicht ganz 1 Morgen. Diese 45 000 Betriebe erscheinen sehr klein im Verhältnis zur Gesamtzahl der Industriearbeiter, die nach der Berufszählung von 1925 1 210 000 betrug. Ein Vergleich der Zahl der landwirtschaftlichen Nebenerwerbsiedlung von Industriearbeitern mit der Gesamtzahl der Industriearbeiter gibt uns jedoch keinen richtigen Eindruck davon, wie weit diese noch mit der Landwirtschaft in Verbindung stehen. Ein landwirtschaftlicher Kleinbetrieb wird in der Regel nicht von einem einzigen Kleinstehenden bewirtschaftet, sondern im Rahmen eines Familienhaushaltes, in dem zumeist noch andere Familienmitglieder erwerbstätig sind. (In Sachsen kommt auf jeden als Industriearbeiter erwerbstätigen Familienvorstand noch ein erwerbstätiger Mitverdiener.) Wir müssen also die landwirtschaftlichen Nebenerwerbsiedlungen von Industriearbeitern in Beziehung setzen zu der Zahl der Industriearbeitersfamilien, das sind in Sachsen 488 000. Nicht ganz jede erste Industriearbeitersfamilie kann ihr Einkommen durch die Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Grundstücks ergänzen. — Wenn wir die Großstädte ausnehmen, in denen ja nur in geringerem Maße landwirtschaftliche Nebenerwerbsiedlungen vorhanden sind, so kommt auf etwas mehr als jede siebente Industriearbeitersfamilie eine Nebenerwerbsiedlung.

Vergleichen wir nun die sächsischen Verhältnisse mit einigen anderen Gebietsteilen Deutschlands:

	Sachsen	Württemberg	Ostpreußen	Reich
Landwirtschaftl. Betriebe von Industriearbeitern bewirtschaftet	45 577	46 130	12 183	935 000
Arbeiter in Industrie und Handwerk	1 210	434	140	9 781
davon männlich	826	320	123	7 822
Familien von Industriearbeitern	488	141	60,4	4 177
es kommen Nebenerwerbsiedlungen von Industriearbeitern auf 100 männliche Industriearbeiter				
auf 100 Familien von Industriearbeitern	5,5	14,4	9,9	12
desgleichen ohne Großstädte				
männliche Industriearb. Familien von Industriearbeitern	7,6	16,6	12,2	—
Arbeiter	13	37,9	25,5	—

Wir ersehen aus der Tabelle, daß auch im ganzen Reich die landwirtschaftliche Nebenerwerbsbildung von Industriearbeitern in noch beachtlichem Maße vertreten ist. Auf etwas mehr als jede vierte Industriearbeiterfamilie entfällt eine Nebenerwerbsbildung. Besonders stark tritt die Nebenerwerbsbildung von Industriearbeitern in Württemberg hervor. Würde man dort noch die industriellen Städte über 20 000 Einwohner herausnehmen, so würde sich zeigen, daß jede zweite Industriearbeiterfamilie noch an einem landwirtschaftlichen Grundstück einen Rückhalt hat.

Einen weiteren Anhaltspunkt für die nebenberufliche Ausübung der landwirtschaftlichen Tätigkeit durch Industriearbeiter gibt die Berufszählung. Darnach sind nur 13 000 Industriearbeiter nebenberuflich in der Landwirtschaft tätig. Da die meisten Befragten aber die Frage nach dem Nebenberuf nicht beantwortet haben, so ist diese Zahl viel zu klein. Wir müssen mindestens mit einer 4mal so großen Zahl von Nebenberuflichen in der Landwirtschaft rechnen. Gibt es doch schon, wie wir gesehen haben, nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung 45 000 Zwergbetriebe, die von Industriearbeitern bewirtschaftet werden. Wenn aber auch die absoluten Zahlen der Berufszählung viel zu klein sind, so geben sie doch einen Anhaltspunkt dafür, in welchen Berufsgruppen die Nebenerwerbsbildung besonders stark vertreten ist. Ueber durchschnittlich wird die Landwirtschaft im Nebenberuf ausgeübt von den Arbeitern in der Industrie der Steine und Erden (Ziegeleien, Steinbrüche, was ja aus dem ländlichen Charakter dieser Gewerbe hervorgeht) und im Baugewerbe. Bekanntermaßen sind ja vielfach die Besitzer von kleinen landwirtschaftlichen Betrieben während der Saison in den Städten als Bauarbeiter tätig, und pendeln täglich oder nur wöchentlich zwischen ihrer Arbeits- und Wohnstätte, so z. B. nördlich von Dresden. Auch die Holzarbeiter, man denke an Sägewerke, Holzschleifereien, Stellmachereien, die in ländlichen Gebieten liegen, sind mit der Landwirtschaft noch ziemlich stark verbunden. Bei den Textilarbeitern ist die Verbindung mit der Landwirtschaft wesentlich schwächer, aber auch nicht ganz bedeutungslos, während sie bei den Arbeitern im Maschinenbau und in der elektrotechnischen Industrie kaum vertreten ist, was bei einem großstädtischen Charakter dieser Wirtschaftszweige durchaus verständlich ist.

In welchen Gebietsteilen ist nun die Nebenerwerbsbildung von Industriearbeitern stärker vertreten? Zur Beantwortung dieser Frage setzen wir wieder die Nebenerwerbsbildung der Industriearbeiter zur Gesamtzahl der männlichen Industriearbeiter in den einzelnen Bezirken ins Verhältnis. (Besser wäre natürlich auch hier die Verwendung der Haushaltsstatistik,

die aber leider nicht regional aufgearbeitet ist.) Wir müssen uns also dabei im klaren sein, daß der Industriearbeiter, der einen landwirtschaftlichen Kleinbetrieb im Rahmen seines Haushaltes bewirtschaftet, meist auch noch andere industriell erwerbstätige Angehörige hat, die somit auch wieder mit der Landwirtschaft verbunden sind. Die tatsächliche Verbindung der Industriearbeiter mit der Landwirtschaft ist erheblich stärker (1½ bis 2mal so stark) als aus den folgenden Zahlen ersichtlich ist.

Die Nebenerwerbsbildung tritt in den agrarischen Gebieten des Nordens und Ostens besonders stark hervor, namentlich in den Gebieten, wo die Industrie der Steine und Erden anfänglich ist, z. B. in den Bezirken Grimma—Burgen, Kamenz und Bautzen, weiterhin in den stark agrarischen Bezirken Großenhain und Olschitz. Die Mitteldeutschen Stahlwerke in Riesa und Gröbzig beschäftigen vielfach Arbeiter aus diesen ländlichen Gebieten. Der Pendelverkehr ist in Zeiten guter Konjunktur ziemlich stark.

Im oberen Erzgebirge und im Vogtland wird auch vielfach noch neben der Ausübung gewerblicher Tätigkeit im Hause oder in der Fabrik ein landwirtschaftliches Grundstück bewirtschaftet. Die dürrigen Bodenverhältnisse haben dort schon von jeher die Bewohner zu gewerblicher Tätigkeit gezwungen. Verständlich ist, daß in dem chemischer und westfälischen Industriegebiet der Anteil der Industriearbeiter mit landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbildung verhältnismäßig schwach ist.

In den größeren Landgemeinden wohnen zu meist nur Industriearbeiter. Verhältnismäßig stark ist die Nebenerwerbsbildung noch in Mittelsachsen in den Bezirken Döbeln und Meißen, aber auch in der Umgebung der Großstädte Leipzig und Dresden ist sie nicht ganz bedeutungslos. Man denke an das gartenreiche Elstal und an die Landwirtschaft im Gebiete nördlich von Dresden.

In den Gebieten, in denen nach unseren statistischen Ergebnissen die landwirtschaftliche Nebenerwerbsbildung von Industriearbeitern stark vertreten ist, herrscht auch das Ein- und Zweifamilienhaus, nicht die Mietskasernen, vor. Das befestigt uns auch die Einwohnerzählung von 1925 und die Wohnungszählung von 1927. Je mehr Haushaltungen auf ein Wohngebäude im Durchschnitt entfallen, desto stärker tritt die Massenwohnung, die Mietskasernen, hervor.

In den Landgemeinden derjenigen Bezirke, in denen auch die Nebenerwerbsbildung stark vertreten ist, kommen im Durchschnitt nur etwa 1,5 Haushaltungen auf ein Wohngebäude. Auch der Industriearbeiter wohnt im Ein- oder Zweifamilienhaus, zu dem meist ein Stück Garten und unter Umständen auch ein kleines landwirtschaftliches Grundstück gehört. In den Landgemeinden der folgenden Bezirke liegt die Zahl der Haushaltungen pro Wohngebäude:

bei etwa 1,5: Kamenz, Großenhain, Döbeln, Grimma, Döbeln, Borna;

bei etwa 2: Zittau, Löbau, Rauen, Dippoldiswalde, Pirna, Meßen, Freiberg, Marienberg, Rochlitz, Dörsnitz, Plauen;

bei etwa 3 und mehr: Dresden, Annaberg, Zwickau, Chemnitz, Stollberg, Glauchau, Schwarzenberg, Auerbach, Zwickau, Borsdorf und Leipzig;

am höchsten also in den dicht besiedelten reinen Industriebezirken und in der Umgebung der Großstädte. In diesen Bezirken ist ja auch die Nebenerwerbsbesiedlung schwächer vertreten.

Versuchen wir noch die Frage zu beantworten, wieso in einem Gebiet, in dem die gewerbliche Verarbeitung unbedingt vorherrschend ist, eine nicht unbeachtliche Verbreitung der Nebenerwerbsbesiedlung von Industriearbeitern vorhanden ist.

1. In den früher meist auf Bergbau, jetzt auf verarbeitende Industrie eingestellten Gebieten

des Erzgebirges war die im Kleinbetrieb betriebene Landwirtschaft von jeher Nebenerwerb. In dem Bezirk Schwarzenberg sind noch mehr als 30% der landwirtschaftlich genutzten Fläche von Betrieben unter 5 Hektar besetzt.

2. In den Gebieten des Flachlandes gab es schon früher eine Schicht von Leuten mit kleinem Grundbesitz (Häusler usw.), die früher in größeren Gütern arbeiteten, und jetzt als Bauarbeiter oder in der Industrie ihren hauptsächlichsten Erwerb finden.

3. In der Umgebung der Groß- und Mittelstädte sind mit der fortschreitenden Besiedlung und Industrialisierung von größeren Gütern Teile zur nebenberuflichen Nutzung abgepachtet oder abverkauft worden.

4. Uebrigens ist bei der weitgehenden Streuung der Industrie auch in Kleinstädten und Landgemeinden eine Verbindung industrieller und landwirtschaftlicher Tätigkeit leichter möglich, als in den dicht zusammengeballten Industriegebieten in den Großstädten.

Exportabhängigkeit Sachsens

Von Dr. Henberg, Dresden.

Die wirtschaftlichen Strukturwandlungen werden sich auf die einzelnen Gebiete Deutschlands in sehr unterschiedlichem Maße auswirken. Wir werden wohl erwarten können, daß in den rein agrarischen oder überwiegend agrarischen Gebieten dank einer durchgreifenden und dadurch wohl auch erfolgreichen Agrarpolitik eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten wird, was nicht nur der Landwirtschaft selbst, sondern auch der Bevölkerung der über die Agrargebiete verstreuten Klein- und Mittelstädte zugute kommen wird, — dem dort ansässigen Handwerk, dem Baugewerbe, den freien Berufen usw. Die erhöhte Kaufkraft der Landwirtschaft wird vor allen den für den örtlichen Bedarf arbeitenden Wirtschaftszweigen der Stadt- und Landgemeinden zugute kommen und man wird ohne Bedenken auch eine starke Wohnungsbautätigkeit fördern können. Dant der günstigeren Erwerbsmöglichkeiten werden die künftigen Bewohner imstande sein, die Mieten bzw. die Tilgungs- und Zinsbeträge für Eigenheime aufzubringen. Nicht ohne Sorge wird man aber der Entwicklung in den Großstädten und Industriegebieten entgegensehen dürfen, insbesondere soweit die letzteren auf den Export eingestellt sind. Das Industrieland Sachsen gehört zu diesen Gebieten. Sachsen hat wohl eine sehr leistungsfähige Landwirtschaft. Im Norden und Osten ist ein erheblicher Teil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, etwa ¼—⅓. In den Großstädten, im Südwesten

und Westen, überhaupt in den Gebirgsgegenden, ist dagegen die Industrie die weitaus wichtige Grundlage der ganzen Bevölkerung. Auch die Erwerbsmöglichkeiten der für den örtlichen Bedarf arbeitenden Wirtschaftszweige sind abhängig von dem Einkommen der Industriebevölkerung. Im Landesarbeitsamtsbezirk Sachsen ist der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen mit 12½% von allen Landesarbeitsamtsbezirken am geringsten, während in dem Wirtschaftsgebiet Brandenburg-Berlin, in dem hochgradig industrialisierten Rheinland und Westfalen 20% in der Landwirtschaft tätig sind. Der Anteil der industriellen Erwerbstätigen (ohne das überall vorhandene für den örtlichen Bedarf arbeitende Handwerk und das Baugewerbe) ist dagegen in Sachsen annähernd doppelt so groß wie im Reich.

Wenn wir so auch im Norden und im Osten von Sachsen eine gewisse Erleichterung der arbeitsmarktlichen Schwierigkeiten erwarten können, so ist das wirtschaftliche Schicksal der Gesamtbevölkerung in der Hauptsache von den Abhängigkeiten der Industrie abhängig. Dafür ist nun von besonderer Bedeutung, wie sich der Export gestalten wird. Die weltwirtschaftliche Stellung der deutschen Industrie ist damit gekennzeichnet, daß sie zwar nicht ausgeproben auf den Weltmarkt eingestellt ist, aber doch im Interesse einer genügenden Ausnutzung ihrer Anlagen und einer genügenden Beschäftigung der Arbeiter-

bevölkerung auf den Export eines beachtlichen Teils ihrer Produktion (25–35%) angewiesen ist. Eine genaue Zahl für die Exportquote der sächsischen Industrie anzugeben, ist nicht empfehlenswert. Einmal verschiebt sich die Exportquote von Jahr zu Jahr je nach den Absatzmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt und der Ausnahmewilligkeit des Auslands, andererseits lassen sich bei der ungeheuren Mannigfaltigkeit der Erzeugnisse der sächsischen Industrie schwer umfassende Angaben über Export- und Inlandsabsatz der einzelnen Industriezweige gewinnen. Man nimmt aber an, daß mindestens in der Vorkriegszeit die Exportquote der sächsischen Industrie größer als im Reichsdurchschnitt gewesen ist. Die starke Exportabhängigkeit der Industrie ist um so ausschlaggebender für das Gesamtschicksal eines Wirtschaftsgebiets, je größer der Anteil der Industrie an der Gesamtwirtschaft ist. So ist das Schicksal Sachsens noch sehr stark von den weltwirtschaftlichen Verhältnissen abhängig. Einmal deshalb, weil unmittelbar durch den Export Arbeitskräfte beschäftigt werden und damit auch die notwendigen Grundlagen für die sonstige Bevölkerung erweitert werden, andererseits hängt ja auch von den Erlösen unseres Exports das Ausmaß der Einfuhrmöglichkeiten der ausländischen Rohstoffe ab, auf die die verarbeitende Industrie in Sachsen, insbesondere die Textilindustrie, aber auch die papier- und holzverarbeitende Industrie angewiesen ist.

Wir wollen nun einige Angaben über die Exportabhängigkeit der wichtigsten Wirtschaftszweige machen und dann auch zeigen, in welchen Gebieten diese Wirtschaftszweige besonders stark hervortreten, d. h. also, für welche Gebietsteile der Auslandsabsatz bisher eine ausschlaggebende Wirtschaftsgrundlage für die Bevölkerung ist, bzw. gewesen ist.

Die wichtigste Industrie Sachsens ist die Textilindustrie, die 1925 etwa 1/3 der in der Industrie im engeren Sinne (ohne Handwerk usw.) tätigen Bevölkerung beschäftigt hat. Die Textilindustrie im ganzen ist überwiegend auf den Binnenmarkt eingestellt. Nach der Produktionsstatistik von 1925 haben die Webereien etwa 15–20% direkt ausgeführt. In Sachsen sind aber nur einige Sonderzweige der Textilindustrie in sehr starkem Maße vertreten, die wesentlich stärker exportorientiert sind als der Durchschnitt der Textilindustrie, so etwa die Wirkwarenindustrie, die je nach der Art der Erzeugnisse im Jahre 1928 25–60% exportiert hat. (Strümpfe, Stoffhandschuhe usw.). Die Sticker- und Spitzenindustrie hat in der Vorkriegszeit etwa 1/3 ihrer Produktion im Ausland abgesetzt, die Polamentenindustrie etwa die Hälfte. Ebenso sind Teppiche und Baumwolldecken in beträchtlichem Maße exportiert worden.

Der Export einiger der typisch sächsischen Produkte ist aber nun seit dem Krieg in außerordent-

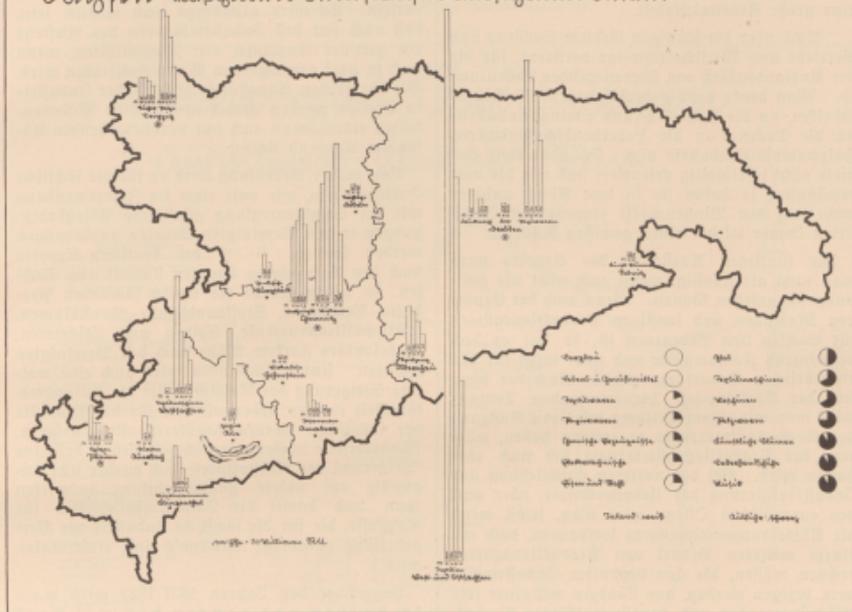
lich starkem Maße zurückgegangen, einmal, weil derartige Erzeugnisse als Luxusprodukte in besonders hohem Maße mit Zöllen belastet werden, und andererseits, weil die Moderichtung seit einigen Jahren dafür außerordentlich ungünstig ist. Wie wichtig der Export von 2 vorwiegend sächsischen Industrien, die im Rahmen der Gesamtindustrie zahlenmäßig kaum hervortreten, gewesen ist und wie verheerend sich hier Einfuhrhemmungen des Auslands und auch ungünstige Modewandlungen ausgewirkt haben, zeigen folgende Zahlen:

Deutscher Export von	1913	1929	1931	1932
Spitzen u. Stickerien	93	46	34	17 Mill. Mark
Polamenten	74	25	19	8,4 " "

Der Export von Wirkwaren, das sind vorwiegend sächsische Erzeugnisse, konnte sich bis 1931 namentlich nach den europäischen Nachbarländern infolge einer günstigen Moderichtung sehr befriedigend gestalten. Die Schutzollbewegung in England und den nordischen Ländern hat aber 1932 schon einen starken Rückschlag gebracht und auch künftig wird man die Exportmöglichkeiten sehr ungünstig einschätzen können schon mit Rücksicht auf die gefährliche japanische Konkurrenz.

Die zweitwichtigste sächsische Industrie, die Metallindustrie, ist in sehr starkem Maße auf den Auslandsabsatz angewiesen, ganz gleich, ob es sich nun um Maschinen, Blechwaren, Befeste oder Sturmlaternen handelt. Die Maschinenindustrie, die 1925 über 100 000 Menschen beschäftigt hat, hatte 1928 trotz der bei der starken Investitionstätigkeit günstigen Absatzmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt eine Exportquote von 40%. Im Jahre 1931 sind bei absolut zurückgegangenem Volumen etwa 1/3 der Produktion exportiert worden. Der Textilmaschinen- und Werkzeugmaschinen-Export spielt dabei eine besonders wichtige Rolle. 1932 war noch das Auslandgeschäft eine gewisse Stütze für die Beschäftigungsmöglichkeiten am Werkzeugmaschinenbau. Der starke Export von Textilmaschinen, insbesondere von Wirkmaschinen, der im Jahre 1929 ein außerordentlich starkes Ausmaß angenommen und daher auch zu einer sehr günstigen Gestaltung der Chemischer Wirtschaftsverhältnisse beigetragen hatte, fördert natürlich indirekt auch die Industrialisierung des Auslands und engt die Exportmöglichkeiten der Fertigen ein. Jetzt ist auch der Maschinenexport stark zurückgegangen, weil die Investitionstätigkeit im Ausland weitgehend eingekürzt worden ist. Von den mannigfaltigen sächsischen Industriezweigen, deren Erzeugnisse zum größten Teil im Ausland abgesetzt werden, sei noch die Hohlglasindustrie genannt, mit einer Exportquote von etwa 50%, die Industrie der Großmuffinstrumente, deren früher beträchtlicher

Sachsen Wasgebundene Industrie für Ostpreußen und Inland



Auslandsabsatz fast völlig zerstört worden ist, die Industrie der Kleinmuskelfinstrumente, die über 80% exportierte und nun auch mit großen Schwierigkeiten zu rechnen hat, die Industrie der künstlichen Blumen, der Holzspielwaren usw. Auch der Export von Spezialpapier- und Papierwaren, die vorwiegend in Sachsen hergestellt werden, ist beträchtlich.

Diese spezifischen Industrien sind vielfach an bestimmten Gegenden lokalisiert, oft als einzige und ausschlaggebende Industrie, so daß in diesen Gebietsteilen das wirtschaftliche Schicksal der gesamten Bevölkerung in höherem Grade von der Gestaltung des Exports abhängig ist. Bei einem weiteren Rückgang des Exports werden nur außerordentliche Hilfsmaßnahmen diese Gebiete vor einer akuten Notlage bewahren können.

Die hauptsächlichste Industrie des unteren sächsischen Vogtlands mit dem Mittelpunkt Plauen ist die Sägerei- und Spinnindustrie, die ja, wie schon angeführt, seit bald 2 Jahrzehnten unter Exporterschwerungen und Modeumschwung zu leiden hat. Andere Industriezweige sind nur schwach

vertreten, so daß in diesen Gebieten eine dauernde Arbeitslosigkeit (nur unterbrochen in den Zeiten der Hochkonjunktur) vorhanden ist. Diese tritt infolge einer nicht ungünstigen Struktur (weitgehendes Vorherrschen von Klein- und Familienbetrieben) nicht in der Notlage des Gebiets entsprechenden Arbeitslosen- und Wohlfahrtserwerbslosenziffern hervor.

Im oberen Vogtland (Klingenthal, Marxneufirnchen) ist die Produktion der Kleinmuskelfinstrumente vorherrschend. In dem Gebiet westlich und nordwestlich von Chemnitz (Limbach und Burgstädt) werden vorwiegend Stoffhandschuhe fabriziert, die wieder zu 50—60% exportiert werden. Auch die Metallindustrie der Großstadt Chemnitz ist überwiegend exportorientiert. Auch das Annaberger Gebiet war früher vorwiegend auf die stark exportorientierte Posamentenindustrie eingestellt, Annaberg war ein wichtiger Welthandelsplatz. Glücklicherweise gelang es, die anderen dort vertretenen Industrien stärker zu entwickeln. Im Osten von Sachsen (in Sebnitz, Neustadt) ist die Blumenindustrie fast die

einziges Erwerbsquelle der Bevölkerung, die ihre Erzeugnisse fast ausschließlich nach England, Amerika ausführt. Auch dort ist seit vielen Jahren eine große Arbeitslosigkeit.

Auch über die sonstigen Gebiete Sachsens sind Betriebe und Wirtschaftszweige verstreut, für die der Auslandsablaß von überwiegender Bedeutung ist. Man denke an die verschiedenen Maschinenfabriken, an die Hohlglas- und Steingutindustrie, an die Defens-, an die Lederhandschuhindustrie, Holzwarenspielindustrie usw. Da aber diese Gebiete nicht so einseitig orientiert sind wie die vorerwähnten, so haben sie in dem Abjaß anderer mehr auf den Binnenmarkt eingestellten Industrien immer wieder einen gewissen Rückhalt.

Die künftigen Aussichten des Exports wird man nicht als günstig, wenn auch nicht als hoffnungslos ansehen können. Wenn auch der Export von Maschinen und sonstigen Produktionsgütern für Sachsen von Bedeutung ist, so hat es doch vorwiegend Konsumgüter und zwar meist für den entbehrlichen Bedarf exportiert. Nach der schon seit der Vorkriegszeit herortretenden Tendenz wird man mit einem weiteren relativen Rückgang des Konsumgüterexports zu rechnen haben, während der Produktionsgüterexport sich noch eher halten wird. Bei der weiteren Erschließung und Industrialisierung der Ueberseeeländer, aber auch des europäischen Ostens wird man, selbst wenn die Absperrungsmaßnahmen fortbauern, doch mit einem weiteren Bedarf von Produktionsgütern rechnen müssen, die aus den alten Industrieländern bezogen werden, aus Ländern mit einer fein differenzierenden und anpassungsfähigen Produktionsgüterindustrie. Die deutsche Industrie wird dabei eine nicht ungünstige Position haben. Man wird andererseits nicht damit rechnen können, daß der Produktionsgüterexport ein derartiges Ausmaß erreichen wird wie in den Jahren 1927/29. Der Export von Konsumgütern, namentlich von Textilien wird, soweit er sich nicht auf Spezialitäten erstreckt, die bis jetzt wegen der teuren Arbeitskraft und der weitgehenden Anwendung von traditionell geschulter Handarbeit in den lauffräftigeren Ländern nicht selbst hergestellt werden, immer weiteren Hemmungen unterliegen. Schon in der Nachkriegszeit ist der deutsche Export von Konsumgütern weniger stark gestiegen. Der Verlust vieler Ueberseemärkte konnte zwar gerade für die sächsische Industrie durch eine Steigerung des Abjaßes in den europäischen Nachbarländern in seiner Wirkung gemildert werden. Nun sind aber auch diese Abjaßmärkte seit 1931 weitgehend verperrt durch Schutzollsysteme, im Moment aber auch durch den Vorprung der Länder mit Basulamentwertung. Der beträchtliche Export von Textilien nach England, der weitgehend aus Sachsen stammt, ist wertmäßig im Jahre 1932 auf $\frac{1}{6}$ zu-

rückgegangen. Der Uebergang Englands zum Schutzoll hat speziell der sächsischen Industrie wohl auf die Dauer einen sehr schweren Schlag verjett. Es wird allerdings noch möglich sein, daß auch mit den Industrieländern des Westens ein gewisser Austausch von Spezialitäten, wenn auch in stark verringertem Maße, stattfinden wird. Bei der großen Anpassungsfähigkeit der Industrie in Sachsen werden immer noch gewisse Modeneuheiten einen, wenn auch nur vorübergehenden Abjaß im Ausland finden.

Von großer Bedeutung wird es für die sächsische Industrie sein, wie weit etwa im Zusammenhang mit der Schuldenreglung günstigere Abjaßbedingungen in den Vereinigten Staaten ausobedungen werden können. $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ des deutschen Exports nach den Vereinigten Staaten stammt aus Sachsen, so gehen gerade die typisch sächsischen Produkte, Pelzwaren, Stoffhandschuhe, Kunstblumen, Kleinmusikinstrumente, Spitzen und Stidereien, in besonders starkem Maße nach den Vereinigten Staaten. Unter Umständen wird auch eine weitere Steigerung der Rohstoffpreise die Aufnahme-fähigkeit einiger Ueberseeeländer für die Produkte der sächsischen Verbrauchsgüterindustrie steigern. (Andererseits dürfen wir nicht übersehen, daß eine Steigerung der Rohstoffpreise sich wieder sehr ungünstig auf unsere Zahlungsbilanz auswirken kann und damit die Importmöglichkeiten für Rohstoffe, die für die sächsische Industrie zur Verarbeitung unbedingt notwendig sind, einschränken wird.)

Gegenüber den Jahren 1927/1929 wird man im großen und ganzen doch mit stark verringerten Exportmöglichkeiten für die sächsische Exportgüterindustrie rechnen müssen. Der Export von Produktionsgütern, der sich noch eher halten wird, wird aber in viel stärkerem Maße auch den Schwankungen der Konjunktur des Auslands unterliegen. Vom Export aus gesehen, werden so auch die Schwankungen des Beschäftigungsgrades in Sachsen größer sein, während früher gerade der Export immer ausgleichend gewirkt hat, vorausgesetzt, daß nicht schon bald internationale Abmachungen über den Austausch von Produktionen gemacht werden, was dann zu einer gewissen Stabilisierung der Abjaßverhältnisse beitragen könnte. Schon mit Rücksicht auf die absolut verringerten Exportmöglichkeiten, wie auf die größeren Schwankungen des Auslandsabjaßes werden alle Maßnahmen zu begrüßen sein, die für die Industriebevölkerung direkt, aber auch für die sonstige für den örtlichen Bedarf arbeitende und vom Schicksal der Industrie weitgehend abhängige Bevölkerung einen materiellen und moralischen Rückhalt schaffen können.

Siedlung Rittergut Neufkirchen

Von Dr.-Ing. Georg Weide-Dresden.

Rittergut Neufkirchen Aufteilungs-Übersichts-Plan

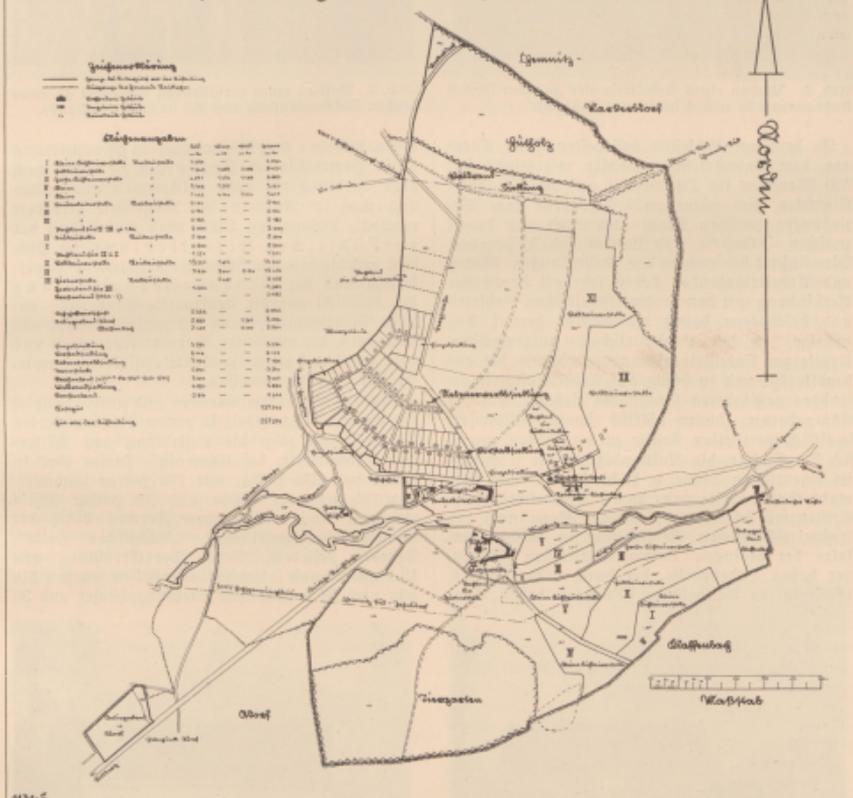


Abb. 1.

Aufteilungsplan, Siedlung Rittergut Neufkirchen.

10 Bauernstellen von 4–15 ha. Davon 6 durch Um- und Einbau und 4 Neubauten; 5 Landarbeiterstellen, davon 2 durch Einbau in alte Wirtschaftsgebäude; 101 Vorstadt- und Nebenerwerbsfleckerstellen; 32 Wohn- und Siedlungsgrundstücke am Hutholz; 24 Baustellen für Ein- oder Mehrfamilienhäuser an der Bahnhofstraße; Restgut ca. 100 ha Feld und Wiese, 70 ha Wald; Bahnhofswirtschaft.



Abb. 2. Umbau eines Arbeiterhauses zu einer kleinen Ruhbauernstelle von 4 ha (neuer Zustand).

In dem am dichtesten besiedelten Land Europas, dem Industriestaat Sachsen mit seinen fast 350 Menschen im Durchschnitt auf den Quadratkilometer, sind naturgemäß besonders enge Beziehungen zwischen Stadt und Land und damit zwischen Industrie und Landwirtschaft gegeben. Dies äußert sich auch in den Ansiedlungen. Wohn- und Arbeitergegenden stehen sehr oft in enger Verbindung mit den landwirtschaftlichen Gebieten und beschwören damit die Gefahr herauf, daß tüchtige, in der Landwirtschaft aufgewachsene Kräfte zur Industrie abwandern oder in die eng besiedelten und in bezug auf Arbeitslosigkeit besonders gefährdeten Großstädte ziehen. Um die Abwanderung dieser völkisch sowie volkswirtschaftlich wertvollen Kräfte zu verhindern, ergibt sich für Sachsen die Notwendigkeit, die Siedlung im eigentlichen Sinne, d. h. die Boden- und Heimatverbundenheit und damit auch eine bessere Existenzmöglichkeit zu fördern. Wenn auch der landwirtschaftlichen Neusiedlung in Sachsen infolge der geringen landwirtschaftlichen Flächen, der hohen Bodenpreise, der durch höhere Löhne, schwierigeres Baugelände bedingten hohen Bau-



Abb. 3. Aufbau einer verfallenden Schäferei zu einer großen Ruhbauernstelle von 8,5 ha (alter Zustand).

kosten und der damit schwierigeren Finanzierung große Hemmnisse im Wege stehen, so darf doch diese Siedlungsart nicht vollkommen ausgeschlossen und muß im Rahmen des Möglichen gefördert werden. Besonderen Wert wird man jedoch der vorstädtischen Kleinsiedlung im Hinblick auf die mit der Industrie verbundene Bevölkerung und der Nebenerwerbssiedlung mit Rücksicht auf die strukturelle Veränderung unseres Arbeitsmarktes und der großen Anzahl von Arbeitern, die auf lange Zeit auf Kurzarbeit und evtl. sogar auf zeitweise Arbeitslosigkeit angewiesen sein werden, zuweisen.

Ein besonders beachtenswertes und gutes Beispiel für die Siedlungsarbeit in einem dichtbesiedelten Industriestaat zeigt die Besiedlung des Rittergutes Neukirchen bei Chemnitz. Dieses Gut in Größe von 255 Hektar mit 185 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche und 70 Hektar Wald wurde in drei verschiedenen Formen durch die Landesiedlungsgesellschaft „Sächsisches Heim“, Dresden, besiedelt. Neben der Errichtung von 10 Bauern- und 5 Landarbeiterstellen wurden bis jetzt noch 50 vorstädtische Siedlungshäuser und 30



Abb. 5. Umbau einer alten Scheune in eine große Ruhbauernstelle mit ca. 7 ha (alter Zustand).



Abb. 6. Nach dem Um- und Einbau.



Abb. 4. Schäferei (Abb. 3) neu aufgebaut zu einer Ruhbauernstelle von 8,5 ha.

Nebenerwerbsfiedlungen geschaffen. Außerdem ist ein Teil von etwa 5 Hektar mit besonders schöner Lage am Waldrande des Hutholzes für die Bebauung mit Häusern von Privatinteressenten oder mit Wochenendhäusern vorgeesehen und zum Teil schon bebaut.

Für die angegebenen Besiedlungsarten ist das Gut besonders geeignet, da es eine äußerst günstige Verkehrslage hat. Es liegt selbst inmitten zweier Industriegemeinden Neukirchen und Klassenbach in guter und naher Verbindung zu den beiden großen Staatsstraßen Chemnitz—Annaberg und Chemnitz—Stollberg und unmittelbar an der Bahnlinie Chemnitz—Stollberg mit dem Bahnhof Klassenbach neben dem Gut. Der Absatz und damit die Preisbildung für die in der Bauernsiedlung vornehmlich erzeugten Veredelungsprodukte, Milch, Butter usw., ist daher besonders günstig. Andererseits haben aber auch die in den Landsiedlungen wohnenden Arbeiter, Gewerbetreibenden, Angestellten usw., kurze und beste Verbindung mit ihren Arbeitsplätzen und mit der durch Autobus in 20 Minuten zu erreichenden

Großstadt Chemnitz. Aus dem Aufteilungs- und Uebersichtsplan für das Rittergut Neukirchen (Abb. 1) ist im einzelnen zu ersehen, in welcher Weise und mit welcher Landgröße die einzelnen Stellen errichtet sind. Vornehmlich besteht die landwirtschaftliche Neusiedlung aus kleineren Stellen. Durch die weiträumige Anlage und durch den Bestand verteilter Gebäude war die Ausnützung durch Um- und Ausbauten besonders günstig. Durch Einbau in vorhandene Wohngebäude, Scheunen und Remisen, durch Aus- und Aufbau verfallender Gebäude, wurden 6 Bauernstellen in der Größe von 4 bis 8,5 Hektar geschaffen und 2 Landarbeiterwohnungen (Abb. 2—8). Eine Umbaustelle ist als Gärtnerstelle gedacht, da zur gärtnerischen Nutzung geeignetes Land vorhanden und guter Absatz für gärtnerische Produkte gegeben ist. Neu erstellt wurden neben 3 Landarbeiterstellen mit je 2000 Quadratmeter Land und weiterem Pachtland nach Bedarf 2 sogenannte Aufbaustellen mit zunächst je $\frac{1}{2}$ Hektar Land, die



Abb. 7. Einbau von 2 Landarbeiterwerkwohnungen in ein altes Remisengebäude (alter Zustand).



Abb. 8. Nach dem Umbau.



Abb. 9. Blick auf die vorstädtische Kleinsiedlungsanlage, 25 Einfamiliendoppelhäuser.

dem Besitzer die Möglichkeit geben, durch eigene Arbeit später weiteres Land zu erwerben und sich so eine kleine Bauernstelle aufzubauen (Abb. 10 u. 13). Landvorrat dazu ist reserviert. Weiter wurden erstellt 2 Vollbauernstellen mit rd. 13,5 und 15 Hektar Feld und Wiesenland (Abb. 11). 10 Anliegerwünschen konnte durch Landzuteilung zur Vergrößerung ihrer Wirtschaften entsprochen werden. Die Bahnhofswirtschaft Klassenbach, die zum Rittergut gehört, wurde mit einem Stück Gartenland herausgetrennt und an einen Gastwirt verkauft. Auch wurde ein Stück kostenlos für einen Sportplatz hergegeben. Als Restgut verbleiben außer dem Wald rund 100 Hektar mit den Gebäuden des um einen Hof geschlossenen Hauptgutes.

Für die Neubau-Vollbauernstellen von etwa 54 bis 60 Morgen Größe wurde der Zweigebäudetyp gewählt, d. h. Wohnhaus und Stall unter einem Dach, die Scheune für sich gebaut. Die Größe der Wohn- und Wirtschaftsgebäude richtet sich nach den vom Reichsarbeitsministerium unter dem 10. 11. 1931 festgelegten Richtlinien. Danach sind für das Wohnhaus eine Wohnküche, zwei Schlafkammern, Flur mit Treppe, Futterfläche, zusammen im Ausmaß von 60 Quadratmeter Grundfläche, dazu ein Keller von etwa 30 Quadratmeter einschl. Milchammer vorgesehen. Der Stall hat eine Größe von etwa 90 Quadratmeter und bietet Platz für 2 Pferdebestände, 7–8 Kuhställe, 1 Jungviehbucht, 3 Schweinebuchten, 1 Futterplatz und Gang mit Abort (Abb. 12).

Unter Berücksichtigung des Reichsmilchgesetzes sind zur Erzeugung von Markenmilch die einzelnen Tiergattungen im Stall streng voneinander getrennt.

Die frei gebaute Scheune steht einen Bergeraum von etwa 1000 cbm vor. Die Wasserbeschaffung für die einzelnen Bauernstellen erfolgt hauptsächlich durch neu gegrabene Brunnen, in einigen

Fällen ist auch Anschluß an die Gutswasserleitung erfolgt.

Bei den Umbau- und Einbaustellen ergeben sich im allgemeinen infolge der größeren Gebäude reichlichere Abmessungen für Wohn- und Stallräume als es die Reichsrichtlinien für entsprechende Neubauten angeben.

Den besonderen Verhältnissen in Sachsen Rechnung tragend und im Hinblick auf die günstige Verkehrs Lage des Rittergutes war von vornherein die Aufteilung eines größeren Landteiles zu vorstädtischen und Nebenerwerbs-siedlungen im Besiedlungsprogramm aufgenommen. An Hand eines neu aufgestellten Bauungsplanes wurde ein Gelände von rund 24 Hektar durch Straßen, Wasserleitung und Zuführung von elektrischem Licht aufgeschlossen. Selbstverständlich ist der Ausbau der Straßen unter Einschaltung des verbilligenden freiwilligen Arbeitsdienstes nur in der Form ausgeführt, wie es für derartige Kleinsiedlungen, die keinen oder nur ganz geringen Durchgangsverkehr aufweisen, aus wirtschaftlichen Gründen vertreten werden kann. Die Siedlerstraßen sind einbahnig mit den notwendigen Ausweidstellen und Amtenlektplätzen, 4,50 Meter breit, davon 2,50 Meter



Abb. 10. Landarbeiter-Neubauwohnungen.



Fortsetzung der nebenstehenden Kleinsiedlungsanlage.

durch 15 Zentimeter Packlager, 10 Zentimeter Kleinschlag und Kieselschicht besetzt, mit seitlichen Mulden bzw. Gräben für die Abführung der Regenwässer, ohne besondere Fußwege hergestellt. Für die Bepflanzung der Straßen mit Obstbäumen, Rotbarn und Linden wird Sorge getragen. Durch die Einschaltung eines Tiefbauunternehmers und dessen Haftung für Güte der Ausführung ist Gewähr gegeben, daß der Bau der Straßen sach- und sachgerecht erfolgt und die Gemeinde die Straßen nach Fertigstellung ohne Bedenken in Eigenbesitz und damit in Unterhaltung übernehmen kann.

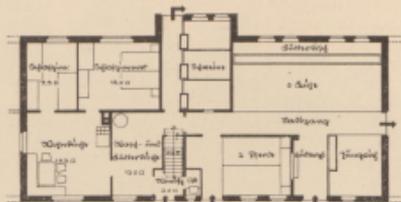
Auf dem so neu ausgeschlossenen Gelände wurden im zweiten Halbjahr 1932 bereits 50 Siedlungsstellen in Form von Einfamilien-doppelhäusern mit je 1200 Quadratmeter Land erstellt (Abb. 9 u. 14). Als Typ sind Form und Größen wie bei den Stadtrand-siedlungshäusern nach den Reichsbestimmungen angenommen; also Wohnfläche mit 14, ein Schlafzimmer mit 12, ein weiteres mit 8, Wirtschaftsraum mit 6, Stall mit 6, Keller mit 8 Quadratmeter Grundfläche, dazu Flur, Abort, Treppe, Bodenraum mit Ausbaumöglichkeit für einen weiteren Schlafraum.



Abb. 11. Neubau einer Vollbauernstelle (60-Morgen-Stelle).

Die Kosten für eine Siedlerstelle stellen sich einschl. Kauf des Landes, Ausschließungskosten, Wohnhaus (Straßen, Wasserleitung, elektr. Licht, Vermessung), Einfriedigung, bei Herstellung des Wohnhauses einschl. Einfriedigung durch Unternehmer zu Tarifrähmen, mit Ausschluß der Erdb- und Planierungsarbeiten, die durch die Siedler selbst oder mit Hilfe des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt wurden, auf 4800,— RM. Bei 1200,— RM Eigengeld des Siedlers stellt sich die monatliche Belastung auf rund 15,— RM, wobei Verzinsung des Eigengeldes nicht, jedoch Reparaturen, Abgaben mit eingerechnet sind.

Die andere Form der Kleinsiedlung, die Nebenerwerbs- oder Kurzarbeiter-siedlung ist mit 30 Einfamilienhäusern im Bau (Abb. 15 u. 16). Jede Stelle ist etwa 2400 Quadratmeter, also fast einen Morgen groß. Hier ist die Form des Einfamilien-Einzelhauses gewählt, weil auf der größeren Stelle das Haus möglichst nicht zu abseits liegen möchte und weil im Haus so mehr Platz für die erforderlichen Nebenträume geschaffen werden kann. Das Haus kostet einschl. Land, Straßen, Wasserleitung, elektrisch Licht, Einfriedigung usw. etwa 6300,— RM als Unternehmer-



erbaut.

Abb. 12. Grundriß einer Vollbauernstelle.



Abb. 13. Neubau einer Aufbaustelle.
Vorstädtische Siedlungshäuser für Stellen mit 1200 qm Landbelgabe.



Abb. 14. Einfamilien-doppelhäus.

bau. Vorgesehen ist eine Anzahlung von 1500,— bis 1800,— RM. Die Belastung errechnet sich dann ohne Verzinsung des Eigengeldes, aber mit Reparatur und Verwaltungskosten zu 25,— RM monatlich.

Nun noch ein Wort über die praktische Durchführung der landwirtschaftlichen Siedlungsbauten. Bei der Durchführung war wesentliche Aufgabe, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten und eine Überbelastung der Siedlung durch zu hohe Baukosten bei voller Wahrung des zweckmäßigen, betriebswirtschaftlichen und bautechnisch einwandfreien Aufbaus zu vermeiden. Diese Aufgabe ließ sich bei den verhältnismäßig hohen Baukosten in Sachsen nur dadurch lösen, daß für den Einbau, Umbau und Neubau der Bauernstellen und Land-

arbeiterwohnungen der freiwillige Arbeitsdienst wesentlich mit herangezogen wurde. Im Dezemberheft Jahrgang 1932 von „Siedlung und Wirtschaft“ ist des näheren bereits ausgeführt, in welcher Weise der freiwillige Arbeitsdienst eingeschaltet wurde. Bei dem Um- und Ausbau vorhandener Gebäude arbeitete der Arbeitsdienst, soweit Erd-, Beton-, Maurer-, Zimmerer-, Dachdecker- und Malerarbeiten in Frage kamen, allein unter Leitung des Bauführers des „Sächsischen Heims“. Die anderen Handwerkerarbeiten wurden wie üblich ausgeschrieben und durch Handwerksmeister zu Einheitspreisen durchgeführt.

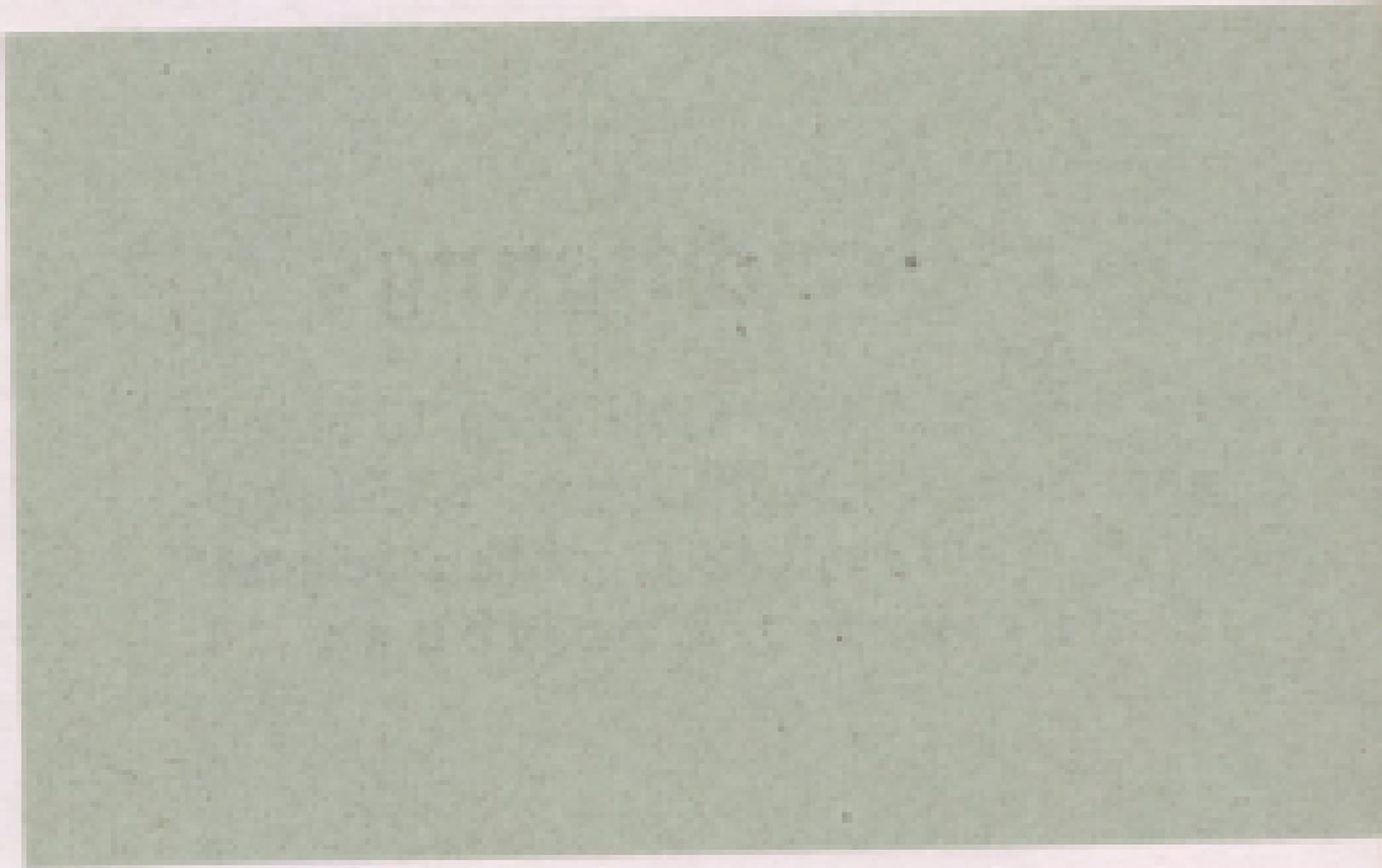
Die schwieriger herzustellenden Neubauten wurden auch bei den Erd-, Beton-, Maurer- und Zimmererarbeiten durch Heranziehung eines Bau-



Abb. 15. Nebenerwerbsiedlung, 30 Einfamilienhäuser, im Bau befindlich.

Fehler-Berichtigung

Die auf Seite 252 über Abbildung 13 und 14 stehende Angabe „Vorstädtische Siedlungshäuser für Stellen mit 1200 qm Landbeigabe“ gehört nur unter Abbildung 14.



unternehmers erbaut. Der Unternehmer stellte Maurer- und Zimmerpolter, die die sachmännische Aufsicht und Anleitung der Arbeitsdienstfreiwilligen übernahmen, sowie die notwendigen Geräte und Geräte gegen einen festen Bauhalbetrag zur Verfügung. Der feste Bauhalbetrag wurde vorgegeben, damit der Unternehmer an der schnellen Fertigstellung der Bauarbeiten interessiert ist. Die übrigen Bauarbeiten erledigten tariflohnbezahlte und beim Handwerksmeister beschäftigte Facharbeiter. Voraussetzung bei der Heranziehung des freiwilligen Arbeitsdienstes zu landwirtschaftlichen Hochbauten ist selbstverständlich, daß ein großer Teil der Arbeitsfreiwilligen Bauhandarbeiter ist, da mit vollkommen Angelehrten hier nicht zu arbeiten ist. In Neubauten konnten für die angegebenen Arbeiten durchschnittlich 60 Bauhandarbeiter durch den Arbeitsdienst gestellt werden. Die Erfahrungen, die bei dieser Art der Siedlungsbauarbeiten hier gemacht worden sind, können als gut bezeichnet werden. Bei den Umbauarbeiten wurden insgesamt etwa 25 v. H. der Kosten gegenüber reiner Unternehmerarbeit und

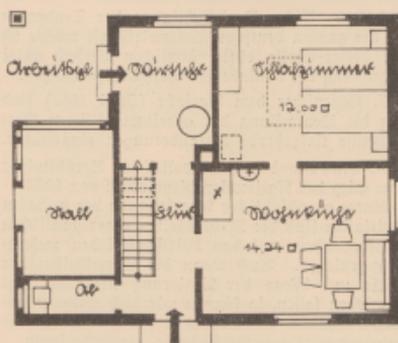


Abb. 16. Grundriß für ein Einfamilienhaus der Nebenerwerbsfiedlung.

bei den Neubauten etwa 15 v. H. der Gesamtkosten eingespart.

Die arbeitsmarktlichen Aussichten in den einzelnen Bezirken als Anhaltspunkte für die Verteilung von Mitteln für den Wohnungsbau und die Nebenerwerbsfiedlung

Von Dr. Hsenberg, Dresden.

Im Verlauf einer Studententagung, die im Anfang des Jahres 1932 in Dresden veranstaltet wurde, mit dem Thema „Die Umstellung im Siedlungsweesen“, kam man bei der Behandlung der Nebenerwerbsfiedlung auch auf die Frage zu sprechen: „Wo“ soll die Errichtung von Nebenerwerbsfiedlungen gefördert werden? Im ersten Moment könnte man leicht geneigt sein, zu antworten: Dort wo die Arbeitslosigkeit am größten, wo also eine Milderung der Auswirkungen der Arbeitslosigkeit am dringlichsten ist. Tatsächlich wird man aber bei der Beantwortung der Frage bis zu einem gewissen Grade zu einem entgegengesetzten Ergebnis kommen. Da der Nebenerwerbsfiedler nie allein von der Bewirtschaftung seines Grundstückes leben kann, so ist er auf die Ergänzung seines Einkommens in der Regel durch Arbeit in einem fremden Betriebe angewiesen. Nebenerwerbsfiedlungen sollten also nur dort in größerem Maße errichtet werden, wo noch Aussichten auf Arbeitsmöglichkeiten bestehen. Noch mehr muß man die arbeitsmarktlichen Aussichten natürlicherweise bei der Errichtung von Wohnungen berücksichtigen, denn sonst ist leicht mit der Gefahr des Ausfalls von Mieten und Zinsen zu rechnen. So sollte der arbeitsmarktliche Gesichtspunkt bei der Verteilung von Mitteln für die Nebenerwerbsfiedlung und den Wohnungsbau mehr hervortreten gegenüber dem bisher üblichen Gesichtspunkt der Einwohnerzahl, des Aufkommens an Steuern, des Wohnungsmangels und der

Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Nun leuchtet es aber ein, daß man keine genauen Prognosen über die Entwicklung der Verhältnisse und damit auch über die arbeitsmarktlichen Aussichten machen kann. Wohl aber lassen sich aus der wirtschaftlichen und sozialen Struktur eines Bezirks und andererseits aus den wirtschaftlichen Tendenzen in der Gesamtwirtschaft gewisse Anhaltspunkte für die Beurteilung der arbeitsmarktlichen Aussichten eines Bezirks gewinnen.

Ich brauche mich an dieser Stelle nicht näher über die Art der Gewinnung dieser Anhaltspunkte auseinandersetzen, es sei nur erwähnt, daß eine gute Mischung zwischen Industrie und Landwirtschaft eine solid fundierte Wohlhabenheit der Bevölkerung, günstige Standorte für Industrie und Landwirtschaft und soweit es sich miteinander vereinbaren läßt, eine gewisse Vielseitigkeit der wirtschaftlichen Grundlagen und der Abzweigungen insbesondere der Industrie, ferner sozial ausgeglichene Verhältnisse, eine gesunde Mischung zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben (je nach den technischen Erfordernissen des einzelnen Wirtschaftszweigs) eine Bindung möglichst breiter Schichten an Boden und Familie für die Stabilität der Arbeitsmarktverhältnisse eines Bezirks und damit auch für die arbeitsmarktlichen Aussichten besonders günstig sind.

Ich habe schon vor einem Jahr versucht, die arbeitsmarktlichen Aussichten der einzelnen Bezirke Sachsens nach diesen Gesichtspunkten zu be-

urteilen. Unter Berücksichtigung der Tendenzen in der ganzen deutschen Volkswirtschaft möchte ich an dieser Stelle einen ähnlichen Versuch unter Beachtung der veränderten Verhältnisse machen.

1. Gegenüber dem Vorjahr (Juni 1932) sind für die Beurteilung der arbeitsmarktlichen Verhältnisse tiefgehende Veränderungen eingetreten.

A. Eine Wandlung der politischen Verhältnisse: Der Sieg der Nationalen Revolution von 1933.

Unter grundsätzlicher Anerkennung der privaten Initiative sind die Möglichkeiten einer staatlichen Einflußnahme auf das Wirtschaftsleben wesentlich gestiegen. Auch wenn die Einzelheiten der Ziele und Wege der Regierung sich noch nicht übersehen lassen, so können wir doch andeutungsweise folgende Punkte bei der Beurteilung der arbeitsmarktlichen Verhältnisse zugrunde legen.

1. Im weitesten Sinne: Einordnung der Interessen der einzelnen Gruppen, Schaffung von Voraussetzungen für einen gesunden Nachwuchs.

Im einzelnen:

2. Verstärkter Schutz der Landwirtschaft, Erstreben der Unabhängigkeit in der Versorgung von Nahrungsmitteln. Hebung der kulturellen Verhältnisse in den ländlichen Gebieten.

3. Heranziehung der jungen Kräfte zum Arbeitsdienst.

4. Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit, Arbeitsgelegenheiten i. w. S., wobei die Kreditverhältnisse gegenüber internationalen Einflüssen immunisiert werden.

5. Beeinflussung des Verbrauchs in der Richtung der Hebung der Abnahmmöglichkeiten bestimmter Wirtschaftszweige.

B. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen haben sich weiterhin verschlechtert.

Im Moment ist die Lage noch nicht geklärt. Vorerhand müssen wir noch rechnen:

1. mit ungünstigen Exportaussichten,
2. mit gewissen Schwierigkeiten des Transfers, falls es nicht in den Schuldverhandlungen zu einer Vereinbarung kommt, die die deutsche Lage berücksichtigt.

II. Für die Beurteilung der Arbeitsmarktverhältnisse in Sachsen und seiner einzelnen Bezirke ergibt sich aus dem Vorhergesagten folgendes:

1. Die Maßnahmen der Agrarpolitik werden zu einer Steigerung der Erträge der Landwirtschaft führen. Da die sächsische Industrie vornehmlich auf den Bedarf der städtischen Schichten und auf den Export eingestellt ist, so wird sich diese Einkommenssteigerung nur in etwas schwächerem Maße auf die sächsische Industrie auswirken.

In härterem Maße werden aber die Erwerbsmöglichkeiten der Naherwerbstätigen

(Handwerk, kulturelle Berufe usw.) in den ländlichen Gebieten gebessert.

Die Landwirtschaft wird vermutlich mehr Arbeitskräfte einstellen (unterstützt durch Maßnahmen, wie Landhilfe usw.). Zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Böden werden ebenfalls (z. T. im Arbeitsdienst) Arbeitskräfte beansprucht.

Wir werden vornehmlich mit einer Verbesserung der arbeitsmarktlichen Verhältnisse in den landwirtschaftlich stark durchsetzten Gebieten zu rechnen haben und in den Städten, die für die umliegende Landwirtschaft einen Mittelpunkt bilden. Begünstigt sind in Sachsen dadurch die nördlichen Bezirke: Borna, Grimma-Wurzen, Döblich, z. T. Döbeln, Meißen, ferner Großenhain-Riesa, Ramens, Bauen und Löbau, in schwächerem Maße Freiberg und Dippoldiswalde.

2. Soweit Mittel vorhanden sind, wird sich in den nächsten Jahren (auch von privater Seite) eine härtere Wohnungsbautätigkeit entfalten. Die Zahl der Eheschließungen, während der Krise vielfach hinausgeschoben, wird vorläufig noch zunehmen. Dies wird sich in den wirtschaftlich günstiger gestellten Bezirken stärker auswirken und führt dort unmittelbar zu einer Beanspruchung des örtlichen Baugewerbes, mittelbar aber auch der Baustoffindustrie, der Hausrat- und Ausstattungsindustrie. Bis zu einem gewissen Grade kann auch hier die Ehestandsbeihilfe wirksam werden. Günstig wird die Bautätigkeit und die Einrichtung neuer Wohnungen sein für den Industrieabfall in den Bezirken des mittleren Erzgebirges, in Döbeln, Freital, Jittau. Bei Hausrat auch im Auer Bezirk und zum Teil im Bezirk Meißen.

3. Unter den Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung i. w. S., die sich über eine längere Zeit erstrecken werden, sei erwähnt der Straßenbau, das Reichsbahnprogramm und die Förderung der Kraftverkehrswirtschaft. Es lassen sich hier zur Schaffung von Verkehrsmöglichkeiten unmittelbar Beschäftigungsgelegenheiten in den notleidenden Grenzbezirken schaffen, die dann auch ihrerseits zur Hebung des Fremdenverkehrs beitragen können. Mittelbar begünstigt werden insbesondere die Bezirke mit Steingewinnung. So haben sich schon die arbeitsmarktlichen Verhältnisse in den Bezirken Grimma-Wurzen, Ramens, Bauen wesentlich gebessert. Die Automobilindustrie hat ebenfalls schon bessere Beschäftigungsverhältnisse.

Eine stärkere Berücksichtigung Sachsens mit öffentlichen Aufträgen wird auch einigen Zweigen der Produktionsgüterindustrie und etwa auch der Tuch- und Bekleidungsindustrie zugute kommen.

4. Der Export sächsischer Waren ist weiterhin stark zurückgegangen. Die Textilindustrie ist jetzt nach Verlust des englischen Marktes und zum Teil der nordischen Märkte überwiegend auf den Binnenmarkt eingestellt. Auch der Export der Maschinenindustrie Westfalens ist vorläufig noch mehr zurückgegangen.

Preisstellung und Verbetätigtkeit werden als Faktoren, die die Ausfuhr bestimmen, vorläufig noch mehr zurücktreten, gegenüber handelspolitischen Abmachungen zwischen den einzelnen Staaten. Der Export der Erzeugnisse der sächsischen Konsumgüterindustrie ist bei deren Vielfältigkeit und Wandelbarkeit ein schwieriger Gegenstand von Abmachungen.

Soweit nicht eine Belebung des Binnenmarktes die Folgen eines rückläufigen Exports kompensiert hat, ist die Arbeitslosigkeit in den stark exportorientierten Bezirken noch sehr groß und wenig zurückgegangen. Es hängt von der Außenhandelspolitik der Abnehmerstaaten, namentlich Amerikas, Englands und Hollands ab, wie weit die Erzeugnisse verschiedener in einigen Bezirken Sachsens vorherrschender Industrien noch weiterhin abgesetzt werden können:

Burgstädt (Stoffhandschuh),
Sebnitz (Blumen),
Delsnitz (Muffinstrumente),
Flauen (Stidereien und Spitzen),
Auerbach (Stidereien und Spitzen),
Leipzig (Pelze und Pelzhandel, Ausfuhrhandel überhaupt).

Die Grenzbezirke sind besonders benachteiligt:

Delsnitz, Auerbach, Aue-Schwarzenberg, Annaberg, Obernhausen und Sebnitz, Neugersdorf, Zittau. Im Moment liegen die Verhältnisse im Auerbacher Bezirk günstiger.

5. Die Absatzverhältnisse der für Sachsen so wichtigen Textilindustrie haben sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 gebessert; Exportverluste konnten teilweise durch eine Steigerung des Inlandsabsatzes kompensiert werden gegenüber dem Ende des Jahres 1931. Im großen und ganzen haben sich die Textilbezirke Westfalens besser gehalten als manche Städte Mittel- und Ostfalens, in denen die Textilindustrie wenig oder gar nicht vertreten ist. Für die Arbeitsmöglichkeiten der Textilindustrie ist von besonderer Wichtigkeit, ob noch Rohstoffe im selben Maße und in denselben Qualitäten wie bisher verfügbar sein werden, und ob die städtische Bevölkerung noch die Mittel ausgeben wird für einen verhältnismäßig guten Bekleidungsstandard.

Im großen und ganzen wird man auch die künftigen Aussichten der Textilindustrie im ganzen als nicht ungünstig ansehen können, wenngleich immer mit starken Schwän-

gungen des Beschäftigungsgrades zu rechnen ist. Selbst wenn bei verringerten Einfuhrmöglichkeiten von Rohstoffen etwa schlechtere Qualitäten verarbeitet werden müßten, so würde dies auf der anderen Seite zu einem stärkeren Verarbeitungsaufwand und entsprechenden Beschäftigungsmöglichkeiten führen.

Die Arbeitslosigkeit in den Textilbezirken Thalheim, Reichenbach, Lugau, ist verhältnismäßig gering und gegen Ende 1932 noch zurückgegangen. Ebenso ist die an sich hohe Arbeitslosigkeit in Zschöna und Mittweida zurückgegangen. In Chemnitz stellt nicht die Textilindustrie, sondern die Metallindustrie das Hauptkontingent der Arbeitslosen. Die ostfälische Textilindustrie hat im allgemeinen 1932 gegenüber 1928 einen stärkeren Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen. Es wird dies auch neben anderen Gründen auf den Zusammenbruch des Konzerns Wagner & Moras zurückzuführen sein und mit einer Neuorganisation der Betriebe werden sich auch hier die Verhältnisse bessern, bzw. schon gebessert haben.

6. Es wird der Versuch gemacht, den Verbrauch stärker auf typisch sächsische Erzeugnisse zu lenken, die bisher vorwiegend im Ausland abgesetzt worden sind, — Blumen, Spitzen und Stidereien, Muffinstrumente —. Dies könnte den entsprechenden Bezirken einige Erleichterung schaffen, aber bei der zum Teil außerordentlich hohen Exportquote, früher 80—90%, kann natürlich auch eine namhafte Steigerung des Inlandsverbrauchs nicht den Verlust des Auslandsabsatzes wett machen. Immerhin ist es zu begrüßen, daß man durch Beeinflussung des inländischen Verbrauchs vermeiden will, daß die durch Exportverluste getroffenen Gebiete einer Verelendung überlassen werden und daher nicht als hoffnungslose Bezirke bezeichnet werden können.

Zu bemerken wäre noch, daß der Grad der Wohlfahrtserwerbslosigkeit, ein Ausdruck langdauernder Notlage eines Teils der Bevölkerung in Westfalen geringer ist, abgesehen von den beiden Industriegrößstädten Flauen und Chemnitz, als in vielen Städten Mittelfalens und Ostfalens. (J. B. Freiberg, Brand-Erbisdorf, Radeberg, Meißen, Großenhain, Bautzen, Pirna.) In den typischen Textillegenden Westfalens ist die Zahl der Mitverdiener in den Familien größer und das Risiko, daß die Familie alle Erwerbsmöglichkeiten verliert, geringer. Dies trifft etwa auch in dem sonst stark benachteiligten Auerbacher Bezirk zu.

Unter Berücksichtigung der erwähnten Punkte und unter Zugrundelegung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der einzelnen Bezirke läßt sich dann eine Reihenfolge in der Eigenheit der Besiedlung aufstellen.

Wirtschaftsberatung

Von Dr. Schilling, Dresden, Landesstelle für Kleingartenwesen.

Zum Zwecke der Wirtschaftsberatung der Stadtrand siedler wurden im vorigen Winter erstmalig vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium RM 4000,— und vom Ministerium für Volksbildung (Landesstelle für Erwerbslofenbildung) RM 1000,— bereitgestellt. Mit der Durchführung der Wirtschaftsberatung wurde die staatlich anerkannte Landesstelle für Kleingartenwesen beauftragt. Die Wirtschaftsberatung erstreckt sich vorläufig auf Vermittlung von Kenntnissen im intensiven Gartenbau und in der Kleintierhaltung. Für später erscheint noch erforderlich: Belehrungen in Pflege und Erhaltung des Hauses.

Die Landesstelle hat sofort mit den Vorbereitungen der Lehrgänge begonnen und hat zuerst für einen einführenden theoretischen Lehrgang im Gartenbau, der auf 8 Doppelstunden berechnet worden ist, den Lehrgangsstoff und 73 Anschauungstafeln (Strichzeichnungen und Text- und Zahlentafeln) ausgearbeitet, vervielfältigt und den Lehrgängen unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Ebenso ist mit Unterstützung der Landwirtschaftskammer der Text für einen einführenden Lehrgang in Kleintierhaltung (auf 3 Doppelstunden berechnet) ausgearbeitet und vervielfältigt worden. Schließlich ist von Ende April an ein praktischer Lehrgang im Gartenbau in Text und Material vorbereitet worden. (5 Doppelstunden).

Der Stoff des theoretischen Lehrganges in Gartenbau geht aus von den Entwicklungsbedingungen der Pflanze und reicht dann über Bodenarten, Bodenverbesserung, Düngung, Gemüse, Obstbau und Blumenzucht bis zur Ernteverwertung und Schädlingsbekämpfung. Der gartenpraktische Lehrgang, der in einer Siedlungsanlage abgehalten wird, zeigt praktisch die richtige und falsche Bepflanzung bei der Bodenbearbeitung (Graben, Schollern, Rigolen, Rechen, Mähen usw.), dem Düngen, Säen, Pflanzen (Gießen, Baumschnitt, Baumpflege), Unkraut- und Schädlingsbekämpfung und Ernten.

Der Kleintierhaltungslehrgang behandelt die grundlegenden Kenntnisse bei der Haltung von Kaninchen, Hühnern und Flegeln (z. B. Stall, Ernährung, Kästen, Pflege).

Als Lehrgangsleiter sind zumeist sachkundige Lehrer an Volks-, Berufs- und landwirtschaftlichen Schulen genommen worden und zwar rund 80 an den verschiedensten Orten des Landes, damit Fahrtkosten möglichst vermieden werden. Die Lehrgangsleiter sind in Mutterlehrgängen über die Form und den Inhalt der Lehrgänge aufgeklärt worden. Die Vorträge in den Mutterlehrgängen sind durch die Referenten der Landwirtschaftskammer und den Leiter der Landesstelle ge-

halten worden. Sie werden im Herbst fortgesetzt werden müssen, wenn im nächsten Winter in Gartenbau und Kleintierhaltung Lehrgänge über einzelne Sonderfragen durchgeführt werden sollen.

Die Lehrgänge werden in Form von Arbeitsgemeinschaft durchgeführt, damit die Teilnehmer den Stoff möglichst selbst erarbeiten und ihre bisherigen irrigen Ansichten erkennen und selbst richtig stellen. Aus diesem Grunde müssen als Lehrgangsleiter Personen genommen werden, die nicht nur Sachwissen, sondern auch pädagogische Befähigung besitzen. Am Schluß jedes Lehrganges erhält jeder Teilnehmer den besprochenen Lehrgangstext unentgeltlich ausgehändigt, damit er auch später in Zweifelsfragen nachsehen kann.

Bis jetzt sind folgende Lehrgänge bereits durchgeführt:

Gartenbauliche Lehrgänge (theoretisch): 41, gartenpraktische Lehrgänge: 18, Kleintierhaltungslehrgänge: 28.

Es laufen augenblicklich folgende Lehrgänge:

Gartenbauliche Lehrgänge (theoretisch): 2, gartenpraktische Lehrgänge: 20, Kleintierhaltungslehrgänge: 16.

Vorbereitet sind noch folgende Lehrgänge:

Gartenbauliche Lehrgänge: erst im Winterhalbjahr, gartenpraktische Lehrgänge: 45, Kleintierhaltungslehrgänge: 20.

Die Werbung für die Lehrgänge wird ebenfalls von der Landesstelle für Kleingartenwesen durchgeführt, und zwar durch Hinweise in den Tageszeitungen, durch Kundunvorträge und Benachrichtigungen der Gemeinden (von dort aus Ausgang in den Arbeitsämtern und Zahlstellen der Fürsorge) und der örtlichen Siedlerorganisationen. Bis auf wenige Fälle unterstützen die Tageszeitungen und die Gemeinden gern die Einrichtung. Ebenso stellen die Gemeinden für die theoretischen Lehrgänge ein Schulzimmer unentgeltlich zur Verfügung. Nur in Einzelfällen weigern sich die Gemeinden oder berechnen für die Bereitstellung Kosten (Schulhausmann für jede Einzelstunde 65 Pfg., außerdem Licht- und Heizungskosten).

Soweit es möglich ist, werden die Lehrgänge von dem Leiter der Landesstelle besucht, um an Ort und Stelle Gewißheit über die Zweckmäßigkeit der getroffenen Maßnahmen bei Vorbereitung und Durchführung zu gewinnen. Außerdem berichtet jeder Lehrgangsleiter am Schluß des Lehrganges über den Erfolg und die bei dem Lehrgang gemachten Beobachtungen. Daraus geht hervor, daß die Lehrgänge überall nicht nur von

den Siedlern und Kleingärtnern, sondern auch von den Gemeinden lebhaft begrüßt werden und daß die Art der Vorbereitung und Durchführung als vorbildlich anerkannt wird. Die Lehrgänge werden bis auf wenige Ausnahmefälle, in denen es vielleicht infolge zu kurzer Vorbereitungsfrist an der nötigen Bekanntwerdung gemangelt hat, gut besucht. Die Teilnehmerzahl schwankt naturgemäß nach der Größe des Ortes und der dadurch mit bedingten Anzahl der vorhandenen Siedler und Kleingärtner. Sie umfaßt aber besonders in den kleineren Orten oft fast 100% der vorhandenen Siedler. Besonders zu begrüßen ist auch die starke Anteilnahme der Siedlerfrauen, auf die besonders Wert gelegt wird. In verschiedenen Orten mußte der Lehrgang infolge zu starken Besuches geteilt werden. Alle Lehrgangsleiter be-

tonen in ihren Berichten das rege Interesse und den großen Fleiß der Teilnehmer. In vielen Berichten findet sich die Bemerkung: „Es ist eine Freude, mit diesen Siedlern zu arbeiten.“ Der Eifer der Siedler geht auch daraus hervor, daß eine 64 Seiten starke Broschüre, in der der Leiter der Landesstelle den wesentlichsten Aufbaumaterialstoff in laienhaft verständlicher Form dargestellt hat und die zum Preise von 35 Pfg. an die Teilnehmer abgegeben wird, von allen Teilnehmern gekauft wird.

Die Landesstelle für Kleingartenwesen kann nach allem aus voller Ueberzeugung feststellen, daß die Einrichtung der Wirtschaftsberatung sich als außerordentlich wertvoll erwiesen hat und daß sie für die Zukunft unbedingt fortgesetzt werden muß.

Bauwirtschaftlicher Teil

Neue Baustoffe und Bauweisen. Bauwirtschaftliche Untersuchungen an ausgeführten Bauten.

Die Verbilligung der Baustoffe durch technische Verbesserungen gegenüber altbewährten Baustoffen und handwerksüblichen Bauweisen ist eine sehr schwierige Aufgabe. Täglich erscheinen Anpreisungen für moderne Baustoffe und neuartige Bauweisen. Nach der Finanzkraft des Erfinders oder der Geschäftsleute, die sich der Erfindung angenommen haben, werden sie in mehr oder minder eindrucksvollem Gewande und in schlagwortgespickten Werbeschriften angepriesen. Die beigefügten, meist theoretisch einwandfreien Wirtschaftsberechnungen und die amtlichen Atteste von Laboratoriumsversuchen wirken bestechend, decken sich aber vielfach nicht mit den Ergebnissen der Baupraxis, weil aus Geschäftsrücksichten begrifflicher Weise nur die Vorteile, niemals aber die nachteiligen Erscheinungen aufgezeigt werden. Auch die Vorführungen auf Muster Schau-Ausstellungen im Modell, Zeichnung und Einzelstück sind für eine unbefangene Beurteilung nicht ausreichend. Wie die Erfahrungen der Stadt Frankfurt a. M. deutlich bewiesen haben, ist es kostspielig und gefährlich, neue Baustoffe und Bauweisen in Massenausführung als Großversuch nur auf Grund theoretischer Arbeiten durchzuführen. Andererseits soll die gegenüber unerprobten Baustoffen und Bauweisen gebotene Zurückhaltung nicht dazu führen, daß private Bauherren oder die öffentliche Hand aus Bequemlichkeit oder Furcht vor der Verantwortung es ablehnen, die Fortschritte der Bauwirtschaft durch Versuchs-Bauten zu fördern.

In dem bauwirtschaftlichen Teil der Zeitschrift „Siedlung und Wirtschaft“ soll nun der Versuch

gemacht werden, durch Berichterstattung über die Ergebnisse neuzeitlicher Bauweisen und Verhalten neuzeitlicher Baustoffe bei tagesüblichen Siedlungen und Neubauten dem Fachmann und besonders dem Bauherren unabhängig von den Werbeschriften Unterlagen für eine eigene Urteilsbildung zu bringen. Durch Benennung der beobachteten Objekte soll auch die Nachprüfung durch Augencheinahme und weitere Beobachtung ermöglicht werden.

Vorangeshickt seien noch einige grundsätzliche Überlegungen.

Wir leben noch immer in ungewöhnlichen Zeiten mit vielen ungelösten Aufgaben, die in ihrer Tendenz und ihrem Ausmaß überdies stark wechseln. Der Mangel an ausreichender Kapitalbildung und ungenügender Kaufkraft der Bevölkerung und die brachliegende Arbeitskraft weiter Volksteile geben den Ausschlag für die Problemstellung in der Bauwirtschaft. Kulturelle und soziale Verbesserungen der Wohnung durch bauwirtschaftliche Maßnahmen sind sekundär geworden angesichts der gewaltigen Zeitaufgabe, die Wirtschaftlichkeit der Wohnung durch sparsamste Finanzierung und Einschaltung möglichst vieler Arbeitskräfte in den Aufbauprozess zu erreichen.

Bei der Lösung dieser überragenden Aufgabe darf man sich jedoch nicht von kurzfristigen Überlegungen leiten lassen, denn Bauen ist niemals ein Tagesproblem, sondern eine Angelegenheit auf weiteste Sicht.

Jeder gute Bau ist außerdem genau so schollenverbunden, wie es die Menschen wieder werden sollen. Alle angewandten Baustoffe und Bau-

weisen müssen daher eine organische Verbundenheit mit ihrer natürlichen Umgebung haben, wenn sinnvolle und wirtschaftlich gesunde Anlagen entstehen sollen. Wenn es gilt Verbilligungen zu erzielen, so dürfen diese nicht auf Kosten der Wirtschaftlichkeit erfolgen. Was nützt es wohl, eine preiswertere Außenwand zu konstruieren, aber die Heizkosten werden wesentlich höher oder die Ersparnisse sind nur bei guter Witterung schlechte Wärmeleiter, verlieren aber nach jedem Regen diese gute Eigenschaft oder der Ersatzhof ist stark feuergefährlich und die Versicherungsprämie wird unerträglich u. dergl. mehr.

Alle Rechnungen sind im allgemeinen wirtschaftlich falsch, wenn schließlich bei gleichem Raumprogramm das Gesamtobjekt genau so teuer bleibt, wie bei altbewährten Bauweisen und nur ideelle oder unbewiesene Vorteile übrig bleiben.

Zeitlich und regional begrenzte Erfolge können unter den heutigen Verhältnissen auch noch solche Baustoffe oder Bauweisen haben, die zwar nicht wesentlich billiger oder besser gegenüber normalen Bauausführungen sind, die aber finanziell günstige Nebenwirkungen haben, durch die ein anderenfalls nicht finanzierbares Projekt baureif werden kann.

Wenn z. B. bei einer Erwerbslooseniedlung durch die Wahl des Baustoffes Facharbeiterlöhne durch Selbsthilfeleistungen ersetzt werden können, so wird in vielen Fällen lebhaft durch die Möglichkeit der Mobilisierung der sonst ganz brachliegenden Arbeitskraft des Siedlers die Bau durchführung erst erreichbar.

Auf die Dauer werden sich modernere Baustoffe und Bauweisen nur durchsetzen, wenn sie neben ihrer allgemeinen Tauglichkeit für Bauzwecke dazu beitragen, die volkswirtschaftlichen Aufgaben unserer Zeit zu erleichtern.

Regierungsbaumeister a. D. Weber.

Die bauwirtschaftliche Eignung neuerer Ziegelbauweisen für den Kleinwohnungsbau (Wollmauerwerk aus Hohlsteinen).

Bei technischen Fortschritten im Bauwesen ist für den Kleinwohnungsbau eine bauwirtschaftliche Bedeutung vorliegend, wenn das alle anderen überragende Problem: „Wie bauer ich billiger?“ durch die Erfindung berührt und vorteilhaft beeinflusst wird. Neue Bauweisen und Baumaterialien setzen sich unter den heutigen Verhältnissen ohne propagandistische Nachhilfe gegenüber altbewährten durch, sofern sie fühlbare Entlastung der Gesamtbautkosten oder wenigstens einen günstigeren Aufbau der Baufinanzierung herbeiführen. Die Eignung der neuen Baustoffe und Bauweisen

für beleihungsfähige Dauerbauten ist eine selbstverständliche Vorbedingung.

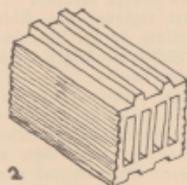
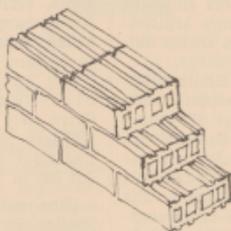
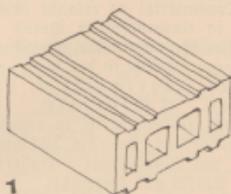
Bei der Finanzierung von Siedlungen, bei denen die Arbeitsleistungen der Siedler, Arbeitsdienst, Kameradschafts- oder Verwandtenhilfe den Schlüssel des finanziellen Bauprogramms bilden, kann es für die Durchführbarkeit eines Projektes von ausschlaggebendem Einfluß sein, eine Bauweise anzuwenden, die unter Umständen nicht billiger wie die ortsübliche ist, die es aber ermöglicht, Hilfslohnarbeit des Siedlers mit finanzieller Auswirkung einzusparen. Die Mobilisierung brachliegender Arbeitskräfte durch neue einfache Bauweisen trägt dazu bei, viele anderenfalls hoffnungslose Projekte der Verwirklichung zuzuführen.

So wurden bei den Erwerbslooseniedlungen vieler Großstädte großformatige Spezialsteine verwendet, die ohne Kenntnis eines handwerksgerechten Mauerverbandes in einfacher Schichtung zur Einstei nung vermauert werden können. Die industriellen Kurzarbeiter der Siemenswerke, also vorwiegend Metallarbeiter, haben in den Vorstadtsiedlungen Staaken und Spede zum großen Teil Hohlziegel der „Deutschen Frewenziegel A. G. Berlin“ verwendet. Der „Frewenziegel“ ist ein Langhohlstein mit 4 Hohlräumen. Die hergestellten Typen ergeben Wände von 25 und 20 cm Stärke (vergl. Abbildung).

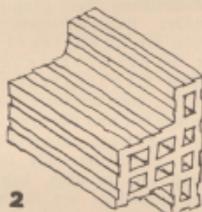
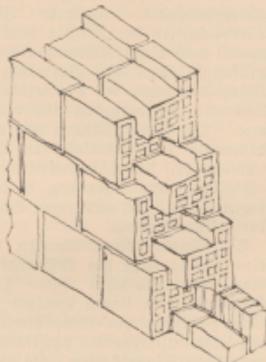
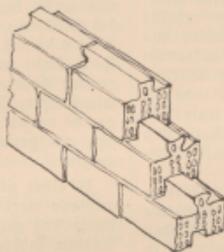
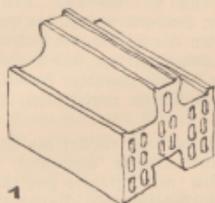
Dem Frewenziegel im Konstruktionsprinzip gleich ist der „Siedlerstein“ der Firma Roschmann, Hennigsdorf b. Berlin, der 15 cm starke Wände ergibt (vgl. Abbildung).

Die Hohlsteinbauweisen gehen von der wissenschaftlichen Erkenntnis aus, daß infolge klimatischer Erfordernisse die gewöhnlichen Ziegelmauern aus Normalsteinen statisch überbemessen sind. In Deutschland wird ein Wärmequ coast von einer 1/2 starken Ziegelwand ($k = 1,37 \text{ kcal/m}^2\text{h}^\circ\text{C}$) für Dauerbauten verlangt. Eine Wollmauer aus Hohlsteinen braucht wegen der besseren Wärmedämmung geringere Wandstärken für den gleichen wärmetechnischen Effekt. Die geringere Druckfestigkeit spielt bei normalen Auflasten einer Flachbauweise noch keine entscheidende Rolle, so daß im ganzen genommen die Hohlsteinwand ökonomischer ist. Die Verringerung des Raumgewichtes, der geringere Verbrauch an Mörtel, dem Träger hoher Baufeuchtigkeit, sind weitere beachtenswerte wirtschaftliche Vorteile. Bei diesen verschiedenartigen Vorteilen hätte sich eine Anwendung der großformatigen Ziegelhohlsteinwände schon weitgehender durchgesetzt, wenn nicht fabrikatorisch ihrer Verbreitung Grenzen gesetzt wären. Es bedarf hochwertigerer Ton- oder Lehmaufkommen, um in der Stranzgießpresse die verhältnismäßig dünnwandigen Steine mit ausreichender Druckfestigkeit in den Stegen herzu-

I. LANGLOCHSTEINE

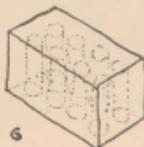
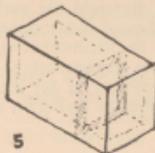
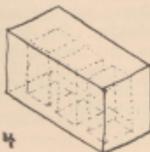
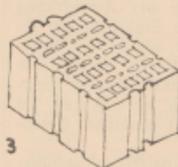
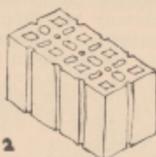


II. SPEZIALSTEINE



Wandstein	Format cm	Stein Gewicht kg	Raum Gewicht kg/m ³	Druck- festigkeit kg/cm ²	Verbrauch am Steinen Stück	Wärme- durchlass kcal m ² h ⁻¹	Wand- stärke cm	
Normal- format . .	25x12x6,5	3,5	1800	H.M. 100 I. Kl. 150 H. B. 280	380	300	2,00	38
Frewen . .	I 25x25x12 II 25x20x12	8,5 5,5	1200	73	120 (I)	80	1,25	25
No-Po-Te	I 25x19,5x25 II 25x14x25	6,5 i.M.	1100	67	125 (I)	160	1,63	27
National-St	I 25x25x14 II 25x20x14 III 25x12x14	8-10 7-9 4-5	1500	75	130 (II)	100	1,25	20
Tuho . .	I 25x12x10,4 II 25x12x14,2	3,2 4,8	1400	260	280 (I)	270	2,00	25
Allzu . .	I 25x12x6,5 II 25x12x10,4 III 25x12x14,2	2,5 4,0 5,0	800	155	210 (III)	165	2,00	25
E. H. Z. . .	25x12x14,2	4-6	1480	175	190	200	2,00	25

III. QUERLOCHSTEINE



Langlochsteine:

1. Deutsche Frewenziegel A.G., Berlin W 8.
2. Siedlerstein: C. Roschmann, Berlin-Hennigsdorf.

Spezialsteine:

1. Nationalstein: Falzziegelwerke C. Ludovici, Jockgrim (Rheinpfalz).
2. No-Po-Te-Stein: Mitteldeutsche Ton- und Kohlenwerke G. m. b. H., Brandis b. Leipzig.

Querlochsteine:

1. Stawa-Stein.
2. Tuho-Ziegel.
3. Primus-Stein.
4. E. H. Z., System Gnöth-Braun.
5. Agaho-Stein, System Maus.
6. Allzu-Stein.

stellen und zu brennen. Die Höhe der Fracht begrenzt regional das Absatzgebiet der einzelnen Fabrikate, da bei Ueberfretung eines bestimmten Satzes die übrigen Verbilligungen wieder aufgehoben werden.

Beim Kleinwohnungsbau ist es illusionistisch, den Raumgewinn, der sich aus der Verschmälerung der Außenwände gegenüber normaler Wandausbildung errechnen läßt, als volle Ersparnis zu rechnen. Kuhbringend auszuwerten ist nur die absoluten Verminderungen der Baukosten bei gleichbleibender nutzbarer Wohnfläche. Die Werbeschriften der Firmen bedürfen erfahrungsgemäß nach dieser Richtung einer kritischen Nachprüfung. Auch die übermäßig betonte erhöhte Wärmedämmung des Materials mit Zahlen aus Laboratoriumsversuchen sind vorzüglich aufzunehmen. Bei allen Wänden mit erhöhter Wärmedämmung und verminderter Wärmeleitung ist nur ein Teil der wärmewirtschaftlichen Ansprüche verbessert. Die Sperrung, d. h. die Isolierung gegen Feuchtigkeit und gegen Schall bedarf besonderer Untersuchung.

Bei dünnwandigen Mauern findet außerdem eine Verlagerung des Wärmeproblems statt, die man nicht übersehen darf. Die bautechnischen Schwierigkeiten liegen weniger bei dem auch in einer Hohlsteinform einwandfreien Ziegelmaterial mit seinen alterproben physikalischen und wärmetechnischen Eigenschaften, als vielmehr in der Ausbildung einer wärmedämmenden Steinjüge. Alle Langlochsteine sind un bequem für eine einwandfreie Vermauerung der Stoßfuge. Um ihre Bemörtelung und bei den größeren Formaten gleichzeitig die Handrierung des Steins zu erleichtern, werden Schließgriffe als Behelf verwendet. Der Mörtelverschluß der Hohlräume und der Stoßfuge ist trotz dieses Hilfsmittels nicht befriedigend gelöst, sicher erfolgt nur die Bemörtelung der Ränder. Dagegen ist bei Langlochsteinen der Jüguerver schluß der Lagerfuge durch die Anwendung des Prinzips von Hut und Feder bei vielen Fabrikaten verbessert. Beobachtungen aus der Praxis zeigen jedoch, daß diese flachen, mehr oberflächlichen Verbesserungen der Formgebung nicht die gleiche Dichtung und Stabilität des gesamten Wandgefüges bewirken, wie sie beim handwerksgerechten Verband durch den Wechsel von Läufer und Binderischen und bei dem handwerklich einfacheren Verschluß aller Jügen bei normalformatigen Steinen mit handlichen Eigenschaften erzielt werden.

Der wärmetechnisch einwandfreie Jüguerver schluß ist daher das Kernproblem der dünn schaligen Vollmauern aus Hohlsteinen. Seine Ver nachlässigung kann die wärme wirtschaftlichen Vorteile des Baumaterials wieder aufheben und bei ungenügendem Widerstand des Bindematerials in der Jüge gegen Baufeuchtigkeit sogar in das Gegenteil verwandeln.

Diese Erkenntnis veranlaßte einige Ziegelwerke, deren Tonmaterial es erlaubt schwierige Formgebungen in einwandfreiem Brand herzustellen, Spezialformgebungen für Einfeinwände zu fertigen. Hervorzuheben ist der Nationalstein der Falzziegelwerke C. Ludovici-Doogrim (Rheinpfalz). Dieser Stein weist einen als Handgriff zu benutzenden kräftigen Mittelsteg auf, der die Dichtung der Lagerfuge und das Wandgefüge verbessert. Er hat sich in der Praxis gut eingeführt.

Eine weitere Verbesserung wird durch zweischalige Durchbildung des Wandaufbaus erzielt, wie z. B. durch T-Steine der Mitteldeutschen Ton- und Kohlenwerke G. m. b. H. Brandis b. Leipzig. (Mitolo). Der Koto-T-Stein wird im Verband verlegt, die waagerechten Ansätze wirken wie Binder, die senkrechten wie Läufer, Stoß- und Lagerfuge sind verbandsgerecht verlegt, eine für dünnwandige Ausbildungen mit geringen Auflasten vorteilhafte Maßnahme.

Zu einer grundsätzlich anderen Art des Wandaufbaus werden Querschleife verwendet. Bei ihnen sind gewöhnlich nicht größere Hohlräume, sondern zahlreichere, löcherähnliche Durchbohrungen angebracht. Sie haben eine fabrikmäßig einwandfreie Ausbildung bei günstigerer Druckfestigkeit gegenüber Langlochsteinen. Zu nennen sind als Beispiel der Tuho-Ziegel und der Spezialstein der Tuho-Vertriebsgesellschaft, Berlin-Charlottenburg, der Primusstein, der eine besondere Jüguerverriegelung der Stoßfuge hat und den Stawa-Stein der Allgemeinen Deutschen Ziegel A. G., Berlin W 62. Die Löcher der Querschleife sind nur so groß, daß bei der Bemörtelung der Lagerfuge ein Verschluß möglich ist, während die Stoßfugen infolge der geschlossenen Seitenwandungen nicht schwierig zu vermauern sind. Die leichte Spaltbarkeit der Steine in Teilstücke eripart die bei anderen Großformaten erforderlichen Ed- und Anschlagformsteine. Noch einen weiteren Schritt zur Verminderung des Mörtelverbrauchs unternehmen Ziegelwerke, die einen fünfwandig geschlossenen Stein auf den Markt bringen, z. B. der C. H. Z.-Ziegel, System Gnath-Braun, oder sogar allseitigen Verschluß im „Allzu“ der Pilsnicher Dampfziegelei, Breslau-Pilsnig.

Die vorstehend genannten Fabrikate sind nur eine Auswahl der vorhandenen zur Erläuterung der bautechnischen Grundgedanken. Die Fabrikate sind im Kleinwohnungsbau mit wirtschaftlichem Erfolg angewendet, so daß es wertvoll ist, ihre Bewährung in der Praxis bei den ausgeführten Siedlungen weiterhin zu beobachten.

Die Neubefehung der Wirtschaftsefforts

Als Nachfolger von Hugenberg hat Walter Darré das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft übernommen.

Walter Darré ist der Definitivität als langjähriger Sachverständiger der nationalsozialistischen Partei für landwirtschaftliche und raufstendliche Fragen bekannt. Beim Aufbau des neuen Staatsgefüges wurde er durch seine hervortragenden organisatorischen Fähigkeiten der Reichsführer des deutschen Bauernstandes. In der literarischen Welt hat er sich einen Namen gemacht durch sein Werk: „Das Bauerntum als Lebensquelle der nordischen Rasse“. Die in diesem Buch entwickelten Grundzüge verdienen besondere Beachtung für den Aufbau der Landwirtschaft und der Rasse.

„Bauer ist, wer in erblicher Verwurzelung seines Geschlechtes mit Grund und Boden sein Land bestellt und seine Tätigkeit als eine Aufgabe an seinem Geschlecht und an seinem Volk betrachtet.

Landwirt ist, wer ohne erbliche Verwurzelung seines Geschlechtes mit Grund und Boden sein Land bestellt und in dieser Tätigkeit nur eine rein wirtschaftliche Aufgabe des Geldverdienens erblickt.“

Der Urquell der Wiedergeburt der deutschen Nation und der nordischen Rasse ist „Blut und Boden“, deren Keinheit und Kraft uns als urdeutsches Heiligtum in deutscher Rechtsauffassung und Sinnesart neu erkennen soll.“

Die Forderungen Walter Darrés sind:

1. Grundjährige Abkehr vom System von Weimar, Befähigung eines völkischen deutschen Staates.
2. Die bedingungslose Erhaltung der noch vorhandenen echten Bauernfamilien auf ihrer angestammten Scholle.
3. Ueberführung des Siedlungsgebankens in den Grundgedanken, daß Siedlung nur dann einen völkischen Sinn hat, wenn sie „Neubildung des deutschen Bauerntums“ bedeutet.
4. Schaffung eines Rahmengesetzes zur Erhaltung der bäuerlichen Scholle als „Erbhof“.

Die nationale Revolution hat diese Forderungen ihren Zielen näher gebracht, aber gerade hinsichtlich der in allerweitesten Volkstreffen geforderten Landbeschaffung für Siedlungszwecke im Rahmen der Agrarerschuldung sind durch die Entschuldungsmaßnahmen des Ministeriums Hugenberg keine klaren und positiven Fortschritte festzustellen.

Die Agrarerschuldung betrug Ende 1931 11,8 Milliarden RM. Sie ist durch die bisherigen Entschuldungsmaßnahmen auf 11,4 Milliarden zurückgegangen. Durch die Einreichung von

Pfandbriefen sind 100–150 Millionen RM Kredite zurückgezahlt worden. Die restliche Verminderung erfolgte hauptsächlich im Rahmen der Osthilfe. Von den 11,4 Milliarden sind 7,2 Real-kredite, 4,2 Milliarden kurzfristige Kredite, von denen 3,2 als organisierte zu bezeichnen sind. Der größte Prozentsatz der landwirtschaftlichen Hypotheken ist ersttellig und nur 1,8 Milliarden nachstellig gesichert. Trotz des Vollstreckungsschutzes hat sich noch 1932 die Zahl der zur Zwangsversteigerung gekommenen landwirtschaftlichen Grundstücke vermehrt unter Zunahme der unteren Betriebsklassengrößen. Das finanzielle Ergebnis der Zwangsversteigerungen ist sehr ungünstig. Der Einheitswert wurde fast nirgendwo mehr erreicht. Die Versteigerungsergebnisse blieben in Preußen beispielsweise 20% unter dem Einheitswert. Die Höchstgebote lagen durchschnittlich nur auf 60% der hypothekarischen Belastung der Grundstücke, jedoch neben sämtlichen Personal-kreditgläubigern auch große Anteile des Hypothekencapitals ausfielen.

Der Entschuldungsplan Hugenbergs leidet an dem grundsätzlichen Mangel, daß die schwere Krankheit des Gesamtkörpers wie alle wirtschaftlichen Notmaßnahmen vergangener Regierungssysteme nur durch eine partielle Operation der sichtbaren Erkrankungsercheinungen einzelner Glieder geheilt werden soll, der Herz der Krankheit aber unangestastet bestehen bleibt und nach kurzer Zeit zu neuen Krankheitsercheinungen Veranlassung gibt.

Darum muß und wird eine durchgreifende Neuregelung des agrarischen Kreditystems in der Gesamtheit und eine Reorganisation des betriebswirtschaftlichen Aufbaus der Landwirtschaft zur Erfüllung des nationalen Raumproblems kommen. Bei der nationalpolitisch erforderlichen **Siedlung** ist die zwangsläufige Entwicklung, die infolge der von Grund auf veränderten Geld- und Marktverhältnisse von der Großgutwirtschaft zur Bauernwirtschaft in Ostelbien führt, so deutlich sichtbar geworden, daß man eine Entschuldung der Großbetriebe nur unter Schaffung erntensfähiger bäuerlicher Wirtschaften rechtfertigen kann.

Walter Darré wird als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die bäuerliche Siedlung in ein aktives und schöpferisches Stadium führen. Die Nachprüfung des Entschuldungsgesetzes zur Förderung des Bauernstandes und der Siedlung ist bereits angeordnet.

Nachfolger im Reichswirtschaftsministerium wurde Dr. Kurt Schmiedt. Der neue Reichswirtschaftsminister hat sich bisher besonders erfolgreich bei der Kapitalerhaltung der deutschen Privatversicherung herorgetan. Er übernahm 1932 den Vorsitz im Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Privatversicherungen und wurde

1933 Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer und Mitglied des Zentralaususses der Reichsbank. Dr. Schmitt war von früheren Regierungen schon mehrmals als Reichswirtschaftsminister in Aussicht genommen. Damals hat er dieses Amt wegen der fehlenden wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht angenommen.

Nachdem Dr. Schmidt aber das Vertrauen des Führers auf den einflussreichen Posten des Reichswirtschaftsministers berief, „gab es keine Ueberlegung“.

Dies betonte der neue Reichswirtschaftsminister als überzeugter Anhänger der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung in seiner ersten Rede vor den Wirtschaftsführern ausdrücklich. Seine Ausführungen sind für die Vertrauensbildung innerhalb der Wirtschaft außerordentlich wertvoll. Die entscheidenden Sätze der Rede lauten:

„In Uebereinstimmung mit dem Führer bin ich der Ansicht, daß es

unmöglich die Aufgabe des Staates und des Wirtschaftsministeriums oder sonst irgend eines behördlichen Organes sein kann, die Vorgänge in der Wirtschaft im einzelnen verantwortlich zu bestimmen und zu regeln.

Die Aufgaben, die der deutschen Wirtschaft gestellt sind, können nur von der Wirtschaft selbst, d. h. von den aus ihr herausgewachsenen verantwortlichen Führern gelöst werden. Der Staat soll verwaltet und mit seiner Wirtschaftspolitik die Wirtschaft führen, aber nicht selbst wirtschaften.

Das entscheidende Problem ist die Zurückführung von 5 Millionen Menschen in den Arbeitsprozeß. Wenn es der Regierung gelingt, diese Aufgabe zu lösen (und ich habe keinen Zweifel, daß sie gelingt), so werden damit auch alle anderen Probleme gelöst sein. Die Befestigung der Arbeitslosigkeit kann nicht allein durch künstliche Arbeitsbeschaffung erfolgen. Diese kann nur dazu dienen, die ungeheure Depression mit einem Gewaltstreich aus der Welt zu schaffen. Man kann eben nicht warten, bis die Gesundung aus der Natur heraus von selbst kommt. Insofern bin ich durchaus dafür, daß die Regierung alles unternimmt, um die Depression zu beseitigen. Es muß aber dabei allmählich die ganze Wirtschaft erfasst, belebt und so in Gang gebracht werden, daß der natürliche Aufschwung und die natürliche Aufwärtsentwicklung die Folge ist. Deshalb ist es auch die Pflicht des Führers, die Arbeitsbeschaffung, soweit sie von der Regierung erfolgt, in Zukunft soweit wie irgend möglich so zu gestalten, daß nicht allein unmittelbar öffentliche Aufträge gegeben werden, sondern daß man für die produktive Wirtschaft Erleichterungen schafft, die dadurch in Arbeit umgesetzt werden.

Das Entscheidende aber ist — und darin sehe ich die erste Aufgabe des Wirtschaftsministers — die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß so schnell wie möglich in unserer Wirtschaft der Glaube befestigt wird, daß die Sicherheit des wirtschaftlichen Kalkülens das Höchstmaß hat, das überhaupt denkbar ist.“

Zugleich mit Reichswirtschaftsminister Schmitt wurde er in nationalsozialistischen Kreisen altbekannte Hg. Gottfried Feder als Staatssekretär berufen. Feder ist Verfasser des bekannten Werkes „Der deutsche Staat“. Er ist der Vorkämpfer für die Forderung der Zinsnechtheit.

Nach der nationalsozialistischen Revolution wurde er Vorsitzender des Reichsbundes deutscher Technik. Beachtlich für das Baumeister ist seine große Rede auf der Führerversammlung der Deutschen Architekten und Ingenieure. Die politische Zentralkommission der NSDAP. (H. III B.), der Kampfbund Deutscher Architekten und Ingenieure (KDAI.) und der Reichsbund Deutscher Technik (RT.) traten in Weimar am 24. und 25. Juni zu einer Führerversammlung zusammen. Gottfried Feder hielt eine bedeutame programmatische Rede über die „Aufgaben der deutschen Technik beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft“. Die Technik umspannt in ihrer Totalität das gesamte wirtschaftliche Leben, die moderne Technik erfordert bei ihrer Anwendung höchste Dienstleistung. Die Gefahren der Intensivierung der Technik liegen in der Erziehung zum Maschinenmenschen und in der Abhängigkeit ganzer Berufsstände von der Maschine. Wenn die unerhörte Kraft der Technik voll in den Dienst einer nationalen Wirtschaftsführung gestellt werden soll, so sind ungeheuer wichtige staatspolitische Aufgaben zu lösen. Grundlage hierfür ist die Organisation der deutschen Arbeitsfront. Sie hat die Aufgabe der Erziehung zum Nationalsozialismus. Die Harmonie allen Werdens und Entstehens ist auf einem Dreiklang aufgebaut, wie Körper, Seele und Geist. Neben der Arbeitsfront ist der wirtschaftsständige Aufbau, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen arbeiten müssen, erforderlich. Im Wirtschaftsstand müssen die Fragen von Lohn und Gehalt ausgeglichen werden. Zur Arbeitsfront und Wirtschaftsführung treten als letzte Grundlage für den Wiederaufbau in der Organisation des geistigen Prinzips der deutschen Technik die Berufsverbände, die die seelische Schulung des Menschen in seinem Lebensberuf leiten sollen. Als Aufgabe der Technik bezieht Feder die Ablehnung vom weltwirtschaftlichen Denken.

In diesem Zusammenhang ist auch der Vortrag „Zeitgebundene und blutgebundene Kunst“ von Prof. Schulze-Raumborg von programmatischer Bedeutung. Zeit und Blut üben ihren Einfluß auf die deutsche Kunst aus. Zu verwerfen ist die liberalistische Weltanschauung, die für sich eine neue Baugeginnung in Anspruch nahm, die nicht emporgewachsen ist aus dem inneren Menschentum, sondern im Unterbewußtsein ein Spiegel der demokratischen Weltanschauung blieb. Blut und Rasse, Härte und Stärke des Volkstums und echte heldische Gewinnung sind der Bunkhtraum eines heißen Hergens, das mit glühender Liebe an Volk und Heimat gebunden ist.

Als Staatssekretär äußerte sich Feder über die Neuordnung der deutschen Wirtschaft bei der kürzlich erfolgten Rektoratsübergabe der Bergakademie Clausthal. Hauptaufgabe sei die Arbeitsbeschaffung, besonders durch Siedlung.

Unter nationalsozialistischer Wirtschaft sei die Uebertragung des politischen Führertums auf das Gesamtgebiet der deutschen Wirtschaft zu verstehen. Der Staat selbst dürfe zwar keine Produktionswirtschaft leiten. Ueber der Wirtschaft stehe jedoch die Gesamtheit: der Staat.

Die drei großen Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung seien:

1. psychologisch-politische,
2. wirtschaftstechnische und
3. finanzpolitische.

Der Blick der deutschen Wirtschaft muß wieder auf den Binnenmarkt gerichtet sein unter pflegerischer Behandlung der außenpolitischen Interessen. 6 Milliarden RM nicht unbedingt erforderlicher Einfuhr bedeuten 3 Millionen Arbeitslose für den deutschen Arbeitsmarkt.

Der Etat 1933

In der Kabinettsitzung vom 27. Juni ist der Reichshaushaltungsplan für 1933 verabschiedet worden. Der Reichshaushaltungsplan ist ausgeglichen und schließt in Ausgabe und Einnahme mit rd. 5,9 Milliarden Reichsmark ab (1932 = 8,2 Milliarden Reichsmark). Die tatsächlichen Ausgaben betragen im Rechnungsjahr 1932 7,9 Milliarden Reichsmark, die Einnahmen 7,3 Milliarden RM, sodaß für 1932 ein Fehlbetrag von 600 Millionen RM entstanden ist. In diesen sind 420 Millionen RM für außerordentliche Schuldentilgung enthalten. Der auffällige Unterschied von rd. 2 Milliarden zwischen dem alten und neuen Etat ist jedoch nicht eine Verringerung des Gesamtetats, sondern beruht nur auf einer klareren Verrechnung. Die Anteile der Länder an den Reichsteuern (Ueberweisungssteuern) stellen nur durchlaufende Posten dar und sind bei der Aufstellung des Reichshaushaltsplans 1933 durch ein Rettungstem aus Zweckmäßigkeitsgründen abgelöst worden. Die laufenden Anteile der Länder werden nicht auf beiden Seiten des Reichshaushalts, sondern gesondert aufgeführt. Die durchlaufenden Posten an Ueberweisungssteuern sind für 1933 mit 1,6 Milliarden RM geschätzt. 0,4 Milliarden ergeben sich aus tatsächlichen Minderungen an Ausgabeposten. Auf der Einnahmeseite sind die Steuern unter Berücksichtigung einer gewissen Belebung der Wirtschaft geschätzt worden. Es wird ein um rd. 200 Millionen höheres Aufkommen an Steuern und Zöllen erwartet als es für 1932 betragen hat. In größere Posten zusammengefaßt verteilen sich die Ausgaben wie folgt:

Versorgung der Kriegsoffer und ihrer Hinterbliebenen	1040 Mill. RM.
Zins- und Militärpensionen	270 " "
Kriegskassen	425 " "
Befolgungen (einschl. der Reichsmehr)	700 " "
Arbeitslosenhilfe u. Arbeitsbeschaffung	520 " "
Sozialversicherung	520 " "

Wohlfahrtspflege (einschließl. 150 Mill. RM für Zeitverbilligung)	200 Mill. RM.
Wohnungswesen	100 " "
Ankauf von Vorkursaktien der Dresdner Bank	100 " "
Verzinsung und Tilgung d. Reichsschuld	520 " "
Abdeckung der Fehlbeträge früherer Jahre	100 " "
Besondere Maßnahmen auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft	140 " "
Schutzpolizei der Länder	190 " "

Neu erscheinen die jüngsten Ministerien, das Propagandaministerium, dessen mit 14,2 Millionen RM veranschlagter Etat durch eigene Einnahmen aus dem Rundfunk größtenteils gedeckt wird, und das Reichsluftfahrtministerium. Trotz der Schaffung dieser beiden Ministerien ist der Gesamtetat niedriger als im Vorjahr. Bei dem Haushalt des Reichstages tritt durch die Verringerung der Abgeordnetenanzahl eine Ersparnis von über 1 Million RM ein. Der Etat zeigt die Entschlossenheit der Reichsregierung, den Haushalt in Ordnung zu bringen. Sie erwartet die tatkräftige und verständnisvolle Mitwirkung des deutschen Volkes.

Die Durchführung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Zum Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit sind Durchführungsbestimmungen erlassen worden (RGBl. Nr. 73 S. 425). Aus dem Gebiet der Sieblung ist aus Abschnitt II hervorzuhelen, daß alle Arbeiten grundsätzlich nicht freihändig, sondern durch Ausschreibung vergeben werden sollen. Auf die Beschränkung der Unternehmergewinne, die Anwendung menschlicher Arbeitskraft anstatt maschineller Hilfsarbeit und den Verbrauch deutschen Baumaterials soll geachtet werden. Die Unternehmer übernehmen die Verpflichtung, die Arbeitszeit ihrer Unternehmungen bis 30. Juni 1934 auf höchstens 40 Stunden wöchentlich einzuschränken. Bei Neueinstellungen dürfen nur Erwerbslose berücksichtigt werden, in erster Linie Kindererlose, Familienerwärber, und langfristige Erwerbslose, insbesondere solche, die der SS., SA., SAH. oder St. und nach ihrer beruflichen Herkunft den vorliegenden Berufszweigen angehören. Aus Abschnitt II geht hervor, daß die Darlehen für die vorstädtische Kleinieblung nach Maßgabe der vom Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen erlassenen oder noch zu erlassenden Bestimmungen bewilligt und von der Deutschen Bau- und Bodenbank ausgezahlt werden. Auch für die landwirtschaftliche Sieblung bleibt es gemäß § 11 bei den bisherigen Zuständigkeiten.

Die weiteren Abschnitte III und IV behandeln das Verfahren und Bedarfsdeckungsheine.

Nachdem nunmehr die gesetzlichen Grundlagen der Finanzierung für den ersten Teil des Arbeits-

behaftungsprogramms vorliegen, steht auch die Inangriffnahme neuer Bauabschnitte im Siedlungsweisen unmittelbar bevor.

Nebenberufliche Landfiedlung

Aus den Maßnahmen der früheren Regierung zur Förderung der vorstädtischen Kleinsiedlung, einer ursprünglich einseitigen sozialpolitischen und rein agitatorischen, aber im übrigen durchaus unwirtschaftlich ausgelegenen Siedlungsform, entwickelt die Regierung der nationalsozialistischen Revolution ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Am 6. Oktober 1931 wurde in der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen ein Reichskommissar mit durchgreifenden Vollmachten bestellt und der erste Bauabschnitt mit 48 Millionen RM durchgeführt. Er beschränkte sich ausschließlich auf industrielle Großstädte mit hohen Erwerbslosenraten. Diese Wohlfahrtspende an die durch Not und Verhehung unruhigsten Volksschichten im Sinne der Sozialauffassung des abgewirtschafteten Regierungssystems konnte zu keinem wirtschaftlichen volkswirtschaftlich bemerkenswerten Erfolge führen, da die Verteilung der Gelder und die Durchführung des Siedlungsprogramms nach politischen Gesichtspunkten erfolgte. Die Entlastung der öffentlichen Hand durch Erparung von Unterstützungsgeldern blieb überall aus. Die Siedlungen sind zum großen Teil Konzentrationslager für Wohlfahrtsempfänger. Die Siedler sind genau wie in ihren früheren städtischen Wohnungen Sorgenkinder der Fürsorgestellen gelieben.

Dagegen hat die Aktion von Anfang an in bauwirtschaftlicher Hinsicht nachhaltige Auswirkungen gehabt. Sie hat den durch die langjährige Zwangswirtschaft irrefeleiteten bauwirtschaftlichen Tendenzen zur Ueberheißerung der Preise einen beachtlichen Anschwung zur Geltung verhelfen unter dem Druckmittel der Not der Zeit und des Gewerbes. Eine fühlbare Senkung des Bauindex und der Höhe des staatlichen Zuschusses, eine bisher unbekannte Einfachheit des Bauprogramms und der Ansprüche an Ausstattung sowie die bewusste Einsparung von Selbsthilfe der Siedler als Ersatz für das fehlende Eigenkapital, das in den vorangegangenen Bauepochen oft nur durch Finanzierungsstufen vorge täuscht wurde, sind in der Gesamtwirkung epochemachend geblieben.

Mit dem nachlassenden Einfluß des alten Regierungssystems wurden in den weiteren Bauabschnitten schrittweise die eigentlichen wirtschaftlichen Erfordernisse mehr in den Vordergrund gerückt. Die Maßnahme wurde wieder aus der

politischen Atmosphäre herausgehoben und der großen nationalen und volkswirtschaftlichen Bedeutung zugeführt, die ihr als eine produktive Arbeitsbeschaffung mit verbleibender Dauerwirkung auf den Arbeitsmarkt zukommt. Die nebenberufliche Landfiedlung erhielt im Staatsgefüge der nationalen Erhebung einen anderen gebaltlichen Inhalt. Sie wurde für den Arbeiterstand in den weltanschaulichen Grundlagen eine erste Lösung im Rahmen des nationalsozialistischen Problems: Blut und Boden; genau so wie es für den Bauernstand die allgemeine landwirtschaftliche Siedlung werden soll.

Die Betonung des Eigenheimgedankens und des Rechts auf Persönlichkeit als Gegensatz zu der unpersönlichen Mietwohnung des Arbeiters im Massenstimmten des Weltbürgertums in Großstädten, dann die selbstschaffende Aufbauarbeit bei der Errichtung der Siedlung und der Erschließung der Bodenwerte im Gegensatz zum Wohlfahrtsprinzip eines durch langjährige Stempel in der Arbeitsmoral verdorbenen, lebensunfertigen Proletariats und schließlich das Streben raschbewußter deutscher Staatsbürger zur Schollenerbundenheit im Gegensatz zur Klassenkämpferischen Freizügigkeit internationaler Gewerkschaftsbestrebungen sind die wesentlichsten inneren Unterschiede im Zielstreben einer vorstädtischen Kleinsiedlung von früher und von heute.

Im zweiten Bauabschnitt, für den 25 Millionen und zusätzlich 10 Millionen ausgeschüttet wurden, und im vergangenen dritten mit 40 Millionen Darlehenssumme trat eine wesentlich stärkere Berücksichtigung der arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkte ein. Nicht die Großstädte mit höchsten Erwerbslosenraten sind für nebenberufliche Siedlung die geeigneten Plätze, sondern solche Standorte des innerdeutschen Arbeitsmarktes, die nach Behebung der zeitlichen konjunkturellen Krise nach menschlichem Ermessen nebenberufliche Arbeitsmöglichkeiten bieten. Nur wo eine bodenständige und als krisensfest bekannte Industrie oder Gewerbe sich erhalten konnte, sind landwirtschaftlich unselbständige Kleinbetriebe auf nebenberuflicher Grundlage neu zu errichten. Mittelstädte und kleinere Städte, in denen das Arbeiterbürgertum nie ganz ausgehorben ist, wurden daher in den letzten Bauabschnitten vorgezogen. Die Dezentralisation der nicht standortgebundenen Industrie und die Wiederauffüllung des Landes mit den noch fehlenden Wirtschaftsenergien sind Vorbedingungen für den weiteren Erfolg der nebenberuflichen Landfiedlung.

Ferner setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß die landwirtschaftliche Eignung des auszuwählenden Grund und Bodens für die Selbsternährung der Familie sowie eine nicht zu knappe Bemessung der Landzulage die erste und selbstverständlichsie Vorbedingung für einen auf Bodenenertrag abgestellten Haushalt des Siedlers

ist. Daher verträgt sich bodenspekulative Preispolitik aus finanzstellen kommunalpolitischen Erwägungen nicht mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Vorstadtsiedlung, deren Bodenrente vom landwirtschaftlichen Ertrag des Grund und Bodens ausgehen muß.

Die Auswahl der Siedler darf nicht allein von finanztechnischen Rücksichten für die einmaligen Ausbauarbeiten ausgehen und nicht nur nach ihren handwerklichen Fähigkeiten vorgenommen werden. Dieses Auswahlprinzip führte bereits zu einer unberechtigten Begünstigung von Bauarbeitern bei den meisten Vorstadtsiedlungen. Schwierigkeiten der Finanzierung und der Durchführungsarbeiten müssen mit Vorbedacht in den Kauf genommen werden gegenüber der größeren Aufgabe, die Verbreiterung der überall knappen Arbeitsgelegenheiten auch für andere notleidende Berufsstände durch die Einführung von Kurzarbeit auf der Grundlage der Selbsternährung auf eigener Scholle zu fördern. Die Krisenfestigkeit des industriellen und gewerblichen Arbeiterstandes muß durch die Bodenverbundenheit des deutschen Menschen hergestellt werden.

Die Richtlinien für die vorstädtische Kleinsiedlung werden zwar für den bevorstehenden Abschnitt mit geringen Abweichungen bestehen bleiben. In Ausführungsabweichungen wird jedoch der neue Geist zum Ausdruck gebracht werden. Vor allem wird aber die zweckentsprechende Auswahl der Träger die Durchführung der Maßnahme im aufbauenden Geiste des nationalsozialistischen Staates sichern.

Wiederaufbau der deutschen Familie

Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes ist das Deutsche Volk bei seiner heutigen Geburtsziffer nicht mehr imstande, sich aus eigener Kraft zu erhalten, sondern bei 15 Geburten auf 1000 der Bevölkerung fehlen uns schon etwa 30%

an Gebärleistungen der deutschen Frauen, um den Volksbestand in der Zukunft zu sichern. Nur die ländlichen Gemeinden haben noch einen geringen Geburtenüberschuß, der aber nicht mehr ausreicht, um den Verlust in den deutschen Städten zu ersetzen. Wir stehen damit vor einer grundsätzlichen Wende der Zeit. Unser Volk geht unweigerlich einer starken Veralterung und Vergrößerung entgegen.

Reichsinnenminister Dr. Frick beleuchtete in seinem Vortrag über Bevölkerungs- und Rassenfragen in der ersten Sitzung des Sachverständigenbeirats im Reichsinnenministerium diese Tatsachen. Er kündigte gesetzliche Maßnahmen an zur Aenderung der in bedrohlicher Entwicklung begriffenen Bevölkerungs- und Rassenfragen. Die Folgen einer übertriebenen Fürsorge für Minderwertige und Majoale haben zu einer ungesunden Steigerung der Lasten geführt. Es wird daher ein Gesetzesentwurf zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vorgelegt werden. Auch in der steuerlichen Tendenz sind Wandlungen vorgeesehen, damit die minderreichen Familien nicht durch eine ungünstige technische Behandlung schlechter gestellt sind, als diejenigen, die sich nur selber zu erhalten haben. Auch die sonstigen vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen werden auf ihre familienfeindliche Wirksamkeit hin nachgeprüft. Die Erhaltung der erbgewundenen deutschen Bauernfamilien und die Vermurzelung besten deutschen Blutes mit bestem deutschen Grund und Boden soll besonders gepflegt werden. Eine durchbringende Aufklärung über Erbgewandheitspflege und Rassenkunde muß in die Erziehung der Jugend und des gesamten Volkes eingebaut werden. Familien- und Rassenkunde müssen so gepflegt werden, daß das Blühen der Familie als ein höheres Gut erscheint, als Reichtum und Bequemlichkeit. Wir müssen wieder den Mut haben, unseren Volkstörper nach seinem Erbwert zu gliedern.

Dr. F. N.

Besprechungen

Peter Martin Lampel: „Pakt an! Kameraden. Erkundungsfahrten in die Arbeitslager.“ Günther-Wolff-Verlag, Mauen (Bgltd.) 1933, Preis 2,50 RM.

Als dieses Buch vor Jahresfrist im Rohwohlt-Verlage erschien, war es die erste, liebendoll breite Erkundung der jungen Volksbewegung des Arbeitsdienstes. Wenn es heute, da diese Bewegung unter der Obhut der neuen Staatsführung in feste Formen geleitet wird, als Volksausgabe neu erscheint, so muß das Werk in alter Form neue Wertung bestehen.

Die ganze Breite des neuen Arbeitslebens liegt in dem Buche vor uns: gelagert im Boberhaus in Schlesien, in Neutischen in Sachsen, im Achter-Moor, im Waldhumer Schlot im Ems-

land; — gelebt im Erwachen des neuen Geistes der Wertgeinnung, des Dienstes an der Gemeinschaft; gelebt durch die eifrige Erörterung über die vielen, noch offenen Fragen, wie: richtige Auswahl und Schulung des Lagerführertrupps, zweckmäßige pädagogische Behandlung der Dienstwilligen, Beschaffung eines geeigneten Arbeitsfeldes.

Eine reiche Auswahl von Einzelmeinungen legt der Verfasser über diese und zahlreiche andere Fragen vor, jedoch ohne Meinungsordnung, ohne Meinungsstärkung. Der Bericht wird sachlich rezeptiv, noch nicht persönlich produktiv gegeben.

Vor einem Jahre noch erfüllte ein solcher Bericht seinen Zweck. Als der Verfasser der „Revolte im Erziehungshaus“, dessen idealistisch im-

pullives Temperament sich ständig auf der Rippe radikaler Gefinnungen bewegte, damals mit dem Bericht über sein Arbeitsdiensterlebnis zum rechtsradikalen Lager sich bekannte, mochte die objektive Haltung seines Berichts wohl am ehesten geeignet sein, bei den überraschten alten Freunden Vertrauen zu erwecken. Es mochte mit dazu dienen, gesunde Wurzelkraft aus sandigem Boden eitler marxistischer Verpfechungen in das fruchtbare Erdreich nationalen Tatwillens zu verpflanzen; und da zwischen den Zeilen zu lesen stand: Der Arbeitsdienst ist die beste Jugendfürsorge! Geht hin und seht: sie revolutionieren nicht, sie arbeiten und sind begeistert, der Gemeinschaft zu dienen.

Heute aber, da wir wissen, was wir wollen, da es nur mehr darauf ankommt, den Willen auf kürzestem Wege in Tat umzusetzen, heute genügt es nicht, über die lebendigsten Willenskräfte des Volkes „ohne Verschönerung und Verlieblichung“ zu sprechen. Heute ist es nicht mehr nötig, Patriouillengänger einer Bewegung zu sein, die bereits in voller Front im Angriff steht. Heute heißt es: Antreten! in der Gemeinschaft, und in ihr beharren!

Für eine Neuauflage des vorliegenden Buches will das sagen: daß sein sachlicher Gehalt zusammengedrückt und ausgewertet werden müßte. Mit voller Kraft der Ueberzeugtheit hätte u. a. die Eignung des Arbeitsdienstes zur Siederschulung, die Eroberung der Scholle als Dienstlohn und ihr wehrhaftes Besitzen als Gemeinschaftsentgelt hineinredigiert werden müssen!

Damit soll das Verdienst solcher „Kundschaft“ nicht gemindert werden. — Auch künftig soll der Reporter das Volk da suchen, wo es in junger Tüchtigkeit zu finden ist: im Gemeindedienst durch Arbeit.

Aber er soll diesen neuen Geist „nicht nur schildern, sondern gestalten: Mit all der blutvollen Kraft, die in der Objektivität einer selbstbewußten Gefinnung liegt. Daß er die Schläfrigen und Säumigen wecke, und die Wachen in der Wachsamkeit bestärke!“

Peter Martin Lampel: „Siedeln? Mensch — wie sieht das aus? — Fahrten in Siedlungen und Siederschulen.“ Rüdiger-Verlag, Berlin 1933.

Lampel, dem es gegeben ist, die Räte junger Seelen zu erhorchen und zu erfragen, ist auf seinen Fahrten durch die Arbeitslager immer wieder der bängigen Frage begegnet: „Was nachher?, Was weiter?“

Mit der Antwort: „Siedeln“ ist noch keine Klarheit geschaffen, denn: „Wie sieht das aus?“, und „Was verlangt das von uns?“ —

Also zieht L. aufs neue aus, den Kameraden den Weg durch Kundschaft zu bereiten, Kundschaft,

die „zur Klärung beitragen, nichts beschönigen, innere Bereitschaft wecken, Entschlossenheit pflanzen“ soll.

Ein klares Ziel und ein gerader Weg! Schon der Umfang des Buches zeigt den Vorteil gegenüber dem oben besprochenen an: Er ist um dreiviertel geringer, entlastet von unterhaltssamen Kuriosa und unfruchtbaren Erörterungen von Nebenfragen.

Das zur Orientierung Nötige ist in ausreichender Fülle behandelt: und zwar ein jedes Thema in einem Kapitel, was die Auskunft eindeutig macht.

Eindeutig bis zur Rücksichtslosigkeit, mit der die „Rajenbank-Ideale“ siedlungsüchtiger Romantiker — zerstört werden. Bei den „unheimlichen“ Möglichkeiten des Siedlungsgedankens zum Positiven wie zum Negativen kann zu solcher Rücksichtslosigkeit in Rat und Tat nicht dringlich genug gemacht werden: Schwächliche Steptis würde nur zu unfruchtbarer Vielfalt und schließlich zur Vorherrschaft negativer Elemente führen.

L. holt sich nach orientierender Einsicht in die Praxis der Siedlung und Siederschulung, grundsätzliche Auskunft da, wo er sie am ehesten unparteiisch findet: Bei der Forderung und der gemeinnützigen Betreuung des Siedlungswesens (der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation und der Deutschen Siedlungsbank).

Folgende realpolitische Erkenntnis gewinnt in der Gesamtdiskussion abschließend Geltung: Die Umsiedlung war insolge der Willkür der früheren Siedlungspolitik untragbar geworden, die Neusiedlung aber wird lebensfähig sein!

Bisher konnte nicht von einer großzügigen Siedlungsaktion, sondern lediglich von einer „Trosssiedlung“ die Rede sein, „einem Brocken, mit dem der Großgrundbesitz das Volk abspießte, damit das Raubtier eine Weile frist und den Schuldnern nicht anfallt“. Eine planmäßige Durchführung wurde gehemmt, damit zwischendurch Pflücker und Stöckelpferdreiter den großen Gedanken durch verkehrte Praxis ins Unmögliche oder in eine Agrar-Revolution überführten. Jetzt — wir können das Futurum des Buches ins Präsens überlegen — steht statt romantisch revolutionärer, einheitlich organische Entwicklung ein. Die nächstfaßbaren Möglichkeiten werden ergriffen und vorbereitet: „nebenberufliche Kleinsiedlung anstelle verkehrter Großzügigkeit“. An ihr soll praktisch der Sinn für eine nach und nach großzügigere Lösung der inneren Kolonisation im Volke geschult werden.

Hier und im Arbeitsdienst soll, an ersten Schwierigkeiten erprobt, in natürlicher Auslese der Menschentypus heranzüchten, der den großen national-

politischen Gedanken der Siedlung durchzuführen vermag: Erst nach einer Auslese der Ertüchtigsten werden auch die Triebkräfte im Volke stärker werden, wird die Fähigkeit wachsen, Siedlungsromantik in brutale Wirklichkeit umzu-
setzen.

Mit einer solchen „Auslese der Tüchtigen“, durch Vermittlung gemeinnütziger Siedlungsträger, betreut von einer tüchtigen Staatsführung, vermag die Siedlung „als einzige Maßnahme der Gegenwart sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg, Sicherung und Neuaufbau des deutschen Ostens“ zu schaffen. R.

Friedrich Wilhelm Heinz: „Kameraden der Arbeit. Deutsche Arbeitslager: Stand, Aufgabe und Zukunft.“ Frundsberg-Verlag G. m. b. H., Berlin 1933.

Das Buch ist vor der Uebernahme der Regierungsgewalt durch die nationalsozialistische Bewegung vollendet. Der Verfasser, ehemals Schriftleiter des „Stahlhelm“, ist für die Auffassung und Auswahl der Formen des Arbeitsdienstes und des Dienstpflichtgebantens noch allzu ausschließlich von den Vorarbeiten des Stahlhelm und des Jungdeutschen Ordens geleitet; der Plan Herls, der heute verwirklicht wird, kommt darüber zu kurz.

Gleichwohl ist, wie Arbeitsminister Seldte im Vorwort sagt, „Sinn und Zweck des Buches zu bejahen, gleichgültig, welche Stellungnahme der Verfasser im einzelnen einnimmt.“

Der straffe Aufbau des Inhalts und die Lebendigkeit der Bildbeigabe sind gewiß geeignet, den Gedanken des Arbeitsdienstes zu verbreiten und zu vertiefen.

Der Arbeitsdienst „aus deutscher Not, als deutsche Möglichkeit, als deutsche Aufgabe“ ist mit Eifer begriffen. Die Angriffe der Gegner sind in bester Abwehr durch Darstellung der Praxis abge-
geschlagen. Das nationalpädagogische Ziel des Arbeitsdienstes ist mit lebendigem Eifer erfasst: „Es geht darum, den heranwachsenden Jahrgängen unter 25 Jahren, denen das Leben mit dem Schulabschluss schon beendet scheint, und die nur noch vegetierend haßen, vegetierend lieben, vegetierend verumpfen: das Erlebnis der Eingliederung, des Dienstes, das Erlebnis der Gemeinschaft und der Frucht, das Erlebnis eines geordneten und auf ein klares und sichtbares Ziel gerichteten Daseins zu vermitteln: daß Deutschlands Jugend dienen lernt, gehorchen lernt, opfern lernt, aber auch bereit ist einmal herrschen zu lernen.“

Als Terrain für den Arbeitsdienst ist die Siedlung genügend in den Vordergrund gerückt und an dem Beispiel der Siedlung Neulichen, die als erste vom Arbeitsdienst des Jungdeutschen Ordens in Verbindung mit der staatlichen Landesiedlungs- und Wohnungsfür-

sorgegesellschaft „Sächsisches Heim“ durchgeführt wurde, im Erfolg veranschaulicht.

Die filmbühnig lebendigen Bildbeigaben veranschaulichen den Weg vom trostlosen Wohnungslosend der Großstadt, aus der gefährlichen Miße der Arbeitslosigkeit, über die wehrsportfreudige Gesinnung und Erziehung durch den Arbeitsdienst, zur Entlohnung durch den Besitz eigener Scholle, zur Begründung neuer Burgen im Osten. Das Buch schließt mit dem erhebenden Ausklang in Bildern — Bogende Felder, schwere Hoden, feste Hütten —: „von der Maack bis an die Memel, von der Elch bis an den Belt“ — ein gelundes Volk auf eigener Scholle durch Arbeitsdienst und Siedlung! R.

„Deutsche Siedlung“ — Idee und Wirklichkeit. Einbild — Ueberbild — Ausbild. Von Dr. rer. pol. G. A. Küppers-Sonnenberg. Berlin 1933. Verlag „Die Grundstücks-Warte“, Berlin-Charlottenburg 2. 132 Seiten. RM 4,80.

Der Verfasser unternimmt unter dem obigen Titel den Versuch einer Gesamtdarstellung des deutschen Siedlungswesens in allen seinen Formen und Spielarten. Die chaotische Fülle von Plänen und Problemstellungen materieller und kultureller Art um die deutsche Siedlung, die sich wiederum in der sachlich gegebenen Aufspaltung in den 3 Problemkreisen der ländlichen Siedlung, der ländlichen Siedlung und der Siedlung als Mittelglied zwischen Stadt und Land überschneiden, hat in der Nachkriegszeit zu einem Durch- und Gegeneinander im Siedlungswesen und Siedlungsziel geführt. Der Verfasser betont mit Recht, daß für eine Vereinheitlichung der Siedlung eine theoretisch wie praktisch gleich brauchbare Festlegung des Siedlungsbegriffes vonnöten ist. Der festliegende Siedlungsbegriff bildet zunächst die Grundlage für eine Vereinheitlichung der Siedlungsbewegung und Siedlungsorganisation. Die vom Verfasser gegebene begriffliche Definition der Siedlung als „Verbindung, vor allem Ränderverbindung der Menschen mit dem Boden in einer der übersteigerten Großstadtentwicklung entgegengelegten neuen Landkultur, organisches Glied einer auf harmonischer Wechselwirkung zwischen Stadt und Land beruhenden Stadt-Landkultur“ (S. 43) erscheint uns zu allgemein. Der Verdienst des Dr. K. bei seinem Versuch liegt dagegen in Teil II und III, in denen er eine umfassende Aufstellung über die Arten und Spielarten der in Deutschland aufzuwendenden Siedlung gibt. Der Verfasser kommt zu 5 systematischen Einteilungsprinzipien des Siedlungswesens und zwar:

1. nach der Lage,
2. nach der Größe,
3. nach der Funktion,
4. nach der Struktur,
5. nach der Idee.

Als zweckdienlichstes Klassifikationschema für die einzelnen Typen der Siedlung schlägt der Verfasser folgende Einteilung vor:

1. Wirtschaftssiedlungen (bisläng „ländliche“ Siedlungen);
2. Wohnsiedlungen (bisläng „städtische“ Siedlungen);
3. Hofsiedlungen (bisläng „Kleinsiedlungen“) und Ergänzungssiedlungen (bisläng „Rebenerwerbsiedlungen“);
4. Kulturelle Siedlungen (bisläng „romantische“ Siedlungen);
5. Parzellensiedlung;
6. Kuggartenfeldung;
7. Kleingartenfeldung.

Es dürfte für den Fachmann wie Laien gleich interessant sein, aus der bloßen Aufzählung zu entnehmen, was alles an wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bewegungen und Bestrebungen in der Nachkriegszeit unter dem Titel „Siedlung“ firmiert hat.

Inwieweit dürfte die Arbeit des Herrn K. Fachleuten wie sonstigen Interessenten empfehlenswertes Material vermitteln. E.

Die private Stadtrandfeldung, untersucht am Berliner Beispiel. Bearbeitet im Deutschen Archiv für Siedlungsweisen, Berlin. Berlin 1933. Verlag „Die Grundstücks-Warte“, Berlin-Charlottenburg 2. 80 Seiten m. Plänen und Abbildungen. Preis RM 6,00.

Die Schrift verwendet in übersichtlicher Weise die bisherigen wertvollen Ergebnisse der vorstädtischen Kleinsiedlung und Stadtrandfeldung in Groß-Berlin und den angrenzenden Landkreisen. Sie beschäftigt sich insbesondere mit den wichtigen Fragen der Bodenbeschaffung, des Parzellierungsvorganges und der öffentlichen Anforderungen als Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kleinsiedlung am Stadtrand. Die Gelände-Erklärung und die baulichen Verhältnisse dieses überaus vielgestaltigen Siedlungsgebietes sind ebenfalls eingehend untersucht. Von besonderem Wert für die Praxis ist im übrigen die Zusammenstellung einiger wesentlicher Gesichtspunkte für die zukünftige Behandlung der Groß-Berliner Stadtrandfeldung. Die anschauliche Schrift kann allen beteiligten Stellen nur empfohlen werden. v. Sch.

„Zwei Abhandlungen über Siedlung und Verkehr,“ Band 4 der Materialiensammlung der Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungsweisen an der Universität Münster i. W., herausgegeben von o. ö. Universitätsprofessor Dr. W. J. Brud, Münster 1932, Wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Verlag E. W., Johannisstr. 9. 156 Seiten, Preis RM 4,-.

Die enge Verknüpfung aller Verkehrsfragen mit dem Siedlungsweisen wird den interessierten Kreisen wieder einmal durch zwei Abhandlungen aus der obengenannten Materialiensammlung deutlich vor Augen geführt. Es handelt sich um eine Arbeit von Dr. Josef Schröder: „Hagen als Städtebaubild“, und eine weitere von Dr. Josef Schröder: „Die Wirtschaftlichkeit der Straßenbahnen des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks.“ Während die erste Arbeit ein Gesamtbild der Städtebaulichen und wirtschaftlichen Entwicklung einer rasch aufgeblühten Industriestadt gibt, behandelt Dr. Josef Schröder einen Einzelzweig kommunaler Wirtschaftsbetätigung, und zwar den Straßenbahnbetrieb. Der augenbildliche Stand in der Entwicklung des Siedlungs- und Wohnungsweizens hat eine Reihe neuer Probleme entzehen lassen, zu deren Lösung die Einschaltung des Verkehrsweizens unbedingt erforderlich ist. Ich erinnere hier nur an die Notwendigkeit, zwecks Schaffung billiger Kleinwohnungen, bis an den äußersten Rand der Städte herauszugehen, was die Forderung nach billigen Verkehrsmitteln von der Wohn- zur Arbeitsstätte mit sich bringt. Auf der anderen Seite hat der Rückgang der Beschäftigung, die Wirtschaftlichkeit von Verkehrsunternehmen vielfach in Frage gestellt. Alle diese Probleme werden neben vielen anderen in den beiden obengenannten Schriften eingehend und kritisch untersucht, und an Hand von Schaubildern dargestellt. Das Studium dieser interessanten Arbeiten ist sehr zu empfehlen. Dr. W.

Kolonialgebiete des rheinisch-westfälischen Industriebeziers, deutsche Inlandskolonien.

In der Materialiensammlung der Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungsweisen an der Universität Münster i. W. gibt deren Leiter, Professor Dr. W. J. Brud das als Band 7/8 im Wirtschaftlichen und Sozialwirtschaftlichen Verlag e. W. Münster i. W. erscheinende Heft „Kolonialgebiete des rheinisch-westfälischen Industriebeziers“ heraus. Die Veröffentlichung soll nach dem Vorwort des Herausgebers der Herausstellung eines wirtschaftspolitischen Programms und zwar des umfangreichsten Arbeitsbeschaffungsprogramms des Nordwestens in Verbindung mit einem Siedlungsprogramm dienen. Das Heft enthält einen einleitenden Aufsatz von Professor Brud selbst, dessen Thema sich mit dem Titel der Veröffentlichung deckt. Professor Brud kann für sich in Anspruch nehmen, schon frühzeitig, nämlich erstmals im Februar 1925, das Problem von Deutschlands weltwirtschaftlicher Stellung in der veränderten internationalen Arbeitsteilung aufgeworfen zu haben, und er hat seitdem nach seinen eigenen Worten die Leitgedanken seiner damaligen Ausführungen mit einer gewissen Hartnäckigkeit wiederholt. Nationale Impulse, eine

in praktische Gestaltungen umgewandelte soziale Tendenz und die mit beiden zusammenhängende Industrialisierung der Neuländer haben der Weltpolitik und der Weltwirtschaft neue Bahnen gewiesen. Es beginnt ein neues Zeitalter der Menschheitsgeschichte, welches die früheren rein wirtschaftliche Ausdrucksweise des abendländischen Kapitalismus, nämlich der Export-Industrialismus, zu einem gewissen Ende führt. So kommt auch die Aufnahmefähigkeit der Welt für deutsche Exportprodukte zum Stillstand, und für das seiner Kolonien beraubte Deutschland erhebt sich das Problem der Unterbringung der durch den verminderten Export-Industrialismus freigewordenen Menschen. Die Lösung dieses Problems kann und muß in einer möglichst Intensivierung des Binnenmarktes bestehen. Bloße Siedlung, bloße Schaffung landwirtschaftlicher Produktion ohne Berücksichtigung des Abfahes und Schaffung der dafür zweckmäßigen Organisationen ist Wahnsinn oder Verbrechen. Die Abfahrorganisation muß bei der Frage nach den zweckmäßigen Siedlungsformen und nach der Eingliederung der Siedlung in den Rahmen der Gesamtwirtschaft die entscheidende Rolle spielen. — Von diesem Gedanken ausgehend, behandelt Professor Bruck das aktuelle Problem des deutschen Nordwestens, und gibt im Zusammenhang mit diesem Problem zugleich einen Tätigkeitsbericht der Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungsweisen.

Es folgen Einzelabhandlungen von Stadtbaurat a. D. Dr. ing. Richter über „Der freie Platz für die Siedlung in Westfalen“, von Landesturndirektor König über „Die Umlegung und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung“, eine Einzeluntersuchung von Dr. Elshoff über „Die Landeskultur und Siedlung der Nachkriegszeit im Landtreise Ahaus“, und eine weitere Einzeluntersuchung von Domänenrat Kreuz über „Die landeskulturellen und wasserwirtschaftlichen Anlagen des Herzogs von Cron in Dülmen“.

Der dritte und vierte Abschnitt des Buches sind dem Emsland gewidmet, und zwar behandelt der dritte Abschnitt in Arbeiten von Regierungsrat Dr. Mangels, von Oberegierungs- und Baurat Bod und von Syndikus Dr. Lübbers die Fragen des Ausbaues des Dortmund-Ems-Kanals unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsmarktproblems, des technischen und des volkswirtschaftlichen Problems. Der vierte Teil behandelt das Emsland als Kolonialland des deutschen Westens in Aufsätzen von Regierungspräsident Dr. Sonnenschein, Regieredirektor und Kulturrat Kornhardt, Siedlungsdirektor Dr. Schulte und Handelskammer-Syndikus Dr. Lübbers.

Das Buch, das keine erschöpfende Darstellung, sondern eine Materialammlung bringen will, enthält viele wertvolle Anregungen, die auch über die behandelten Einzelthemen hinaus grundsätzliche Bedeutung besitzen.

„Der Weg zu uns selbst.“ Eine Ganzheitslehre der Lebens-, Wohn- und Stadt-Bau-Kultur. Band: Wohnkultur als modernes Problem. Von Richard Scharrf. Verlag der Meyerischen Hofbuchhandlung (Max Staercke), Detmold.

Wenn heute an eine Wertung dessen gegangen wird, was moderne Zielsetzung letzter Jahrzehnte dem Bauwesen gebracht hat, so wird es nicht vergessen werden dürfen: der Stand unseres heutigen Architekturgeschaffens ist weniger ein Produkt der Technik als das einer bestimmt gerichteten Geistigkeit, die die Beziehungen des Lebens fast bis zur letzten Grenze vom Naturhaften löste. Seit langem ist der Mikrokosmos der Familie vertikal in ein Einzelmenschenstum zerpalten, dessen Dasein durch einschneidende Fäuren horizontal in die Funktionsgruppen Arbeit, Unterhaltung und Ruhe zerteilt wird. Die unausbleibliche Folge dieser psychischen Zerrissenheit ist eine gesteigerte Empfindlichkeit, deren Befriedigung technischem Enoibismus ein willkommenes Feld der Tätigkeit bot.

Zu der kulturellen Zerrüttung des modernen Menschen tritt eine ungeheure Beanspruchung durch die zermürbenden Einflüsse städtischer Technisierung. Wenn in Berlin täglich 150 000 Liter Abgase von Autos und 20 000 Meterzentner Flugasche die Luft durchsetzen, so ist die selbstverständliche Reaktion zur Kompensation dieser wider-natürlichen Lebensbedingungen eine betonte Forderung nach hygienischen Maßnahmen. Damit verbraucht sich ein großer Teil moderner Architekturbestrebungen in den Aufgaben, dem durch verfehlte Wirtschaftsformen mißhandelten Menschen das zu ersetzen, was er an Natürlichkeit der Lebensform aufzugeben gezwungen wird. Das Bedürfnis nach Licht, Luft, Ruhe, Absonderung und Reinigungsmöglichkeit ist weit über das Normale gewachsen. Gewiß ist Rücksicht hierauf für den Körper und die rücksichtslos ausgeschrotteten Sinnesorgane notwendig. Der moderne Wohnbau kämpft und arbeitet aber damit ausschließlich für die Erhaltung und Bervollständigung des auf Mechanisierung gerichteten Lebensstandards. Wohnung bedeutet heute nicht mehr Umschließung einer Familie und ihrer gesamten Lebensfunktionen, sondern nur noch Stätte für die notwendige Entspannung. Ihr wird das zur Voraussetzung gegeben, was am ehesten der Umgestaltung bedarf.

Die Rationalisierung des Wohnungsbaus hat zudem wie überall zu einer Steigerung der fixen Betriebskosten geführt, die auch durch einen Verzicht auf Wohnansprüche nicht gemildert werden kann. Hierzu kommt ein berechnendes Streben nach äußerem Effekt, das die Wohnung ebenfalls von ihrer funktionellen Beziehung zum Menschen gelöst hat und den modernen Bau zu einer Reklameangelegenheit und zu einem Instrument technischen Virtuositäts erniedrigt.

Das Ende dieser Entwicklung dürfte heute erreicht sein. Führt neue Wirtschaft zu einem geschlosseneren, umweltverwurzelten Leben, tritt vor allem Binnensiedlung an Stelle der Auswanderersiedlung und der weiteren Aufschwemmung der Großstädte, in denen der Mensch verzweifelt um die letzten nötigsten Reste naturhaften Lebens kämpfen muß, so werden wiedergewonnene Beziehungen der Wohnung neue Aufgaben und eine selbstverständlichere Gestaltung geben.

Diese Gedankengänge bilden das Vertoolste der vorliegenden Schrift, die als Ausschnitt aus einer größeren Arbeit den modernen Wohnbau und seine Verflechtung mit anderen kulturellen Erscheinungsformen untersucht. Da die Gesamtarbeit aus dem Zerfall menschlicher Interessen, Willens- und Empfindungsäußerungen einen Weg zu einer natürlichen Vereinheitlichung weisen will, wäre ihr eine natürlichere Sprache zu wünschen. Daß diese fehlt, mindert den Eindruck des Inhalts. Dr. W.

Rudolf Dittmer: Die Ueberwachung der Baugenossenschafts-Finanzien. Ein Wegweiser für die schriftliche Berichterstattung des Vorstandes an den Aufsichtsrat. Mit 16 Musterformularen. Selbstverlag des Verfassers: Stettin, Grabower Str. 11.

Für die baugenossenschaftliche Praxis ist hier ein Werk erschienen, das durch seine sachliche und gedrungen Darstellung wertvolle Richtlinien und Anleitungen für die Organe der Baugenossenschaften bringt. Auf 42 Seiten bewältigt der Verfasser einen reichen Stoff, der besonders wertvoll durch Vorschläge für zweckmäßige Formulare und durch die Musterbeispiele gestaltet wird.

Die Ergebnisse der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Ueberwachungstätigkeit des Aufsichtsrats vertieft und von der mehr oder weniger formalen Prüfung auf die materielle übergegangen werden muß. Die Vermögenslage, Zahlungsbereitschaft und Wirtschaftlichkeit müssen in bestimmten Zeitabständen Gegenstand der Ueberprüfung durch den Aufsichtsrat sein, um Erkrankungen im wirtschaftlichen Kreislauf des Unternehmens rechtzeitig zu erkennen und vorbeugend eingreifen zu können. Es bestehen keine Zweifel, daß zu diesen Untersuchungen mündliche Berichte des Vorstandes an den Aufsichtsrat nicht ausreichen, sondern Zwischenbilanzen, Aufstellungen und Berechnungen von

Vorstand gefertigt und dem Aufsichtsrat zu seinen Prüfungen an Hand gegeben werden müssen. Welche Unterlagen notwendig sind, wie sie zweckmäßig aufgestellt und vom Aufsichtsrat durchgearbeitet werden müssen, bringt der Verfasser in anschaulicher und allgemein verständlicher Weise zum Ausdruck.

Das Werk bringt viel Neues und manches Alte in zusammenhängender, als neu erscheinender Aufassung. Es ist allen Baugenossenschaften, aber auch Wohnungsunternehmen anderer Reichstümer bestens zu empfehlen. Fr.

Der Präcisplattenbau. Von Dr. Ing. Sch e i b e, Hamburg. Gerold-Verlag, Wölned.

Eingefleidet in einen lebendig geschriebenen Teil zur Belehrung des Bauherren über allgemeine Baufragen, werden die Vorzüge der vom Verfasser patentierten Präcisplattenbauweise erläutert, für die er Lizenz und eiserne Formen zur Herstellung der Präcisplatten verleiht. In zahlreichen Entwürfen jeder Art vom ländlichen Wohnendhaus bis zur phantastievollen städtischen Messestadt werden Beispiele in Wort und Bild gegeben, daneben bauwissenschaftliche Probleme aller Art mit teilweise dichterischer Freiheit behandelt. Den Fachmann interessieren die Merkmale des Systems. Es handelt sich um eine mörtellose Verbindung der großformatigen Bimsplatten durch Runderisen, die in Steindurchbohrungen der Platten eingezogen und zwischen einer durchgehenden eisernen Fuß- und Kopfschelle fest verpannt werden. Fenster und Türen werden durch Profilleistenrahmen in den konstruktiven Aufbau der Wand einbezogen. Es ist klar, daß die Wirtschaftlichkeit dieser Bauweise von den Bezugsquellen des wärmetechnisch hochwertigen Baustoffes stark abhängt. Auch darf bei einer Kritik nicht verschwiegen werden, daß alle auf mechanischer Verbindung von Eisen und Leichtbeton beruhenden Bauweisen zu unangenehmen Rißbildungen neigen, die eine bessere Wärmehaltung des Grundstoffes völlig aufheben können. Auch Wanddurchfeuchtungen dünnschaliger Außenwände sind je nach dem Klima und der Wetterlage in Verbindung mit dem Rißproblem noch nicht behoben. Die Praxis wird daher erst entscheiden müssen, ob es diesem neuen Präcisplattenbau glücken wird, diese besonderen Schwächen des allgemeinen Systems zu überwinden. W.

Eingegangene Bücher

Bodenreform und Landwirtschaft. 2. Auflage.

Herausgegeben von Adolf Danneberg, Verlag Reimar Hobbing, Berlin.

Bau-Notizbuch für Eigeneime.

Herausgegeben von Architekt Karlwalter Hillger, Baumit-Verlag, G. m. b. H., Berlin, Preis RM 2,40.

Jahrbuch 1933 für Mietrecht und Wohnungswesen.

Herausgegeben vom Vorstand des Landesverbandes Preußen im Reichsbund Deutscher Mieter e. V.

Der Aufbau des österreichischen Siedlungswerkes.

Herausgegeben vom Oesterreichischen Kuratorium für Wirtschaftlichkeit. Verlag Julius Springer, Wien, Preis RM 5,—.

Die Revision der Regiebetriebe.

Herausgegeben von Dr. Carl Bernhard Jeeheraus und Dr. Harald Raich, Carl Heymanns Verlag.

Johann Heinrich von Thünen zum 150. Geburtstag.
Herausgegeben von Wilhelm Seeborf und Hans-Jürgen Seraphim, Carl Hinrichs Verlag, Kottbus, Preis RM 7,50.

Rainischensucht.

Herausgegeben von Carl Gall, Wien. Scholle-Verlag, Wien.

Arbeitsbeschaffung.

Eine Gemeinschaftsarbeit von Dr. Heinrich Dräger, Dr. Hans Lambrecht, Dr. Fritz Reuter usw., Verlag Reimar Hobbing, Preis RM 2,—.

Auswahl und Schulung.

Herausgegeben vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit. Beuth-Verlag, Preis RM 0,65.

Kleinbauerngehölfe.

Herausgegeben von der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen, Preis RM 7,50.

Die private Stadtraufriedlung.

Herausgegeben vom Deutschen Archiv für Siedlungswesen. Verlag „Die Grundstücks-Warte“, Berlin-Charlottenburg 2. Preis RM 6,00.

Zurück zum Agrarstaat?

Herausgegeben von Fr. Burgdörfer, Kurt Bawinkel-Verlag, Berlin-Grünwald, Pr. RM 4,50.

Gesetze, Verordnungen und Erlasse

Wohnungswesen

Gesetz über die Zulassungsfrist in Aufwertungssachen.

Nach dem Reichsgesetz über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken vom 12. Juni 1933 kann der Eigentümer des belasteten Grundstücks oder persönliche Schuldner, dem bereits eine Zahlungsfrist bewilligt war, bis zum 31. 7. 1933 die Bewilligung einer weiteren Zahlungsfrist beantragen, wenn die im Fälligkeitgesetz vom 18. Juli 1930 — RGBl. I S. 300 — für die Bewilligung der Frist festgesetzten Voraussetzungen auch gegenwärtig bestehen. Der Antrag ist bis zum 31. Juli 1933 bei der Aufwertungsstelle einzubringen. Die Fälligkeit kann bis zum 31. 12. 1934 hinausgeschoben werden.

Förderung des Eigenheimbaues aus den Mitteln der Reichsanstalt.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat im Erlaß vom 19. Juni 1933 — Gesd.-J.: 111^a 8131/47^{III} — unter Ergänzung der Rundschreiben vom 10. März 1933 und 4. Mai 1933 angeordnet, daß Bauvorhaben zunächst auszuscheiden sind, die nach dem 31. August 1933 begonnen werden sollen. Als spätester Zeitpunkt der Bauvollendung ist wie bisher der 31. März 1934 vorgeschrieben.

Verfolgung von Mietunruh.

Das Preussische Staatsministerium hat in der allgemeinen Verordnung vom 2. 6. 1933 — 1 4107 — bestimmt, daß Verletzungen durch die Gefahr ungerechtfertigter Erhöhungen der Mieten infolge der steigenden Nachfrage nach Kleinwohnungen getroffen werden. Die Staatsanwaltschaften sind ersucht, Strafsachen dieser Art ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und jede Verletzung durch hohe Mieten auf Kosten der Allgemeinheit zu bekämpfen.

Vorstädtische Kleinriedlung

Anerkennung der Siedlungsvorhaben als vorstädtische Kleinriedlung.

Der Minister für Wirtschaft und Arbeit spricht im Erlaß vom 8. Mai 1933 — Nr. 34. 11 1003 b/6. 5. 2. — sein Bedauern aus, daß die in letzter Zeit auf eigene Initiative der Siedlungslustigen entstandenen Kleinriedlungsbauten (wilde Siedlungen) nur in

verhältnismäßig wenigen Fällen als vorstädtische Kleinriedlung anerkannt sind.

Der Minister erucht daher, die nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 (RGBl. I S. 551) Vierter Teil, Kap. 11 und der Verordnung vom 21. Dezember 1931 (RGBl. I S. 790) zulässigen Erleichterungen und Vergünstigungen möglichst weitgehend und überall da zu gewähren, wo vorstädtische Kleinriedlungen ohne Verletzung öffentlicher Interessen errichtet werden können, vor allem aber auch aus eigener Initiative von den Ihnen zustehenden Befugnissen nachdrücklich Gebrauch zu machen.

Der Erlaß enthält alsdann noch weitere Bestimmungen, die die früheren Bestimmungen über die Anerkennung ergänzen.

Der Erlaß ist im RMBl. 1933 S. 237 abgedruckt.

Wirtschaft

Abwicklung von Bauparverträgen.

Nach der Durchführungs- und Ergänzungsverordnung über die vereinfachte Abwicklung von Bauparverträgen vom 9. Juni 1933 (RGBl. I 372) sind die Sparer bei Anordnung der vereinfachten Abwicklung von der Zahlung weiterer Beiträge auch insoweit befreit, soweit Sparbeiträge und Verwaltungskostenbeiträge bei Anordnung der Abwicklung rückständig sind.

Für die vorrangigen Befriedigung aller Bauparverträge (§ 1 Absatz 2 Satz 4 der Notarordnung) bewendet es sich, wenn ein Bauparvertrag anfechtbar oder nichtig ist. Einen anderen Anspruch gegen die Bauparverträge, als daß ihm sein Bauparvertrag zusteht, wie es jeweils die flüssigen Mittel zulassen, zurückgewährt werde (§ 1 Absatz 2 Satz 3 der Notarordnung), hat ein Bauparvertragsnehmer nicht; mit diesem Anspruch kann er nicht aufrechnen.

Teuhänder der Arbeit.

Nach der Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Teuhänder der Arbeit vom 13. Juni 1933, RGBl. I S. 308, regeln die Teuhänder in den ihnen nach der Verordnung zugewiesenen Wirtschaftsbereichen gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen.

Die Teuhänder sind für die Regelung auch dann zuständig, wenn sich ihr Geltungsbereich nur unwesentlich über den Zuständigkeitsbezirk hinaus erstreckt. In den übrigen Fällen bestimmt der Reichsarbeitsminister den zuständigen Teuhänder.

Nachrichten des Bau- und Siedlungswesens

Wohnungswirtschaft

Die Bauwirtschaft Mitte 1933.

Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung ergibt sich für die Lage der Bauwirtschaft folgendes Bild:

Im März dieses Jahres hat die Beschäftigung zum erstenmal seit 1927 den Vorjahresstand wieder überschritten. Der Baustoffverbrauch ist ebenfalls gestiegen. Der Absatz der Zementfabriken war in den Monaten Januar bis Mai 19% höher als im Vorjahr, der Absatz von Brauntuff an das Baugewerbe war in den Monaten Januar bis März (neuere Zahlen liegen nicht vor) um 37% höher als vor einem Jahr. Auch der Absatz von Baueisen liegt über Vorjahresstand. Die Betriebe der Mauerziegel-Industrie waren im April um mehr als ein Drittel besser ausgestattet als im Jahre 1932. Mit dieser Belebung des Absatzes ist seit der Jahreswende der Rückgang der Baustoffe, die den Vorkriegsstand wieder annähernd erreicht haben, zum Stillstand gekommen (Anderziffer der Baustoffpreise Mai 1933: 103,5; 1913: 100. — Inbeziffer der Baustoffen Mai 1933: 115,4; 1913: 100).

In den einzelnen Zweigen hat sich die Belebung jedoch nicht gleichmäßig durchgesetzt. Am stärksten ist die Wohnungsbautätigkeit gestiegen, während der öffentliche Hochbau weiterhin vollkommen darniederliegt.

Der Wohnungsbau. In den Groß- und Mittelstädten sind in den Monaten Januar bis April die Baubeginne von Wohnungen um 30% über den Vorjahresstand gestiegen. Die Fertigstellung von Wohnungen übertraf den Stand der gleichen Monate des Jahres 1932 um 23%. Zwar blieb der Zugang neuer Wohnungen noch um 9% hinter dem Vorjahr zurück; dagegen hat sich der Zugang umgebauter Wohnungen auf mehr als das Doppelte erhöht. Da sich nun die Voraussetzungen für eine selbsttätige Belebung im Wohnungsbau weder von der Angebots- noch von der Nachfrageseite her grundlegend geändert haben, ist die Belebung zum überwiegenden Teil auf die Maßnahmen der Regierung zurückzuführen. Hierbei handelt es sich gegenwärtig vor allem um drei nebeneinander herlaufende Aktionen.

1. Die Maßnahmen zur Förderung der Hausinfantenzung und der Umbauten haben sowohl dem eigentlichen Baugewerbe als auch den Baunebenberufen zusätzliche Aufträge in Höhe von rund 350 Millionen gebracht. Die Zuläufe für die Umbauten haben zu einem lebendigen Anwachsen der Umbauten, vor allem in den Großstädten geführt. Der Anteil der Umbauten am Wohnungszugang, der Mitte 1930 knapp 3% betrug, ist bis April 1933 auf fast die Hälfte des gesamten Wohnungszuganges gestiegen.

2. Nachdem zu Beginn der Bauaison die noch aus dem Vorjahr übernommenen unvollendeten Rand-siedlungen beendet worden sind, dürfte nunmehr ein großer Teil der aus dem neuen 50-Millionen-Fonds zu errichtenden Randsiedlungen in Angriff genommen sein.

3. Die Eigenheimbauaktion des Reichs befindet sich mitten in der Durchföhrung. Durch Gewährung niedrig verzinslicher Kleinhypotheken an nachgeordneter Stelle wird die Beschaffung der restlichen Bau-summe erleichtert und so der Eigenheimbau gefördert. Die zunächst aufgetretenen Schwierigkeiten, die vielfach fehlende erste Hypothek zu beschaffen, haben sich durch die Bereitstellung von Kleinhypotheken durch einzelne Versicherungsinstitute und Wobentreditanstal-

ten erheblich vermindert. Mitte Juni waren aus dem 20 Millionen-Fonds bereits rund 5900 Genehmigungen über rund 10,2 Mill. RM ausgeprochen.

Neben der öffentlich geförderten Bautätigkeit zeigen sich neuerdings auch wieder erste Anlässe zu einer privaten Bautätigkeit. Eine Reihe bisher zurückgestellter Bauvorhaben wird nunmehr in Angriff genommen. Dies gilt vor allem für die „selbstfinanzierte“ Bautätigkeit in den Kleinstädten und auf dem Lande. Der gesamte Wohnungsbau im Jahre 1933 — soweit er sich gegenwärtig übersehen läßt — dürfte etwa zur Hälfte aus Bauten bestehen, die durch staatliche Förderung unterstützt oder überhaupt erst möglich gemacht werden; die andere Hälfte entfällt auf Bauten, die ausschließlich auf privatem Weg finanziert werden.

Zunahme der Bauproduktion. Der Gesamtwert der baugewerblichen Brutproduktion dürfte sich — soweit gegenwärtig ermittelbar — in der Größenordnung von 3 bis 3,5 Milliarden RM bewegen und damit den Vorjahresstand um mehr als die Hälfte überschreiten. Dabei hat sich das Schwergewicht der Bautätigkeit im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschäftigung mehr und mehr zum Tiefbau hin verlagert. Der Produktionswert des Tiefbaues für das Jahr 1933 kann nach dem Stand von Mitte Juni auf eine Größenordnung von rund 2 Milliarden RM geschätzt werden, also etwa doppelt so viel wie im Vorjahr. Auf den Tiefbau, auf den in früheren Jahren weniger als ein Drittel der gesamten Bauproduktion entfiel, dürften im laufenden Jahr rund zwei Drittel entfallen. Auch wenn der Hochbau noch weitere Anregungen erhält, wird vorerst das Schwergewicht der Bauleistung beim Tiefbau verharren. Denn im Hochbau — sei es gewerblicher, öffentlicher oder Wohnungsbau — sind die Aufgaben, die unter Umgehung des darniederliegenden freien Kapitalmarktes durchgeführt werden können, geringer als beim Tiefbau. Vor allem für den gewerblichen Bau hat sich zwischen den Investitionskosten und den Erträgen der Unternehmer ein tragbares Verhältnis noch nicht eingestellt. Etwas günstiger ist die Lage im Wohnungsbau zu beurteilen; er wird aus dem im neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgesehenen Fortsetzung der Reparaturen und der Siedlung weitere Anregungen schöpfen. Zudem wird die Zunahme der Eheschließungen, die infolge der neu eingeföhrten Ehestandsdarlehen erwartet wird, die Nachfrage nach Wohnungen heigern.

Für die gesamte Wirtschaft läßt die Statistik der Krankenkassen Ende Januar 11,49 Millionen, Ende Mai etwa 13,17 Millionen beschäftigter Arbeitnehmer. Nun nimmt die Beschäftigung zwar in jedem Jahr in den Frühjahrsmonaten zu.

Einigung im Baugewerbe.

Der von den Kommissaren beim Reichsverband der Deutschen Industrie, Dr. v. Luke und Dr. Möllers, Ende des vergangenen Monats eingesezte Aktionsausschuß zur Vereinheitlichung der industriellen Verbände von Bauunternehmungen hat zwischen den Beteiligten eine freiwillige Übereinkunft über eine einheitliche Organisation erzielt. Danach werden die bisher in vier Fachverbänden organisierten Betriebe des Ingenieurbauwesens in dem neu zu gründenden „Reichsverband des Ingenieurbauwesens und verwandter Unternehmungen G. V.“ zusammengefaßt und seine berufs-

kündige Organisation im Rahmen des Reichsstandes der Deutschen Industrie eingegliedert.

Zu den Angriffen gegen die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin.

Bei der Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin ist eine großzügige Untersuchung darüber veranlaßt, wie die Hauszinssteuermittel durch die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin verwandt worden sind, und ob bei dieser Verteilung unberechtigte Bauübererzeugungen und Korruptionfälle vorgekommen sind.

Der Beauftragte des Preussischen Staatsministeriums für die preussischen provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaften, Guxner, gibt zu diesen Vorgängen folgende Erklärung ab:

„Die zufällige Namensgleichheit bei der Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin und den preussischen provinziellen Heimstätten, die in ihrer Firma vielfach noch die Bezeichnung „Wohnungsfürsorgegesellschaft“ führen, veranlaßt mich zu der Feststellung, daß die Aufgabenbereiche dieser Gesellschaften ganz andere gewesen sind und in Zukunft sein werden, wie die der Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin ist eine kommunale Hauszinssteuerverteilungsstelle der Stadt Berlin. Die Wohnungsfürsorgegesellschaften der preussischen Provinzen sind „Treuhandstellen für das Wohnungs- und Kleinieblungsweesen“, bei denen der Staat vermöge seiner Beteiligungen am Gesellschaftskapital die Führung hat. Während die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin eine Gründung der Stadt Berlin zur Verteilung der Hauszinssteuermittel ist, verdanken die preussischen Heimstätten ihre Entstehung dem vorrevolutionären Preussischen Wohnungsgesetz, das dem Willen der damaligen Regierung zur Schaffung gesunder und billiger Klein- und Mittelwohnungen Ausdruck gibt. Diese Gesellschaften, die im Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften zusammengeschlossen sind, sind demnach Organe der staatlichen Wohnungspolitik. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin gehört diesem Verbande nicht an. Wenn die Heimstätten der staatlichen Wohnungspolitik bisher nicht immer und überall Eingang verschaffen konnte, so ist dies z. T. darauf zurückzuführen, daß diese Gesellschaften im Gegensatz zu der Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin keinen entscheidenden Einfluß auf die Leitung der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau hatten. Frühere und jetzt beabsichtigte Untersuchungen über die Verwendung der Hauszinssteuermittel durch die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin berechtigen daher zu keinen Vergleichsschlüssen gegenüber den Arbeiten der preussischen Heimstätten.“

Der neue Vorstand und Verwaltungsrat der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation.

Die Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation e. V. (GFK.) hielt vor einigen Tagen ihre diesjährige Mitgliederversammlung ab und wählte folgende Vorstandsmitglieder: Reichsminister Walter Darré als Vorsitzender des Vorstandes und des Verwaltungsrats, Geheimer Regierungsrat Univ.-Professor Dr. Max Sering, Ministerpräsident Czarnow, Landeskulturamtspräsident a. D. Dr. Fehner und Regierungsrat a. D. Mahmann.

In den Verwaltungsrat, der dem Vorstand zur Beratung in wichtigen Angelegenheiten des Vereins, insbesondere in grundsätzlichen Fragen der Siedlung zur Seite steht, wurden gewählt: Präsident Boddin, Berlin; Silvio Broedrich, Jezieritz; Dr. Dietrich, Kiel; Ministerialrat Durf, Berlin; Prof. Dr. Ebert, Berlin; Direktor Hiege, Berlin; Staatssekretär Oberst Hiel, Berlin; Reichsminister a. D. Freiherr von Gansl, Königsberg; Reichsminister a. D. von Keubell, Hohenlühichow; Univ.-Prof. Dr. Lang, Königsberg; Präsident Weinberg, Berlin; Generaldirektor Dr. Pringslowski, Oppeln; Ministerialdirektor Reichard, Berlin; Dr. Reinhold, Berlin; Direktor Dr. Schöpf, Berlin; Direktor Szagunn, Berlin; Direktor Ahlemann, Frankfurt/D.; Freiherr von Wilimowski, Marienthal bei Eckartsberga; Univ.-Prof. Dr. Jörner, Berlin.

Neue Leitung der landwirtschaftlichen Siedlung.

Der Referent für Siedlung im Amt für Agrarpolitik bei der Reichsleitung der NSDAP., Herr Dr. R. K u m m e r, ist zum Sonderbeauftragten für Siedlung im Reichsernährungsministerium ernannt worden.

Reichsstelle für Siedlerberatung.

Als Geschäftsführer der Reichsstelle für Siedlerberatung sind die Herren Dr. Karl Hartwich und Dipl.-Landwirt Kann bestellt worden. Die Aufgabe der Reichsstelle für Siedlerberatung ist im wesentlichen die Werbung und Zusammenfassung der Siedlerbewegung.

Freijahre für die Siedler.

Stundung der Rückstände — Sentung der Rentenjahre.

Allen mit Hilfe von Reichs- oder Staatskrediten angelegten Siedlern werden vom 1. Juli 1933 ab zwei Freijahre gewährt. Die Rückstände an Renten, die bis zum 30. Juni 1933 aufgelaufen sind, werden vorerst gestundet; sie dürfen in Teilzahlungen während der beiden Freijahre abgedeckt werden. Die Freijahre sollen grundsätzlich allen Siedlern zugute kommen — in Zweifelsfällen also auch solchen Siedlern, deren Siedlungen nicht unmittelbar mit Reichs- oder Staatskredit aufgebaut worden sind. Schließlich wird vom 1. Juli

1935 ab die Rente von 5 auf 4% ermäßigt werden.

Weitere Fahrpreisermäßigung für West-Ostfiedler.

Die Reichsbahn senkt für alle West-Ostfiedler und deren Angehörige ihre Fahrpreise um 33% und gibt bei gemeinschaftlichen Fahrten von mindestens 12 Erwachsenen (zwei Kinder von 4—10 Jahren zählen als ein Erwachsener) oder bei Bezahlung für 12 Erwachsene Ermäßigungen von 40%, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind.

Die Fiedler müssen im westfälischen Deutschland, in Schleswig-Holstein oder in den ostfälischen Teilen des Freistaates Sachsen oder der Provinzen Hannover und Sachsen ihren bisherigen Wohnsitz haben. Es muß sich um Fahrten zwischen ihrem Wohnsitz und dem ostfälischen Deutschland handeln, die über mindestens 100 Tarifkilometer gehen. Die Fiedler müssen 3. Klasse fahren. Zweck der Reise muß die Beschäftigung oder Auswahl von Fiedlerstellen, die Rückkehr von der Beschäftigung nach Hause oder der ergebnislose Umzug in die neue Heimat sein. Der Antrag muß durch die Reichsstelle für Fiedlerberatung (Berlin W 9, Leipziger Platz 17) abgestempelt sein.

Ob auch die Frachtermäßigung für Umzugsgut, die bisher 25% beträgt, ab 1. Juli erhöht werden wird, ist noch nicht entschieden.

Geldmarkt

Deutsche Bau- und Bodenkass Aktiengesellschaft.

Die Bank schließt das Geschäftsjahr 1932 unter Einrechnung eines Gewinnvorrates von 0,11 Mill. RM wieder mit einem Reingewinn von 2,87 Mill. RM (i. B. 3,72), nachdem, wie es im Geschäftsbericht heißt, ausreichende, allen erkennbaren Risiken Rechnung tragende Abschreibungen (ausgewiesen sind 0,33 Mill. RM), sowie angemessene Rückstellungen vorgenommen worden sind. Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt als Erträge Zinsen 3,66 Mill. RM (i. B. 4,79) und Provisionen 1,47 Mill. RM (i. B. 1,27). Demgegenüber stehen außer den oben bezifferten Abschreibungen 2,04 Mill. RM Aufkosten (i. B. 2,28). Der Vorstand schlägt vor, aus dem Gewinn 1,71 Mill. RM zur Verteilung einer Dividende von 5% (5%) zu verwenden.

Nach dem Geschäftsbericht hat sich das Zwischenkreditgeschäft im Wohnungsbau auf der Höhe des Vorjahres gehalten. Abgeben von Krediten zur Bedarfsdeckung der Hausinsitueraufkommen der Gemeinden, sei die Ablösung der Zwischenkredite im Berichtsjahr befriedigend gewesen. Die Finanzierungstätigkeit der Bank konnte sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres in Folge einer leichten Besserung auf dem Gebiet der Bauwirtschaft entsprechend beleben. Eine gewisse Befruchtung des Wohnungsmarktes sei ausgegangen von den durch Maßnahmen der Reichsregie-

rung geförderten vorstädtischen Kleinmietungen, den Gebäudeinstandsetzungen, Wohnungssteigerungen sowie den im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms des Reiches durchzuführenden Wasserstraßen-, Landstraßen- und anderen Tiefbauten. Auf dem treuhänderischen Tätigkeitsgebiet hat die Bank zu den bisherigen Aufgaben neue Arbeiten zugewiesen erhalten, die im Zusammenhang stehen mit den Stützungsmaßnahmen zugunsten von Baugenossenschaften mit Spareinrichtungen sowie der durch Reichsmittel ermöglichten Förderung der vorstädtischen Kleinmiedlung und des Eigenheimbaues.

Die Bilanz verzeichnet (in Mill. RM): Kasse und Bankguthaben 2,41 (1,40), Wechsel und unverzinsliche Scheckanweisungen 15,66 (10,79), Kofroguthaben bei Banken 14,41 (17,93), Lombards gegen Börsengäng. Wertpapiere 0,30 (2,76), eigene Wertpapiere 11,28 (12,16), Pfandbr. aus Auslandsanleihe 20,78 (21,07), dauernde Beteiligungen 7,63 (7,87), Zwischenkredite und Schuldner 95,87 (113,46), Schuldner aus Reichsfonds u.w. 63,61 (22,26), Bankgebäude 2,2 (2,4), sonstige Immobilien 0,70 (0,56). Die Position Wertpapiere enthält wie im Vorjahr 63 000,— RM eigene Aktien.

Die andere Seite der Bilanz weist aus das Aktienkapital unverändert mit 34,30, Reservefonds 5,35 (4,30), Rückstellungen 2,50 (1,50), Gäubiger 104,00 (122,03), Auslandsanleihe 20,78 (21,07), Reichsfonds u.w. 64,94 (25,24). Anale und Bürgschaften verminderten sich auf 2,21 (3,49) Mill. Reichsmark.

Für das laufende Jahr erwartet die Bank aus der Belebung der Bauwirtschaft und den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung wieder eine befriedigende Geschäftstätigkeit.

Württembergische Landeskreditanstalt.

Bei dem Unternehmen ergab sich für das Geschäftsjahr 1932, das mit dem 1. April 1932 begann und zwecks Anpassung an das Kalenderjahr am 31. Dezember beendet wurde, ein Reingewinn von 150 000,— RM (i. B. 137 885,— RM). Den Einnahmen an Zinsen und Verwaltungskostenbeiträgen von 5 060 000,— RM (i. B. 8 232 285,— RM) und Mieten von 2000,— RM (2500,—) stehen Zinsausgaben von 4 643 000,— RM (7 752 688,— RM) und Verwaltungskosten von 268 000,— RM (344 302 RM) gegenüber.

Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Anstalt im Berichtsjahr über 1 Mill. RM weitere Darlehenszulagen erteilt und 1,8 Mill. RM eigene Auszahlungen geleistet hat; die Rückzahlungen der Schuldner werden mit 4,3 Mill. RM befristet und die Ausfälle an Kapital und Zinsen (gegenüber dem Vorjahr etwas gestiegen) mit 36 800,— RM bei einem Gesamt Darlehensbestand von 190 Mill. RM. Interessant ist der Hinweis auf die Besitzwechselstatistik der Anstalt,

wonach die Beleihungsgrenze ihrer Darlehen, die ihrer Art nach den Hauszinssteuerhypotheken in anderen Reichsteilen entsprechen, im Durchschnitt noch innerhalb 55% des Verkaufserlöses liegt. Aus den Ueberflüssen hat die Anstalt vorweg 900 000.— RM zurückgestellt, die zur Zinsverbilligung für das Jahr 1933 zugunsten des neuhausbefähigten Verwendung finden sollen. Für kinderreiche Schuldner der Anstalt werde der Zinssatz allgemein auf 2% festgelegt. Die Anstalt gewährte im Berichtsjahr 956 000.— RM Baudarlehen zu 408 neuen Wohnungen in 244 Gebäuden und 131 000.— RM Baudarlehen zur Instandsetzung von 188 Wohnungen. Neben dieser Beleihungstätigkeit hat die Anstalt neue Aufgaben bearbeitet, die ihr u. a. im Zusammenhang mit der durch Reichsmittel ermöglichten Förderung der vorstädtischen Kleinfriedlung und des Eigenheimbaues, sowie den Maßnahmen des Reiches für die Instandsetzung von Wohngebäuden übertragen sind. Die Anstalt war in 1932 insgesamt an 188 Zwangsversteigerungen und 36 Zwangsverwaltungen beteiligt. Grundstücke seien weder unmittelbar noch mittelbar übernommen worden.

In der Bilanz erscheint das Eigenkapital unverändert (in Mill. RM) mit 60,00. Ferner sind verzeichnet Reserven 12,00 (i. B. 12,—), Zinsenrückstellungen 0,90, Anleihen 121,86 (124,94), Unterstützungsfonds für Angestellte 0,61 (—), sonstige Schulden 0,69 (1,15), noch nicht eingelöste Zinscheine 0,28 (—), noch nicht vorgezogene ausgelöste Pfandbriefe 0,32 (—), Bürgschaftsverpflichtungen 3,27 (3,33). Als Vermögen sind ausgewiesen Kasse und Giro 0,70 (0,81), Bankguthaben 0,27 (—), Wertpapiere 0,49 (0,53), Darlehen 190,88 (192,80), Zinsforderungen 3,13 (2,86) und sonstige Forderungen 0,53 (1,20).

Zinsenkung für die Sparkassenhypotheken.

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hat die ihm angehörenden Sparkassen ersucht, vom 1. Juli ab den Zinssatz für mündelsichere Hypotheken und sonstige langfristige Anleihen auf 5% zuzüglich $\frac{1}{2}$ % Verwaltungsstellenbeitrag herabzusetzen. Im Personalkredit soll der Zinssatz auf $6\frac{1}{2}$ % einschließlich aller Provisionen ermäßigt werden.

Wirtschaftsereignisse und -zahlen

Neubildung des Beirats für Bauparzellen.

Der Herr Reichspräsident hat mit Wirkung vom 1. Juni 1933 an zu Mitgliedern des Beirats für Bauparzellen ernannt:

1. das Mitglied des Vorstandes der Hannoverschen Bodenkredit-Bank A.-G. Walter A f f o r in Berlin-Grünwald;
2. den Architekten R D W. Regierungsbaumeister B r u n i s c h in Karlsruhe;

3. das Vorstandsmitglied der Astania A G. Bauparzellasse Polizeimajor a. D. D e l l e f f e n in Düsseldorf;
4. das Vorstandsmitglied der Süd-Union Bauparzellasse A G, Reichsanwalt a. D. J. E i e r m a n n in Stuttgart;
5. das Vorstandsmitglied der C C R.-Bauparzellasse e G m b H, Leonberg (Württ.) Dr. W a l t h e r H e l m e s in Leonberg (Württ.);
6. den ord. Professor an der Universität München, Geh. Justizrat Dr. jur. W. K i s c h in München;
7. das Vorstandsmitglied der Deutschen Bau- und Siedlungsgemeinschaft e G m b H. Rudolf L e h m a n n in Darmstadt;
8. den Geschäftsführer der Beamten-Bauparzellasse, Heimfälltengelellschaft der Deutschen Beamtenchaft m B H, in Berlin, Johannes L u b a h n, Berlin-Grünwald;
9. den ordentlichen Professor an der Universität Freiburg i. Br. Dr. W a l t h e r M a h l b e r g in Freiburg i. Br.;
10. das Vorstandsmitglied der Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank A G. Hans P a r t h i e r in Stuttgart;
11. den Versicherungsmathematiker Dr. Eduard R o s e in Berlin-Steglitz;
12. das Vorstandsmitglied der Neuen Deutschen Kreditanstalt Bauparzellasse e. G. m. b. H. in Hannover Max S c h n e i d e r in Hannover;
13. das Vorstandsmitglied der Bauparzellasse Gemeinschaft der Freunde in Büfenrot in Ludwigsburg (Württ.) Dr. Hermann S c h u o n in Ludwigsburg (Württ.);
14. den Mathematiker, Vertrauensmann der Kosmos Bauparzellasse A G., Stuttgart, Dipl.-Ingenieur Dr. H. S c h ü k e in Stuttgart;
15. das Vorstandsmitglied der Bauparzellasse Deutsche Bau-Gemeinschaft A G. Leipzig, Thomas W e i l a n d in Leipzig.

Der Beirat für Bauparzellen besteht aus 20 Mitgliedern, eine Zahl, die jedoch nach den bestehenden Vorschriften durch eine Anordnung des Reichswirtschaftsministers auf 25 erhöht werden kann; ernannt sind vorläufig 15 Mitglieder.

Entscheidungen über Bauparzellen.

Senatsitzung des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung am 6. und 7. Juli 1933:

Folgenden Bauparzellen ist der Geschäftsbetrieb unterlagert worden. Die bestehenden Bauparverträge sollen vereinfacht abgewickelt werden. Die Unterlagung des Geschäftsbetriebes wird wie ein Auflösungsbeschluss. Die Liquidation wird einem vom Reichsaufsichtsamt noch zu bestimmenden Liquidator übertragen:

1. „Aufbau und Verwaltung“ G. m. b. H., in Magdeburg,

2. Südbayerische Bauparkasse, gemeinnütziger Eigenheim-Bauparerverband e. G. m. b. H., in Wörthshofen,
3. Deutsche Aufbau A.-G. in Güstrow i. Meckl.

Bei der Krefelder Bauparkasse A.-G. i. Lique ist eine vereinfachte Abwicklung der bestehenden Bauparverträge angeordnet worden. Die Liquidation wird einem noch zu bestellenden Liquidator übertragen.

Der Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft e. G. m. b. H., Hersfeld, ist die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb unter Bedingungen erteilt worden.

Der Bauparkasse G.D.B. Gemeinschaft Deutscher Bauparer e. m. b. H., Sitz Wiesbaden, in Darmstadt ist die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb unterjagt worden.

Die Senatsentscheidungen sind noch nicht rechtskräftig.

Die Uebertragung des Bestandes der Victoria Bauparkasse A.-G. in Köln auf die Reichsdeutsche Bauparkasse A.-G. in Köln ist genehmigt worden.

Von den unter Bedingungen zugelassenen Bauparkassen sind folgende endgültig zugelassen:

1. Reichsdeutsche Bauparkasse A.-G. in Köln;
2. „Seimstatt“ G. m. b. H., in Berlin,
3. Bauparkasse Schwarzwald Bauapar- und Entschuldigungs-Gesellschaft m. b. H. in Pforzheim.

Die Preisentwicklung.

Nach dem Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung Nr. 14 sind die Rohstoffpreise im Verlauf der Weltwirtschaftsrisse an den Weltmärkten im Durchschnitt um etwa 60 v. H., die Großhandelspreise an den Binnenmärkten um etwa 30—40 v. H. gesunken. Dieser Preissturz hatte gemeinsam mit der Umjahrskrumpfung dazu geführt, daß die Schulden, die zurzeit hoher Preise und hoher Erlöse der Betriebe aufgenommen worden waren, immer drückender wurden. Auf die Tagesordnung der Weltwirtschaftskonferenz war daher die „Hebung der Preise“ als eines der Mittel zur Lösung der Krise gesetzt worden. Inzwischen hat sich — unabhängig von den Verhandlungen auf der Londoner Konferenz — auf vielen Märkten eine leichte Preissteigerung durchgesetzt. Sie ist freilich im Vergleich mit dem vorangegangenen Preissturz noch so gering, daß schon kleine Rückschläge die beginnende Erholung wieder zunichte machen können. Andererseits beweisen die Vorgänge auf den Warenmärkten der Welt, nicht zuletzt aber auch auf dem deutschen Binnenmarkt, daß die Entwicklung bereits weit genug fortgeschritten ist, um einer allmählichen Lösung des Preisproblems Raum zu lassen.

Das vorläufige Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni 1933 im Freistaat Preußen.

Das Preussische Statistische Landesamt gibt das erste Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni 1933 bekannt. Es bezieht sich auf die oben genannte

ortsanweisende Bevölkerung des Staates, der Provinzen und der Regierungsbezirke.

Preußen hat danach eine Bevölkerung von 39,96 Millionen gegen 38,24 Millionen bei der Volkszählung 1925; die Bevölkerung ist also in acht Jahren um 4,5% gewachsen. Die stärkste Zunahme hatten die Regierungsbezirke Osnabrück (8,9%), Potsdam (8,7%) und Aachen (8,3%), die schwächste die Regierungsbezirke Köslin (0,1%) und Gumbinnen (0,8%).

Die preussischen Sparkassen im Mai.

Die gesamten Einlagen der preussischen Sparkassen sind im Mai 1933 um 30,5 Mill. RM gestiegen. Diese Zunahme ist fast ausschließlich durch die günstige Entwicklung der Giroeinlagen verursacht, die sich um 21,7 Mill. RM auf 686,5 Mill. RM erhöhten. Bei den Spareinlagen waren die Rückzahlungen mit 268,4 (im Vormonat: 264,8) Mill. RM etwas größer als die Einzahlungen, welche 266,1 (279,4) Mill. RM betragen.

Die Arbeitsmarktlage im Reich.

In der Zeit vom 1.—16. Juni 1933 ist in der Arbeitsmarktlage eine weitere Besserung eingetreten, die insbesondere gegenüber dem Vorjahr saisonmäßig beachtlich ist. Die Zahl der von den Arbeitsämtern erfassten Arbeitslosen ist in der ersten Junihälfte um rd. 62 000 gesunken gegenüber nur 14 000 im Vorjahr; sie beträgt rund 4 977 000 und liegt somit seit Ende 1931 zum ersten Male wieder unter der 5-Millionen-Grenze. Gegenüber Mitte Juni des Vorjahres hat sie sich um rd. 592 000 verbessert.

Von Mitte bis Ende Juni ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen erneut um 121 000 auf 4 856 000 gesunken. Zu berücksichtigen ist dabei, daß unter den Arbeitslosen auch die Pensionen mitgezählt werden, die im Arbeitsdienst, bei der Hilfspolizei und bei Pflichtarbeiten tätig, somit im eigentlichen Sinne nicht arbeitslos sind, sich aber weiter beim Arbeitsamt um einen ständigen Arbeitsplatz bemühen.

Die Entwicklung der Indexpzahlen.

	Leenshaltung	Baufstoffe	Bauflosten
Januar 1933	117,4	103,7	116,8
Februar „	116,9	102,7	116,2
März „	116,6	103,0	115,3
April „	116,6	103,2	115,3
Mai „	118,2	103,5	115,4
Juni „	118,8	103,4	115,4

Die Baustoffpreise ziehen seit März wieder an. Infolgedessen ist auch die Abwärtsentwicklung des Bauflostenindex zum Stillstand gekommen. Der Baukostenindex für Mai weist bereits wieder eine — wenn auch geringe — Steigerung auf. Auch der Lebenshaltungsindex ist im Steigen begriffen.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Ferdinand Neumann, Berlin W 8, Kronenstraße 72; Fernruf: A 1 Jäger 0781. — Verlag und Anzeigenannahme: „Die Granddätsche-Warte“, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstraße 13 — Fernruf: C 1 Gering 0612. — Postbezirksamt: Berlin 20673. — Bezugsbedingungen: Einzelnummer 1,50 RM, im Jahresbesitz 12.— RM, im Probevierteljahr 3.— RM. — Erfüllungsort: Berlin-Charlottenburg. Die Zeitschrift erscheint am 20. eines jeden Monats. Schiffsanträge für Postfische am 1. für Nachrichten am 5. eines jeden Monats. Nachdruck von Nachrichten, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Schriftleitung. — Druck: Paul Fried, Berlin SO 16, Schindlerstraße 8a.